

In diesem Heft

Editorial 3

Essay

KARL-DIETHER GUSSEK
Wie Brecht Rat suchte – wir aber Belehrung empfangen 5

DDR historisch

RONALD LÖTZSCH
Einer virtuellen DDR zum 50. 11

STEFAN BOLLINGER
Die Revolution für den Sozialismus kam zu spät.
1989 zwischen letzter Chance und Thermidor 17

GERHART NEUNER
Eine »Fußnote der Geschichte«?
Das DDR-Bild in heutigen Schulbüchern 31

Berliner Republik

SUSANNE SCHUNTER-KLEEMANN
Gender mainstreaming als neoliberales Projekt? 41

CHRISTOPH SCHEUPLEIN
Friedrich List und die »neue Mitte«.
Sozialdemokratische Technologiepolitik
in der Metropole Berlin 46

MEINHARD CREYDT
Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei 57

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

BAMBA KA
Afrika – zwischen westlichen Demokratiemodellen
und demokratischer Selbstbestimmung 67

Utopie-Geschichte

- RICHARD SAAGE
Ikarischer Kommunismus.
Zu Etienne Cabets utopischem Roman Reise nach Ikarien 73

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 86

Bücher & Zeitschriften

- Egon Bahr:
Deutsche Interessen.
Streitschrift zu Macht,
Sicherheit und Außenpolitik,
Karl Blessing Verlag München 1998
(STEFAN BOLLINGER) 88

- Dirk Messner (Hg.):
Die Zukunft des Staates und der Politik.
Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung
in der Weltgesellschaft,
EINE Welt-Texte der Stiftung
Entwicklung und Frieden, Band 5,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998
(ARNDT HOPFMANN) 90

- Hartmut Diessenbacher:
Kriege der Zukunft:
Die Bevölkerungsexplosion gefährdet den Frieden,
Carl Hanser Verlag München Wien 1998
(PARVIZ KHALATBARI) 92

- Stephan Stracke:
»Mit rabenschwarzer Zuversicht«,
Achterland Verlagscompagnie Wuppertal 1998
(KATIA DAVIS) 94

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 96

Editorial

Dieses Land ist nicht nur die Heimstatt berühmter Dichter und Denker, sondern offenbar auch ein Hort verkannter – vorzugshalber radikal linker – Genies. Normalerweise bleibt unsere Redaktion von den Elaboraten dieser Spezies weitgehend verschont. Gleich Kometen aus fernen Welten verirren sich nur hin und wieder diverse Blätter, die in der Regel nicht weniger als die grundsätzliche Lösung aller linken Theorie- wie Politikalamität versprechen, in unsere Post, um wenig später wieder ins Nichts des Papierkorbes zu entschwinden.

Vor kurzem hat es uns allerdings hart getroffen – gleich zwei Pamphlete mit radikal gesellschaftskritischem Anspruch und beträchtlichem Umfang haben uns heimgesucht. Zum einen ließ uns Robert Kurz dem bekanntlich seit mehr als zehn Jahren sein Steckenpferd, der »Kollaps der Modernisierung«, nicht mehr aus dem Sinn geht – und die Gruppe KRISIS ein »Manifest gegen die Arbeit« zukommen; zum anderen »beglückten« uns Dr. W. Neumann – der zukünftige Generalsekretär der Weltrevolution mit Sitz in Hannover – und die Gruppe ROTE ROSEN mit einer 18seitigen »Beschlußvorlage für den geplanten Vereinigungskongreß aller linken Gruppierungen, Einzelpersonen und Medien in Deutschland, Österreich und der Schweiz«, verbunden mit der ultimativen Aufforderung zur Weiterverbreitung und Stellungnahme. Beide Papiere wären geradezu Witzblättchen, wenn sich dahinter nicht die schiere Verzweiflung an der zählebigen kapitalistischen Gegenwart artikulieren würde. Es scheint, als ob ein Teil der Linken – frustriert von der neoliberal begeisterten politischen Stagnation in diesem Land – auf dem besten Weg zum selbstgefälligen Sektierer- und Abenteuerer und damit zur politischen Bedeutungslosigkeit ist. Darauf deutet zumindest die erstaunlichen Gemeinsamkeit beider Pamphlete hin.

Alles beginnt damit, daß die Wirklichkeit höchst undifferenziert und damit jenseits aller Dialektik, von der trotzdem mit obligatorischem Bezug auf Marx unablässig die Rede ist, zurechtgerückt wird. Was bei Kurz der »klinisch tote Arbeitsgötze« ist, der vor allem die Hirne aller weiterhin in seinen höchst lebendigen Klauen hält, ist für Neumann die »Herrschaft von Staat und Geld«, die an allem Schuld ist und die durch »parlamentarischen Beschluß« (!!!) zum Absterben zu bringen wäre. Und überhaupt treibt alles auf den unausweichlichen Zusammenbruch zu, wobei Neumann es genauer weiß als Kurz: » in ca. 10 – 12 Jahren« nämlich. Bei Kurz ist die

›Welt der Arbeit‹ allerdings wahrscheinlich längst untergegangen. Es hat nur noch keiner gemerkt, weil die »Simulation ... überhaupt das zentrale Merkmal des Krisenkapitalismus (ist)«.

Als nächstes wird diese Kopfgeburt eines Feindbildes gegen jede Form praktisch-politischer Bearbeitung immunisiert – denn die verhängnisvolle »Entwicklung kann durch keine Politik der Welt mehr aufgehalten werden oder gar rückgängig gemacht werden« (Kurz). Wie sollte sie auch, wo doch die Welt voller »domestizierter Arbeitstiere der Arbeitsgesellschaft« (Kurz) steckt. Dem entsprechend ist »von der Natur [!!!], von einem Proletariat und von den Frauen ... keine Revolution (mehr) zu erwarten. (...) Daher muß der aufgeklärte Teil der Neuen Linken [!!!] die Revolution ... allein machen« (Neumann), nicht ohne allerdings die »schwächsten Glieder der Gesellschaft« – »Frauen, Kinder, Behinderte, Arbeitslose und Lesben, psychisch Kranke, SchülerInnen und StudentInnen« – als revolutionäre Subjekte zu »gebrauchen« [!!!] (Neumann).

Bei Kurz nennt sich die revolutionäre Zelle mit Anspruch auf die Machtübernahme – schlichter – »Gegner der Arbeit«, die nach der »Bildung weltweiter Verbände frei assoziierter Individuen anstreben, der leerlaufenden Arbeits- und Verwertungsmaschine die Produktions- und Existenzmittel zu entreißen« (Kurz).

Freilich besteht kein Zweifel, daß die herrschenden Zustände, die Kurz in einigen Passagen durchaus treffend und sprachgewaltig beschreibt (Neumann ist in dieser Hinsicht mit seiner grotesken Fixierung auf Anales und Sexuelles kaum ernst zu nehmen), weit unter den objektiven Möglichkeiten sozialer Daseinsicherung für alle stehen. Sicher ist auch, daß diese Existenzsicherung für wachsende Teile der Bevölkerung immer weniger ausschließlich über kapitalistische Arbeit (Lohnarbeit im eigentlichen Sinne) bewerkstelligt werden kann und daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte heute schon eine Gesellschaft ermöglichen, in der alle mit »weniger Arbeit und weniger Konsum besser leben und arbeiten können« (André Gorz).

Dafür lohnt es sich zu kämpfen – auch mit kleinen und Zwischenschritten, denn es ist mit einem Blick auf den Verlauf der Geschichte zum Beispiel nicht einzusehen, warum »eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht möglich« (Kurz) sein soll. »Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß« (Max Weber), was auch die Radikalität von sozialen Bewegungen bis hin zu revolutionären Umwälzungen einschließt. Jedoch führen Pseudoradikalismus und Wunschenken nur in die letztlich systemstabilisierende Isolation.

Deshalb bleibt am Ende nur beiden (Neumann und Kurz) mit Kurz zu raten, »macht Schluß!«

Derartiger Unsinn mit theoretischem Anspruch kommt heraus, wenn selbsternannte Oberrevolutionäre schon heute so ›arbeiten‹ wie es morgen alle sollen – nämlich an »vollautomatisierter computergesteuerter Maschinerie« (Neumann) ›spielen‹, statt etwas Sinnvolles zu tun.

KARL-DIETHER GUSSEK

Wie Brecht Rat suchte – wir aber Belehrung empfangen

In meinem Bauernkalender von 1954 steht am 20.5. lakonisch nur das eine Wort: »Katzgraben«. Weitere Aufzeichnungen besitze ich nicht. Berufene werden sagen können, ob überhaupt an diesem Tag Erwin Strittmatters Komödie mit der Musik von Hanns Eisler in der Regie von Bertolt Brecht aufgeführt wurde. Jeder kennt die Ausformung von Erinnerungen mit und im Wechsel der Zeit. Einzelheiten dieses Abends, gleich wann er war, prägten sich aber unauslöschbar ein. Die Brechtsche Prägnanz und die Strittmattersche Originalität saßen.

Ich studierte an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität. In einem Brief vom Berliner Ensemble an die FDJ-Leitung der Fakultät – die Studenten hatten mich 1953 zu ihrem Vertreter gewählt – wünschte Brecht, daß Studenten die Aufführungen von »Katzgraben« besuchen. Am 12. Mai kam es zur neu inszenierten Aufführung. Die erste Inszenierung mit ihrer Premiere ein Jahr zuvor – am 23. Mai 1953 – war verhalten aufgenommen worden. Die Kritiken waren weniger verhalten. Während sich mancher im Westen beckmesserisch vom puren Klassenkampf auf dem Dorfe schockiert sah, meinten die Kritiker der DDR, das Stück sei für eine Komödie zu hölzern und überwiegend agitatorisch inszeniert. Brecht – seinem Motto »Nur das Grab lehrt mich nichts mehr« folgend – bearbeitete die Inszenierung. Brecht-Freunden ist dies Vorgehen nicht unbekannt. Weder die Stücke noch die Inszenierungen waren jemals »fertig«. Es gab auch Umbesetzungen. So spielte jetzt den Parteisekretär Steiner Raimund Schelcher.

Freikarten lagen für uns bereit. Nur Studenten vom Lande seien erwünscht. Brecht erhoffe sich nach der Aufführung Verbesserungsvorschläge.¹ Ich kannte bis zu diesem Zeitpunkt weder Brecht, seine Prosa, noch sein Theater. Lediglich hatte ich neben Gedichten und Liedern von Erich Mühsam, Kurt Tucholsky, Erich Weinert auch welche von Brecht gehört. Ernst Busch, Gisela May, Robert Trösch und Erich Weinert traten mit ihnen in Berlin auf. Meine Theatererfahrungen standen auf schwachen Füßen. Mein erstes Theater, welch Anachronismus, überspülte mich 1949 immerhin im Lager Sachsenhausen, kurz vor meiner Entlassung. Die Häftlingsaufführung »Der Graf von Luxemburg« ergänzte unsere leichte Kost. Bemerkenswert für Transvestitenliebhaber: Die Frauenrollen spielten Männer. 1950 sah ich in Rostock und in Anklam den Urfaust. In Schwerin, auf Einladung von Hans Modrow, Sekretär des Landesverbandes der FDJ, die Oper »Martha« von

Karl-Diether Gussek –
Jg. 1929, Prof. Dr. habil.,
war bis zur Emeritierung
Professor an der Landwirt-
schaftlichen Fakultät der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

1 Bis 26. April 1955 kam »Katzgraben« 37 Mal auf die Bühne. Nach einer Wiederaufnahme ab 28. Dezember 1955 bis 21. Juni 1957 gab es insgesamt 62 Aufführungen. 1957 drehte das DEFA Studio für Wochenschau und Dokumentarfilme unter der Regie von Max Jaap/Manfred Weckwerth, der Dramaturgie von Käthe Rülicke, der Kamera von Harry Bremer und dem Schnitt von Ella Ensik eine Filmdokumentation nach der Inszenierung des Berliner Ensembles.

Flotow. In Greifswald 1951 sowie in Berlin 1953 (?) – für mich unvergeßlich mit Eduard von Winterstein – Lessings »Nathan der Weise«. Als Fachschüler spielte ich 1951 unter der Regie meiner Mutter in einem Hans Sachsschen Fastnachtsspiel mit. Damit hätte ich eigentlich besser vorbereitet sein müssen auf das, was kam. So war es aber nicht. Den anderen Studenten indes ging es in dieser Beziehung noch weitaus schlechter.

Wir sahen »Katzgraben«. Was wurde da gespielt? Sieh mal einer an, wie seltsam? Du schaust gar nicht versunken fasziniert auf die Bühne. Du siehst mit Händen greifbar pralles Leben auf dem Dorf, vergnüglich und doch in aller Härte der Auseinandersetzung. Du starrst nicht. Du staunst. Du fängst an zu verstehen. Du ackerst dich schalkhaft durch die bilderreichen dörflichen Verhältnisse. Aus bisher mangelhaftem Durchblick werden Lichtblicke. Du erkennst, wo eine Wirtschaft hinläuft, wenn man Schweine hält, um Geldsäcke zu mästen. Vorgeführt wird auch, was geschieht, wenn man aufs falsche Pferd setzt. Es wird gefragt, wieviel Schwein muß man haben und wieviel Verstand braucht ein Neubauer, um seine Unabhängigkeit zu bewerkstelligen. Kräftige Pferde, arbeitende Kühe, klapprige Ochsen und neue Traktoren geraten zwischen die Dorfbewohner. Du erfährst, vielleicht mit einem lachenden und einem weinenden Auge, wie aus den Steinen der Parkmauer des Barons endlich eine feste Straße fürs Dorf wird. Es geht auch um Zigarren, wer den Tabak anbaut, wer sie raucht und wer den Rauch nicht verträgt. Du findest dich wieder als das in die Stadt zum Studieren »verschickte« Kind. Mit Spaß oder auch nicht mit Spaß erkennst du Haltungen. Alle und das ganze Theater werden durch die Interessen des Großbauern, des Neubauern, ihrer Gehilfinnen, der Arbeiter und der Amtlichen umgetrieben. Gewöhnliches gerät dir zum Außergewöhnlichen. Altes wird untergepflügt, Neues ausgesät. »Muß dreckig bleiben, was da dreckig ist?«

Viele wissen, wie Brecht fast »händeringend« nach Stoffen – also Stücken – suchte, die Veränderbarkeit der Verhältnisse und die Veränderer in der DDR darstellten. Er hatte allerdings wenig Glück beim Finden. Wenn da etwas war, dann widersprach man ihm gerade bei der so lebendigen widersprüchlichen Brisanz unseres damaligen Lebens. Sogar »Administrativem« entging er nicht. Brechts »Genuß an den Möglichkeiten des Wandels der Dinge« brachte ihn nicht davon ab, einschreitend der Wirklichkeit weiter zu helfen. Er wollte zeigen, wohin man gehen könnte. Strittmatter kam aus »Neuland« ihm entgegen. Wie ich später erfuhr, hatte Hans Marchwitza Brecht empfohlen, den »Ochsenkutscher« zu lesen. Wie üblich hatte er sich, so berichtet Strittmatter, die zehn entscheidenden Seiten herausuchen lassen. Eingenommen ließ er sich den Inhalt von »Katzgraben« referieren. Aber Strittmatters ersten Tag mit Brecht verdarb dieser durch einen Zahnarzttermin. Trotz alledem, an Strittmatters alternativen Wegen des Dorfes fand Brecht Gefallen. Strittmatter, selbst ein Fuchser, half »der große listige Augsburg« auf dem eingeschlagenen Weg weiter. Der wiederum fand mit dem märkischen Landarbeiter »Ole Bienkopp« ein Urtalent, der »das Krumme gerade zu biegen« verstand und uns mit »seiner tiefen Sehnsucht nach Gerechtigkeit« in den Bann zog.

Als man begann, »Bitterfelder Bitterwasser in unseren funkelnden Wein« zu gießen (Inge v. Wangenheim), brach Hans Modrow in Dresden für Ole Bienkopp eine Lanze. Mit »Katzgraben« eröffnete Brecht nicht nur die Reihe der Stücke von den Widersprüchen und Anfangsmühen menschlicher Verhältnisse in der DDR, sondern auch die Filmdokumentationen seiner Aufführungen. Auch uns Studenten half er weiter.

Nach der Aufführung ging es erst einmal in den »Keller«. Es war wohl die Betriebsgaststätte. An einem langen Tisch saßen uns Helene Weigel, Brecht, Raimund Schelcher, und ich denke auch Erich Franz, Gerhard Bienert, Regine Lutz und Mathilde Danegger gegenüber. Mein erster Eindruck von Brecht war eigenartig. Gar nicht bedeutsam, wie er so dasaß. Aber dann, ohne Umschweife, etwas schroff uns in die Schranken fordernd: Wir mögen raten, was besser gemacht werden könne. Betretenes Schweigen. Dies weniger aus der später um sich greifenden (Un)Sitte, daß man nie mehr so genau wußte, was gesagt werden darf, sondern mehr aus wirklich unwissender Ratlosigkeit. Wie allgemein, war damals alles, was man uns abverlangte, zwei Schuhnummern zu groß. Brecht dann ermunternd: Was hat euch dann nicht gefallen? Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob er uns duzte. Helene Weigel tat es.

Um die Sache nicht im Sande verlaufen zu lassen – und etwas an der »Ehre« des FDJ-Sekretärs gepackt –, riß ich mich zusammen und den Mund auf! Mit einem Blick auf Raimund Schelcher: Muß denn der Parteisekretär als Besoffener auftreten? Dies sei doch nicht typisch für Parteifunktionäre. Stille nickende Zustimmung meiner Freunde. Ich hatte die zwei Sätze kaum heraus, da schlug es gnadenlos, scharf wie ein Rasiermesser, bei mir zu. Brecht in Rage: Er sehe, die typisierende Naziideologie spukt immer noch in unseren Köpfen. Es werde Zeit, sich ihrer zu entledigen! Er denke sich nichts Typisches aus. Heute würde er vielleicht sagen, er hasse diese körperlich und geistig geklonten »Typen« auf der Bühne. Er stelle ausschließlich dar, was wirklich ist. Schneidend fragte er mich: Gibt es besoffene Parteisekretäre oder gibt es sie nicht? Ich saß nicht nur wie ein begossener Pudel da. Dummerweise hatte ich gerade kurz vorher ein Praktikum auf der MAS (Maschinenausleihstation) Schwerinsburg und dem nahegelegenen Dorf Wusseken (zwischen Anklam und Friedland) hinter mir. Die Schwester meiner ersten Frau hatte dorthin geheiratet. Es war ein mageres, abgeschiedenes Sanddorf, wahrscheinlich mit Suff erträglicher. Der Clou: Den Parteisekretär traf ich nur besoffen an. Ehrlich, wie wir damals waren, gab ich es zu. Brecht, geradezu gehoben erfreut, fand die Bestätigung gut: Was sagte ich gerade? Nur was wirklich ist, ist auf meiner Bühne.

Das harte Urteil mit diesen naziideologischen Wurzeln traf mich. Ich hatte wohl auch den Pimpfen angehört und ein Jahr Hitlerjunge hinter mir. Mir ging es aber nicht so, wie man es heute noch von hochlebenden Politikern und Literaten hört, die sich gerne an die »Kameradschaft« und ihre Führungsaufgaben erinnern. Nicht, daß ich politisch oder sogar politisch bewußt handelte, als ich aus dem mich-prägen-sollenden Führerfähnlein ins Fliegerfähnlein flüchtete. Mit war das einfach alles zu öde. Sicher hätte es Brecht

gefallen, wenn er von mir gehört hätte, daß mir das Handwerken beim Flugmodellbau und die Reparatur von Segelflugzeugen irgendwie sinnvoller vorkam. Mir lag weder der Gleichschritt, noch das endlose Herbeten des Führerlebenslaufes, noch das erobersüchtige Absingen »es zittern die morschen Knochen der Welt vor dem großen Sieg«. Obwohl im Osten lebend oder gerade deshalb, haßte ich schon damals die Ostlandreiter der reinblütigen, Kreuze vor sich hertragenden Deutschstämmigen. Ich hätte Brecht antworten können, daß mir die nun bekannt gewordene Zeile von Louis Fürnberg »Gen Ostland reitet ein Geisterzug, den spie der Schlund der Hölle aus« nahegestanden hätte. In mehreren östlichen Kulturen zu Hause, standen mir die alten Pruzzen, die Litauer und Polen nahe, so wie sie mich dann in den Werken von Johannes Bobrowski und Siegfried Lenz bewegten. Seinerzeit im östlichen Völkergemisch lebend, vergnügte mich der gerade im Studium vermittelte Heterosiseffekt. Wenn sich Verschiedenerlei paart, gibts kein Allerlei, sondern wachsende »Güte« gegenüber Auftragszucht reinrassiger Arier.

Aber ich war so gar nicht frei vom Bodensatz. Brecht legte die Axt an. Von da an begann mir zu dämmern, daß es nicht den Deutschen, den Franzosen, den Sowjetbürger, auch nicht den Bauern und den Genossen und schon gar nicht den typischen gibt. Nicht nur ich kaute am Gesprächsverlauf.

Raimund Schelcher, der mir nahe saß, versuchte mir verständlich zu machen, ich sollte den »Alten« in Ruhe lassen. Brecht wolle nun einmal, daß er besoffen zu agieren habe. Daß Schelcher selber gerne einen über den Durst trank, merkte ich bei einem Zusatzstudium an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst. Fast an jedem seiner freien Abende traf man ihn in einer Kneipe, in der auch wir unsere Probleme auszutrinken pflegten. Für den Gehalt des Stückes möglicherweise abwegig. Für Strittmatter bestimmt ein klarer Fall. Nicht viel später reifte die Erkenntnis: Ohne Klaren und ohne Bier ist eine erfolgreiche Bauernberatung sowieso kaum machbar. »Die besten Vergrößerungsgläser dieser Welt sind die, aus denen man trinkt« (Ringelnatz). Da sie für die Weiterführung unseres Gesprächs fehlten, riß sich Helga Uteß, unsere Verantwortliche für Kultur, aus der etwas trockenen Situation. Sie war auch nicht mehr das jüngste Semester, und auch ihr mangelte es durch die Nazi- und Kriegszeit an »Fortschrittsbildung«. Sie hatte folgendes weder aus ihrem Leben noch aus Brechts erster Entgegnung gelernt. Sie stolperte genauso in die Typenfalle der Naziideologie. Sie brachte vor, daß es doch nicht typisch sei, ein junges Mädchen (sie glaube von Sabine Thalbach gespielt) als Dorftrottel über die Bühne staksen zu lassen. Messerscharf und gnadenlos angeklagt stand diese Ideologie wieder im Raum. Und dazu: Uns fehle jede Beobachtungsgabe und das Gespür für Theaterinszenierung. Schon in der Veränderung der Kleidung des Mädchens hätten wir von Bild zu Bild die Entwicklung sehen müssen. Alleine das Fortschreiten von den Holzklumpen zu den damals neuesten Straßenschuhen wäre zu beobachten gewesen. Wieder gaben wir zu, daß uns dies entgangen sei. Wenn ich mir das heute überlege, dann kommt es mir so vor, daß Brecht an seine Forderung denkend »Es gibt zwei Künste zu

entwickeln: Die Schauspielkunst und die Zuschauerkunst«, nun sich notgedrungen der letzteren zuwandte. Er fragte: Habt ihr denn noch nie was Besonderes im Theater bemerkt? Ich antwortete: Mich habe der leibhaftige Esel auf der Bühne in der Oper »Martha« und das hektische Zusammenkratzen der fallengelassenen Eselsäpfel beeindruckt. Da lachte er. Dies gefiel ihm. Die Atmosphäre entspannte sich.

So war es nicht verwunderlich, daß ich einen nächsten Anlauf nahm. Zum Schluß des Stückes klärte sich, daß weder die abhängig machenden Pferde des Großbauern noch der eigene magere, futterschwache Ochse die ertragssteigernden tiefen Furchen ziehen können. Da rollte der moderne Traktor auf die Bühne. Diejenigen, die auf die Zukunft des Dorfes nicht nur angewiesen, sondern auch für sie bereit sind, etwas zu tun, lagerten sich am Traktor. Ich weiß nicht, ob es ein »Aktivist« oder gar schon ein »Pionier« war. Er war aber leibhaftig da. Nun begann ein poetisches und kräftesteigerndes Träumen. Die jungen Leute waren »aus solchem Zeug, wie das von Träumen« (Brecht).

Ich habe vergessen, ob das Gedicht »Die Erziehung der Hirse« die Aufführung belebte. Mir sind bis heute Zeilen wie die »Wolke sehr weiß und ungeheuer oben« geblieben.

»... Ähren soll die Erde tragen./friedlich fröhlich sei die Welt! ... Laßt uns so mit immer neuen Künsten/ändern dieser Erde Wirkung und Gestalt./fröhlich messend tausendjährige Weisheit/an der neuen Weisheit, ein Jahr alt./Träume! Goldenes Wenn!/Laßt die schöne Flut der Ähren steigen!/Säer, nenn/was du morgen schaffst, schon heut dein eigen!«

Nun, jeder von den Akteuren wußte dazu etwas zu sagen. Aber manches steigerte sich ins Grotteske. Es störte das Träumen. Stärkende Träume brauchen Bodenhaftung. So sollten die Tomaten ganz ungläubwürdig so groß wie Kürbisse sein. Ich wandte ein: Wie groß sollen die Kürbisse werden? Brecht stutzte. Er fand den Einwand gut. Er versprach zu ändern. Wir atmeten durch. Dann folgten Vorschläge, wie wir im Theater besser aufmerken sollten. Danach ein mehr rauher Abschluß: Ich habe euch eingeladen, damit ihr uns Besseres ratet. So war es nicht. Entgegenkommender: Ihr habt viel und ich sehr wenig gelernt. Waren wir mehr beeindruckt oder bedepert? Helene Weigel, unsere Stimmung spürend, griff beschwichtigend ein. Sie machte uns Mut. Die Kürbistomaten sind schon was. Wir möchten doch öfter ins Berliner Ensemble kommen. In einem hatten wir Brecht gewiß überzeugt. Wir waren tatsächlich alle vom Dorf. Allerdings nicht so aufgeweckt, wie er sich das gewünscht hätte.

Für mich war es kein Abschied, als wir gingen. Es war ein Anfang. Abgeerntet hatten wir. Die gedankliche sozial erhärtete Schärfe Brechts wurde bleibender Eindruck. Ich besuchte jede Aufführung, solange ich in Berlin lebte. Neben der Kunst von Helene Weigel zehre ich bis heute von den Begabungen der Angelika Hurwicz, Käthe Reichel, Sabine Thalbach, Agnes Kraus, von Ernst Busch, Erwin Geschonnek, Wolf Kaiser, Ekkehard Schall, Stefan Lisewski, Hilmar Thate. Ich merke, daß ich ungerecht werde mit dem Aufzählen. Aber von Fritz Cremers Arbeiten zum

Galilei hingen immer mahnend und ermunternd zwei in meinem Arbeitszimmer. »Die Lust am Erkennen« – »sie ist eine Kraft, die uns am Leben hält«.

Brecht war hungrig nach dem, was sich auf dem Lande tat und der Art, wie Strittmatter es in Worte zu fassen verstand. Strittmatter über sich selbst: »Ich war nicht zu verhindern.« Wie recht Brecht mit der Inszenierung von »Katzgraben« hatte, bezeugt das Dorf der neuen Bundesländer in unserem Wiederverwendungsprozeß für das Kapital. Wer das alte Dorf vor 1945 kannte mit dem tief verwurzelten Eigentum und den zerstörerischen Interessengegensätzen, der skrupellosen Ellenbogenmentalität, der Denkweise, nicht weiterzusehen als der eigene Grenzstein markiert und einer Bauernschläue, die nicht bereit war weiterzugeben, der weiß, was sich in 40 Jahren änderte. Bitter zerfrißt dich wieder aufkommende Habgier und Bereicherungssucht.

Es war kein deutscher, sondern der Schweizer Betriebslehrer Adolf Krämer, der der »Drachensaat des Mißbrauchs der Gewerbefreiheit ... mit ihren Ausschreitungen des Individualismus ... und ausgeformter Skrupellosigkeit ...« vor 100 Jahren die gemeinschaftliche Arbeit in Genossenschaften gegenüberstellte, wo mit »Offenheit, gegenseitigem Vertrauen ... und der Förderung des Wohlstandes aller einzelnen Beteiligten« wenigstens in ihrem Rahmen menschlichere Verhältnisse entstehen. Nach 1945 war es der Deutsche Prof. Dr. Otto Rosenkranz in Leipzig, der den genossenschaftlichen Gedanken aufgriff und einer Generation von Wissenschaftlern und Praktikern half, ihn umzusetzen. Wer da meint, Brecht wußte Fragen zu stellen, ohne seine Antworten zu erwähnen, der irrt. Wer da schweigt, der höre Strittmatter: »Ich leiste mir eine Halblüge – ich sage nichts.« Aber »der Laden« läuft. Max von der Grün, ein Freund von Strittmatter, meinte: »Schrittmacher müßte er heißen.« Brecht und Strittmatter haben diese Kultur, in der »der Mensch dem Menschen ein Helfer wird«, nicht nur künstlerisch dargestellt, sondern mitgeschaffen. Wenn der Genossenschaftsgedanke in den neuen Bundesländern Bestand zeigt, wenn sich die Bauern auch heute einander zuneigen und helfen, wenn sie einander bedürfen, dann können wir uns auch auf »Katzgraben« berufen. Der Götze Grenzstein, obwohl von einer alten Lobby nicht nur angebetet, hat es schwer gegen »ein weites Feld«. Brecht wußte wohl, wie Verhältnisse zu gestalten sind, die den Interessen derer entspringen, die von dieser Welt wenig haben. Heiner Müller, einer, der Brecht sowohl folgte als ihm auch ins Gehege kam, fragte »Danach« bitter: »Wo ist der Morgen, den wir gestern sahen?« Wenn nun auch »das Einfache« nicht »zu machen war«, warum sollte es nicht machbar sein? » ... solange wir fragen und Antworten suchen, leben wir«, berät uns Strittmatter.

Viele von uns kennen das Leben auf dem Lande – von einem Sommerhaus.

Wer sich von seinem frei manipulierten Standort Deutschland zu lösen vermag, der sieht aber, wie auf der Erde – unser aller Haus – Millionen verarmte Bauern ihr Leben fristen. Sie hoffen auf ihren Brecht. Wir warten auf den x-ten Pkw – sie auf ihren ersten Traktor.

RONALD LÖTZSCH

Einer virtuellen DDR zum 50.

Das Ende

In diesem Monat hätte die DDR ihren 50. Jahrestag begehen können, wäre sie nicht vor neun Jahren abgeschafft worden. Beseitigt nicht etwa von außen, nicht vom »Klassenfeind«, sondern einfach abgewählt von einer Zweidrittelmehrheit ihrer eigenen Bürger bei der ersten geheimen Wahl zur DDR-Volkskammer.

Denn seit 1950 war das DDR-Wahlvolk gehalten, statt zu wählen nur zu »falten«, sich also zum »Faltvolk« degradieren zu lassen. Und das nach dem Vorbild der staatlichen und Parteioberen in aller Öffentlichkeit. Um den Bürgern den Verzicht auf das demokratische und eigentlich auch gesetzlich zugesicherte Recht der geheimen Wahl zu erleichtern, waren bei entsprechenden Veranstaltungen in den fünfziger Jahren und vielleicht auch noch später mancherorts Wahlkabinen einfach »vergessen« bzw. der Zugang zu ihnen erschwert worden. Vor der ersten Volkskammerwahl im Oktober 1950 verkündeten SED-Funktionäre in meinem Heimatkreis gar, der Bleistift sei – das Werkzeug des Klassenfeindes. Doch allmählich gewöhnte sich die Mehrheit an die öffentliche Faltereier. Selbst bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 fürchteten nicht wenige noch, die Benutzung der Kabine könnte ihnen Nachteile bringen. Und wer gegen diese Pervertierung eines demokratischen Vorgangs mit seiner Gegenstimme protestieren wollte, mußte schon sämtliche Namen auf der Liste durchstreichen. Blieb auch nur einer ungestrichen, galt dies als Zustimmung. Im Extremfall mußte sich selbst streichen, wer den Spielraum für eine sinnvolle Beteiligung an der Kommunalpolitik durch Zugehörigkeit zu einer Vertretung etwas erweitern und gleichzeitig protestieren wollte. Das offiziell verkündete Ausmaß der Zustimmung war ungeachtet einiger Abstriche noch immer beträchtlich. Wie wir allerdings wenig später erfahren, war die Zahl der »Ja-Stimmen« darüber hinaus trotzdem noch nach oben »korrigiert« worden.

Ich habe die Volkskammerwahl vom 18. März 1990, die gemeinhin als die erste »freie« Wahl in der DDR bezeichnet wird, hier bewußt die erste geheime Wahl genannt. Denn das war sie.

Ganz »frei« war sie nicht. In der DDR grassierte schon die demagogische Parole von dem »einen« Volk, von dem damals viele meinten, daß es zusammengehöre und das Willy Brandt bereits zusammenwachsen sah. Trotz des Protestes von Volkskammerpräsident Günther Maleuda gegen diese Einmischung konnten bundesdeutsche Politiker auf Wahlveranstaltungen in der DDR

Ronald Löttsch – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler (Arbeiten vor allem zu Sprachtypologie und Kontaktlinguistik), Minderheitenforscher (Sorabist), Berlin, 1951 bis 1956 Studium in Leningrad, 1956 bis 1960 Haft im Zuchthaus Bautzen II wegen angeblicher konterrevolutionärer Aktivitäten

1 Zur Frage der BRD-Einmischung in den Wahlkampf siehe auch Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 410. Selbst Gorbatschow war von seinem Botschafter Falin aufgefordert worden, »die westdeutschen Politiker zu ermahnen, sich nicht in die Angelegenheiten der DDR einzumischen und diese nicht bereits jetzt als bundesdeutsche Domäne zu betrachten. Gorbatschow jedoch bremste nichts und niemanden.« (A. a. O., S. 416).

2 In der Berliner Zeitung vom 22. Februar 1990 auf einer Seite mit der Überschrift: »BZ stellt vor: Deutschlandpolitische Aussagen vor der Wahl«. Die hier unmittelbar anschließend zitierten Aussagen sind ebenfalls dieser Veröffentlichung entnommen.

3 Ausführlich zu diesem komplizierten Diskussionsprozeß siehe Walter Schmidt: Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationsdiskussionen in der DDR in den 70er und 80er Jahren, Hefte zur ddr-Geschichte 38, Berlin 1996.

ungehindert das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Bundeskanzler Kohl verhieß in Dresden unter frenetischem »Helmut«-Gebrüll höchstpersönlich »blühende Landschaften«.¹

Für den CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière stand die Einheit Deutschlands auf der Tagesordnung. Deshalb forderte er im Wahlkampf, sie müsse »in kürzester Zeit vollzogen sein«, und drängte auf schnelle Herstellung der Währungs- und Wirtschaftsunion.² Vertreter anderer Parteien der bereits verblichenen Nationalen Front waren zurückhaltender. Der LDP-Vorsitzende Ortleb beispielsweise erklärte, seine Partei strebe eine »mit Augenmaß betriebene möglichst baldige Vereinigung« an. Der neue Vorsitzende der NDPD Wolfgang Rauls mahnte, die Herstellung der deutschen Einheit dürfe nicht »Europa überholen«.

Die Parteien und Bewegungen ohne Blockflötenvergangenheit waren noch vorsichtiger. So erklärte z. B. Konrad Weiß als Sprecher von »Demokratie jetzt«, die Einheit Deutschlands könne nur im Ergebnis eines gegenseitigen Annäherungsprozesses hergestellt werden. Für die Vereinigte Linke, für die die Vereinigung von DDR und BRD »im Grunde nicht auf der Tagesordnung« stand, sah deren Medienreferentin Marion Seelig »eine Entwicklung in Richtung einer Vertragsgemeinschaft mit zwei Staaten einer Nation, bei gegenseitiger staatlicher Anerkennung«. Selbst die gerade erst in SPD umbenannte SDP zögerte. Ihr »1. Sprecher« Hilsberg, heute ein kalter Krieger, wie er im Buche steht, warnte vor einem »chaotischen Anschluß«, denn »Teil der NATO kann die DDR selbstverständlich auch nicht werden«.

Die PDS war hin und her gerissen. Einerseits fühlten sich die meisten ihrer Mitglieder immer noch – 1990 vielleicht auch angesichts der offenkundigen Krise ihrer Partei und ihres Staates in stärkerem Maße wieder – als Deutsche. Die Proklamierung einer angeblich eigenständigen DDR-Nation, wie sie Ulbricht um die Jahreswende 1970/71 vorgenommen hatte, war jedenfalls selbst in der SED auf völliges Unverständnis gestoßen. Die ab 1974 kolportierte These »Staatsbürgerschaft DDR – Nationalität deutsch«³ hatte eher noch größere Verwirrung gestiftet, war aber hingenommen worden, da man ja wenigstens »Deutscher« bleiben konnte. Dennoch fand die Losung »Deutschland – einig Vaterland«, die Regierungschef Hans Modrow Anfang Februar 1990 nach einem Moskau-Besuch verkündete, eher verhaltenen Anklang.

Auf der bereits zitierten Seite der Berliner Zeitung mit Wahlkampfaußagen vertrat das Mitglied des PDS-Vorstandes Jochen Willerding den Standpunkt: »Die deutsche Einheit steht jetzt nicht auf der Tagesordnung. Aber auf die Tagesordnung gerückt ist die Lösung der deutschen Frage ... Ich sehe folgende Schritte: zügiger Abschluß einer Vertragsgemeinschaft, Herausbildung konföderativer Strukturen, Schaffung einer deutschen Konföderation mit gemeinsamen Organen im Sinne eines Deutschen Bundes ... Wir wollen einen auf Demokratie, Antifaschismus, sozialen Fortschritt, Humanismus und Frieden gerichteten Prozeß der Annäherung ... Die Interessen der DDR-Bürger müssen durch eine starke, souveräne, eigenstaatliche DDR in den historischen Prozeß eingebaut werden.«

Die PDS warnte denn auch mit den fundiertesten Argumenten vor einem überstürzten Anschluß. Vor allem Gregor Gysi erinnerte immer wieder daran, daß es keine Instanz mehr geben würde, bei der die dann ehemaligen DDR-Bürger verletzte Rechte einklagen könnten, wenn sie sich bedingungslos den in der BRD herrschenden Kreisen auslieferten. Doch die Warner hatten keine Chancen. Die Wahlen gewann die schwarze »Allianz für Deutschland« mit ihrem buntscheckigen Anhang nicht zuletzt dank ihrem Winken mit der »harten« Mark. Parolen wie »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr« taten ein übriges.

Dabei war die Euphorie der Maueröffnung nach ersten Begegnungen mit Brüdern und Schwestern im Westen bereits einer gewissen Ernüchterung gewichen, und auch die Hysterie im Zusammenhang mit der Einführung der DM legte sich bald wieder.

Angst vor Arbeitslosigkeit breitete sich allmählich aus. Man brauchte kein studierter Ökonom oder Finanzexperte zu sein, um zu begreifen, daß die Einführung einer Währung, über die die traditionellen Abnehmer von Waren der DDR-Industrie nicht verfügten, diese über Nacht ruinieren mußte. Nur die Berater des Bundeskanzlers hatten angeblich eine solche Entwicklung nicht voraussehen können.

Die Veröffentlichung des sog. Einigungsvertrages, den Schäuble seinem willfährigen DDR-Verhandlungspartner Krause wohl eher diktiert denn abgehandelt hatte, hätte eigentlich so manchem schon die Augen öffnen müssen, der der nach dem 18. März zu bildenden Regierung mit seiner Stimme die Blankovollmacht für eine fast bedingungslose Kapitulation erteilt hatte.

Es ist viel darüber gerätselt worden, wie diese Verblendung zu erklären sei. Auch mancherlei Verschwörungsspekulationen sind, namentlich bei zur Verklärung der DDR-Wirklichkeit Neigenden, noch immer im Schwange. Den Ausschlag dürfte das Demokratiedefizit gegeben haben, die Verbitterung über die jahrzehntelange Bevormundung durch eine zunehmend geist- und seelenlosere Politbürokratie, die ohne jene grobschlächtige demagogische Agitation im Stile von Schnitzlers »Schwarzem Kanal« nicht auskommen zu können glaubte, sie nicht nur zuließ, sondern forderte.

Virtuelle Auferstehung

Seit dem Anschluß der DDR an die Alt-BRD sind neun Jahre vergangen. Die im Einigungsvertrag vorgesehene rechtliche Diskriminierung der Ostdeutschen ist kaum geringer geworden. Noch immer erhalten sie nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die schleichende Enteignung zugunsten ominöser Alteigentümer oder deren Erben geht weiter. Die Massenarbeitslosigkeit, ausgelöst durch den nach der Einführung der D-Mark unvermeidlichen und durch die planmäßige Plattmache der Treuhand zu katastrophalen Ausmaßen gesteigerten Ruin der ostdeutschen Wirtschaft sowie durch die »Abwicklung« der einheimischen Intelligenz, ist seit längerem schon annähernd doppelt so hoch wie im Westen, und der Abstand wird ständig größer. Die Lüge, dies alles sei die Folge der »SED-Mißwirtschaft«, wird zumindest von denen längst nicht mehr geglaubt, die unmittelbar miterlebt haben, wie hochmoderne,

mit Erfolg auf dem Weltmarkt konkurrierende DDR-Betriebe von der Treuhand für ein Butterbrot an irgendwelche Gauner verschachtelt wurden, die anschließend die neuen Maschinen ins Ausland verschierbelten, mit »Transfer«-Mitteln irgendwelchen Ramsch aufstellten und dann den Betrieb in die »Gesamtvollstreckung« trieben, wie die Pleite im Osten umschrieben wird. Und die es selbst erlebt haben, erzählen es natürlich weiter. Oder wer denkt in diesen Tagen der Prozeßeröffnung in Bremen nicht an die Macher-schaften der Vulkan-Manager, die ostdeutsche Werften um Hunderte von Millionen DM prellten?

Kein Wunder also, daß diese anhaltende pauschale Benachteiligung bei vielen Ex-DDR-Bürgern ein Umdenken bewirkte. Und zwar auch bei nicht wenigen, die den Anschluß 1990 bejubelten.

Von Umfrage zu Umfrage wird deutlicher, daß »sich die Ostdeutschen eine kollektive Identität als Ostdeutsche (auf)bauen«.⁴ Seit der amerikanische Soziologe Marc Howard die ostdeutsche Identität 1995 als Merkmal einer »ethnischen Gruppe« beschrieb⁵, wird die »Ethnisierung« der sog. Mauer in den Köpfen immer wieder thematisiert. Vorwiegend von Nichtdeutschen. Wie Rudolf Woderich selbst in dem zitierten UTOPIE-Aufsatz und wie aus der von ihm angeführten Literatur deutlich wird, reagieren auch ostdeutsche Soziologen zunehmend positiv auf eine solche Interpretation. Westdeutsche neigten hingegen dazu, wie Woderich schreibt⁶, vor der »Falle« zu warnen, in die sich die Ostdeutschen begeben könnten, denn Ostidentität erschwere schließlich »Selbsthilfe und Hilfe«. Man hört die Nachtigall trapsen. Es ist ein in der Geschichte vielfach bezeugtes, hier allerdings nicht näher zu behandelndes Phänomen, daß sich der Teil eines Ethnos, der nicht zur Abspaltung tendiert, sich mehrheitlich nicht damit abfinden möchte, daß der andere Teil sich abspaltet.⁷

Westdeutsche Politiker und ihre Nachbeter im Osten reagieren meist mit Wehklagen ob der »Mauer«, des »Grabens« oder der »Kluft«. Ansonsten fallen ihnen in der Regel nur Appelle ein, man solle sich doch der Herstellung der »inneren Einheit der Nation« nicht länger widersetzen. Auf den Gedanken, die Politik der Bevormundung, Fremdbestimmung und Diskriminierung zu beenden, die doch die Voraussetzung für die Vertiefung des »Grabens« ist, kommt kaum jemand. Da wird eher noch mit »Liebesentzug«, mit Reduzierung oder Einstellung der »Transferleistungen« gedroht, wie im vorigen Jahr aus Bayern wegen PDS-Nähe der Osis oder erst kürzlich von Eichel wegen Vorbehalten ostdeutscher Länderregierungen gegen das berüchtigte »Sparpaket«.

Dabei wird deutlich, daß die Genese der ostdeutschen Identität ein parteiübergreifendes Phänomen ist. Auch in den westdominierten Parteien steckt der Spaltpilz, so sehr sich botmäßige Ostfunktionäre auch bemühen, dies zu kaschieren.

Die PDS ist wieder hin und her gerissen. Die ostdeutsche Mehrheit ihrer Mitgliedschaft tendiert natürlich schon aufgrund ihrer Verwurzelung in der DDR zur Distanz zum übergestülpten Staat. Die winzige westdeutsche Minderheit eher noch stärker, obwohl ihr dieser Staat nicht übergestülpt wurde und sie die DDR-Wirklichkeit nur vom Hörensagen kennt. Manche Altlinke dürften wohl

4 Heiner Meulemann: Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen 1998, S. 17, zit. nach Rudolf Woderich: Ost-Identität – Residuum der Vereinigung oder Phänomen der »langen Dauer«?, in: UTOPIE kreativ, H. 105, S. 51-60.

5 Marc Howard: Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe? Zum Verständnis der neuen Teilung des geeinten Deutschlands, in: Berliner Debatte INITIAL, H. 4/5 1995, S. 119-131.

6 Ebenda, S. 51.

7 Es sei in diesem Zusammenhang auf die in meinem Aufsatz »Was ist ein Volk und was eine Nation?« (UTOPIE kreativ, H. 103/104, S. 15-30) angeführte Abspaltung der Ukrainer und Belorussen vom altrussischen bzw. der Makedonier vom bulgarischen Ethnos verwiesen, die manche russischen bzw. nicht wenige bulgarische Intellektuelle noch immer nicht akzeptieren wollen.

auch die Legenden und Mythen der SED-Propaganda für die Wirklichkeit gehalten haben.

Andererseits gibt es noch große Illusionen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Schaffung einer starken gesamtdeutschen Linken. Und so abwegig ist dieser Gedanke ja auch nicht angesichts des rasanten, geradezu an Selbstmord erinnernden Niedergangs der SPD.

Das Bild, das die Medien in dieser Frage bieten, ist schillernd. Im allgemeinen dominiert Ablehnung. Auch Verächtlichmachung und Diffamierung kommen vor. Ein Glanzstück dieser Art leistete sich beispielsweise der »Spiegel« in der Ausgabe vom 6. September 1999. Einerseits bringt er eine sachliche Schilderung des derzeitigen Zustandes der Beziehungen zwischen Ost- und Westberlinern⁸, in der der Leiter des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung Axel Schmidt-Gödelitz mit der Feststellung zitiert wird, »der Graben« zwischen der alten Frontstadt West-Berlin und der ehemaligen Hauptstadt der DDR sei »tiefer geworden«. Wenige Seiten davor⁹ aber wird der untaugliche Versuch unternommen, nicht nur die wissenschaftliche Beschäftigung mit konkreten Erscheinungen der Ostidentität¹⁰, sondern auch die Träger spezifisch ostdeutscher Eigenschaften¹¹ verächtlich und lächerlich zu machen.

Nicht zuletzt solche Begleitmusik läßt vermuten, daß die beobachtete Ethnisierung zu einer echten Ethnogenese werden, also zur Entstehung eines neuen Ethnos führen könnte. Denn kaum etwas kann angebliche »Separatisten« in ihrem Bestreben nach Eigenständigkeit mehr bestärken, als wenn ihnen ihr »Separatismus« ständig vorgeworfen wird,

Feiert die DDR-Nation seligen Gedenkens fröhliche Urständ? Ja und nein! Natürlich wurzelt dieser Prozeß in der jahrzehntelangen, zeitweilig nahezu vollständigen Abgrenzung der DDR von der BRD und damit der Isolierung der ostdeutschen Bevölkerung von der Westdeutschlands. Wie ich in dem in Fußnote 7 angeführten Aufsatz zu zeigen versucht habe, beruht ja Ethnogenese grundsätzlich auf der Isolierung von Populationen.

Solange die Isolierung jedoch von oben verordnet ist und von den Betroffenen nur widerwillig erduldet wird, kann sie kurzfristig nicht die Herausbildung eines neuen Ethnos zur Folge haben. Polen war 123 Jahre, von 1795 bis 1918 unter drei Staaten aufgeteilt. Seine Bevölkerung hat sich jedoch nie damit abgefunden. Sie betrachtete sich auch während dieser Zeit stets als zusammengehörig und wuchs nach der Wiedervereinigung schnell und relativ problemlos wieder zusammen.

Eine ganz andere Situation liegt vor, wenn sich der Abspaltungsprozeß aus dem Widerstand gegen Fremdbestimmung ergibt. Und genau damit haben wir es seit dem – wohlgemerkt, mehrheitlich freiwillig erfolgten – Anschluß der DDR an die Alt-BRD zu tun. Warum die in erster Linie dem rheinischen Kapital verpflichteten herrschenden Kreise der Bonner Republik so kurzsichtig waren, eine Bevölkerung, deren Mehrheit sich freiwillig ausgeliefert hatte, im Unterschied zur Wiedereingliederung des Saarlandes derart massiv vor den Kopf zu stoßen, liegt auf der Hand. Es war ein gutes Stück Rache mit im Spiel. Rache dafür, daß sich diese Bevölkerung, weniger aus freien Stücken denn mit tatkräftiger

8 Karen Andresen: Trotz und Vorurteil. Wo einst die Mauer stand, ist kaum noch zu erkennen. Doch Ost- und Westberliner fremdeln noch immer, S. 74f.

9 Stefan Berg: Löffeln auf ostdeutsch. Überall im Ostteil Berlins finden sich die Reste der »Hauptstadt der DDR« – nicht nur zu Stein geworden in der einstigen Stalinallee oder am Majakowskiring, sondern auch in den Köpfen der Menschen, S. 70f. Im Text wird diese These des Untertitels folgendermaßen periphrasiert: »Doch wie in keiner anderen Stadt hält sich in Berlin, der einstigen DDR-Vorzeigemetropole, neben der neuen Normalität (sic!) zugleich ein Bewußtsein, das in der DDR nicht nur wurzelt, sondern auf dem alten Humus weiterwächst.«

10 Im direkten Anschluß an den in Fußnote 9 zitierten Satz heißt es weiter: »Dietrich Mühlberg, früher der Papst der DDR-Kulturwissenschaftler an der Humboldt-Universität und nun abgewickelter Professor, hat die ostdeutschen Besonderheiten zu einer Art Rassen-theorie des Osis verquirlt. Was ostdeutsch ist und wer ostdeutsch ist, erkennt er wenigstens auf den zweiten Blick. Und natürlich ist es besser als westdeutsch.«

11 Die »studierte Psychologin und Ökonomin«, die heute (warum wohl?) am U-Bahnhof Weberwiese einen Presse-Shop betreibt, muß sich vom »Spiegel« als »Ausstellungsstück aus dem DDR-Freiluftmuseum« beschimpfen lassen.

Mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht, 44 Jahre lang der Kontrolle eben dieses Kapitals entzogen hatte.

Mit dieser Kausalität hängt zweifellos auch zusammen, daß der Ethisierungsprozeß so erstaunlich schnell nach dem Anschluß begann. Daß er ein Phänomen der »langen Dauer« sein kann, wird von ostdeutschen Experten – Rudolf Woderich deutet es schon im Titel des zitierten Aufsatzes an – zumindest nicht ausgeschlossen.

Wie weiter?

Wie ist nun mit dieser Situation umzugehen? Die herrschenden Kreise der bisherigen Bonner, nunmehrigen Berliner Republik und die ihnen dienenden Parteien fordern nach wie vor die »innere Einheit«, also Anpassung, Unterwerfung, Assimilation, und vergiften damit die Atmosphäre im Staate.

Denn daß in dieser angeblich wiedervereinigten Bundesrepublik zwei Gesellschaften nebeneinander existieren, wird mittlerweile von vielen anerkannt.¹² Wie also wären die Beziehungen zwischen ihnen zu regeln? Das Mindeste wäre uneingeschränkte Gleichberechtigung. Und das nicht nur für die Ossis als Individuen.

Daß ihre ostdeutsche Identität Verteidigenden und dabei auch auf Erhaltenswertes aus der DDR Verweisenden immer wieder vorgehalten wird, sie wollten »ihre DDR« wiederhaben, hat es fast zur Pflichtübung werden lassen, dies vehement zu verneinen.

Warum eigentlich? Meine Antwort wäre: Lieber heute als morgen! Natürlich nicht jene zentralistische, von einer vergreisten Politbürokratie beherrschte und mit Mauer und Stacheldraht von der Außenwelt abgeschottete »Deutsche Demokratische Republik«, die nichts weniger als demokratisch war. Aber ein Verbund ostdeutscher Länder, in der auch die unbestreitbaren Errungenschaften der DDR wieder zur Geltung kommen würden, als autonomer Bestandteil einer wirklich föderalen Bundesrepublik ohne die jetzige Fremdbestimmung erschiene mir durchaus erstrebenswert.

Dazu bedürfte es allerdings endlich der nach dem Anschluß der DDR wieder verschleppten Modernisierung des Grundgesetzes.

Denn in Wirklichkeit ist der vielgepriesene BRD-Föderalismus in hohem Maße bloße Fassade. Alles Wesentliche wird von der Bundesregierung bzw. groteskerweise vom Bundesverfassungsgericht entschieden. Wenn Wesentliches wie der Minderheitenschutz oder die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in die Kompetenz der Länder verwiesen wird, dann um die Realisierung zu erschweren oder ganz zu verhindern.

Insbesondere bedürfte es der Ersetzung des Artikels 116 des Grundgesetzes, dem noch immer das höchst antiquierte bundesdeutsche Staatsbürgerschaftsrecht zugrunde liegt, durch einen Artikel, der den Schutz und die Förderung aller ethnischen Minderheiten, der alteingesessenen wie der neu zugewanderten, zum Gegenstand hätte. Die im Entstehen begriffene ostdeutsche könnte wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke auf besonderen Schutz und besondere Förderung verzichten. Ihr würde die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung genügen.

12 Selbst ein neoliberaler Ideologe wie Arnulf Baring spricht recht gelassen von »zwei Völkern« in Deutschland.

STEFAN BOLLINGER

Die Revolution für den Sozialismus kam zu spät 1989 zwischen letzter Chance und Thermidor

1989 – Die Krise der DDR und ihres Realsozialismus kulminierte. Am 4. November strömte eine halbe Million Menschen zu einer so in der DDR noch nicht gesehenen Kundgebung auf den Berliner Alexanderplatz. Ein Festtag, ein Höhepunkt der »friedlichen Revolution«! Trotz aller radikal-nachdenklichen Reden und dem Aufbruchgeist vieler Demonstranten – es blieb eher das Beschwören von Stimmungen und das Bekunden der Freude über die neugewonnene Freiheit, das Hoffen auf einen besseren Sozialismus. Zwar schloß einer der Redner, der Schriftsteller Stefan Heym, seine Rede mit dem Ruf: »Freunde! Mitbürger! Übernehmt die Herrschaft.«¹ Aber die Anwesenden, in diesem Moment wohl auch der Grandseigneur der DDR-Literatur, verstanden diesen Ruf doch nur als einen rhetorischen. Letztlich blieb es bei Losungen und es ist nicht verwunderlich, daß Heym sich später vorwarf, nicht zum Sturm auf die Bastionen der alten Macht gerufen zu haben. Ob dabei mehr herausgekommen wäre als so, da via Wahlen die politische Klasse der alten Bundesrepublik im Osten Deutschlands die Macht übernehmen konnte? Nach Abschluß der Kundgebung zog man friedlich nach Hause, das sonnabendliche Mittagessen wartete.

Es ist schon verflücht. Da kam es im Herbst 1989 zu einem Umbruch, bei dem aktiv handelnde Volksmassen (einschließlich einer bald aufbegehrenden SED-Basis) als – wenn auch disziplinierte – Demonstranten nach Feierabend auf die Straße gingen und ihrem Gewissen und weniger ihren nur vage auszumachenden Führern folgten. Sie fegten ein Politbüro und eine Regierung und noch ein Politbüro hinweg, erfanden und nutzten neuartige Machtstrukturen, erzwangen die Auflösung eines allgegenwärtigen Repressivapparates und setzten freie Wahlen durch.

Und doch ist das Urteil – trotz des mittlerweile vergangenen knappen Jahrzehnts – so umstritten wie von Anfang an. Die einen feiern es als Revolution, vergeben Attribute wie »national«, »friedlich« oder »protestantisch« und sehen das wichtigste Resultat in der Zerstörung jenes Staates zwischen Elbe und Oder, der eine Alternative zum westlich-kapitalistischen Deutschland sein wollte.² Die Bundestags-Enquete bot 1994 die offizielle Lesart von der »friedlichen Revolution«, die »zum Sturz der SED-Diktatur« führte und damit »die deutsche Einheit zu verwirklichen« ermöglichte.³ Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist das Etikett »Konterrevolution«⁴ schnell bei der Hand, eben weil dieser Aufruhr alsbald umfunktioniert wurde zum Sturz nicht nur der

Stefan Bollinger – Jg. 1954 in Berlin/DDR, Dr.sc.phil., Politikwissenschaftler; abgewickelter Hochschuldozent und Wissenschaftsbereichsleiter; Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; engagiert in ostdeutschen Wissenschaftszusammenhängen; hauptberuflich Dozent in der Erwachsenenbildung. Wichtige Publikationen zum Thema: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling (1993); Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance (1995); Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR (1996); 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? (1999)

Gorbatschow erkannte dies, wollte umsteuern und proklamierte eher emotional denn wissenschaftlich: »Die Umgestaltung ist eine Revolution.«⁸ Er vermochte Prozesse anzuschieben, Losungen auszugeben, den Machtapparat »durchzurütteln« – durchaus mit einigen jener stalinistischen Methoden, die er überwunden wissen wollte. Der Versuch, dem Sozialismus neuen Atem einzuhauchen, blieb aber zunächst eine »Revolution von oben«, die diejenigen, die diese eigentlich tragen sollten, zu Akteuren, richtiger zu Statisten einer »passiven Revolution« machte.⁹ Die Tiefe der Krise zwang zum Handeln. Aber gegen wen? Konservative in der Partei, die Politbürokratie, die schon Trotzki gegen Stalin als eigene soziale Schicht erkannte,¹⁰ jene »neue Klasse«, die Djilas¹¹ in den fünfziger Jahren als Gegner bestimmte?! Ja, aber nun mit dem Problem, daß diese Machtclique, diese »politische Klasse« selbst nicht einheitlich handelte, selbst von Zweifeln geplagt wurde und bei allen eigenen Interessen in Teilen durchaus für sozialistische Ziele eintrat. Gelegentlich brachte sie mit Dubček oder Gorbatschow, Jaruzelski oder Modrow auch kritische Akteure hervor, die über ihren und ihrer Gruppe Schatten im Interesse einer sozialistischen Zukunft zu springen willens waren.

Daß die Fähigkeiten dieser Politiker und ihre oft nur fragmentarischen Strategien des »So geht es nicht weiter« dieser Aufgabe nicht gerecht werden konnten, das wurde bei jenem letzten Reform- oder in unserem Kontext »Revolutions«-Versuch der Perestroika offenbar.¹²

Zudem zeigte sich, daß 1989 die Stoßrichtung in den einzelnen osteuropäischen Staaten bereits unterschiedlich war.¹³ Die Lektionen der Niederlagen der Revolutions- und Reformversuche 1956 und 1968 in genau der gleichen Richtung – gegen eine undemokratische, von außen oktroyierte, den sozialen Erwartungen nicht entsprechende Machtausübung durch eine kleine Minderheit – hatten Hoffnungen zerstört. Weder ein Aufstand (Ungarn) noch eine in der KP selbst eingeleitete und von ihren Führern getragene Reform (ČSSR)¹⁴ konnten sich gegen die sowjetischen Machtinteressen behaupten. Mit »Solidarność« und »Charta 77« verabschiedeten sich die Kritiker von dem Versuch, den Staatssozialismus zu humanisieren. Sukzessive stellten sie sich auf eine andere Alternative ein: den Sturz einer Ordnung, die den Anspruch Sozialismus für sich reklamierte, aber praktisch pervertierte. Sie sollte ersetzt werden durch eine Gesellschaft, die Menschen- wie Bürgerrechte garantieren kann und wirtschaftlich leistungsfähig ist – die westlich-kapitalistischen Gesellschaften westeuropäischen Zuschnitts.

Schon aus dieser besonderen Situation ergab sich die Schwierigkeit, die die Reformbemühungen und gar erst die Versuche einer erneuten Revolution in der sozialistischen Gesellschaft nach sich ziehen mußten.

Zunächst bestimmte die Systemauseinandersetzung, der »Weltbürgerkrieg« (Nolte), das Schicksal der Länder und ließ jedes Abweichen vom gewählten Modell und dem eigenen Block als Gefahr erkennen (dafür stehen sowohl die Schicksale der osteuropäischen Reformen wie die ebenso wirksamen Disziplinierungen im westlichen Lager – z.B. Chile 1973, Italien in den sechziger/siebziger

»Wenn wir einen erneuerten Sozialismus, eine andere Gesellschaft bei uns schaffen wollen, dann muß sie (den) menschheitlichen Notwendigkeiten entsprechen. Dazu gibt es denkbare Wege ... Diese Wege sind aber keine schnellen, und keine Heilslehren, die uns mit einem Schlag aus der Krise in eine lichte Zukunft bringen. Wir selbst müssen uns herausziehen, und wir sollten dies mit Bescheidenheit und Demut tun, indem wir aus unseren Fehlern lernen, nach Schuld fragen, auch der eigenen, und Verantwortung nicht von uns weisen.«
Vorwort, in: Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Segert, Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie. Sozialismus in der Diskussion, Bd. 1, Berlin 1989, S. 5.

»Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit ... Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur.«
Aufbruch '89 – NEUES FORUM, in: Wir sind das Volk. Aufbruch '89, mdv transparent, Teil 1: Die Bewegung. September/Oktober 1989, Halle 1990, S. 11f.

»Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verlorengelassen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß ... Wir wollen, daß die sozialistische Entwicklung, die in der Verstaatlichung stecken geblieben ist, weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird. Statt eines vormundschaftlichen, von der Partei beherrschten Staates, der sich ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes erhoben hat, wollen wir einen Staat, der sich auf den Grundkonsens der Gesellschaft gründet, der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist und so zur öffentlichen Angelegenheit (RES PUBLICA) mündiger Bürgerinnen und Bürger wird. Soziale Errungenschaften, die sich als solche bewährt haben, dürfen durch ein Reformprogramm nicht auf Spiel gesetzt werden.«
 Gründungsaufruf der Bürgerbewegung
 DEMOKRATIE JETZT:
 Aufruf zur Einmischung in eigener Sache, in:
 Ebenda, S. 14, 16.

Jahren, Portugal nach der »Nelkenrevolution« 1975). Mit ersten Anpassungen in den sechziger/siebziger Jahren als Antwort auf die Studentenrevolte von 1968 reagierten die westlichen Gesellschaften auf die Produktivkraftrevolution. In den achtziger Jahren drängte wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel massiv auf die Tagesordnung und wurde mit einer marktradikalen Strategie beantwortet. Sie zeitigte Erfolge. Mit der Einsicht zuerst der Sowjetunion, daß sie diesen Wettbewerb nicht bestehen könnte und ihrem Ausstieg aus der Konfrontation änderte sich die Lage der Verbündeten, schließlich auch die der Sowjetunion selbst dramatisch. Allein für die DDR bedeutete dieser Wandel aber die Existenzfrage als Staat.

Der Bruch für den Staatssozialismus war in den achtziger Jahren also ein doppelter: Es ging erstens um die demokratischen, menschenrechtlichen »Fehlstellen«, die mehr und mehr lautstark eingefordert wurden. In der DDR wurde dafür die Reisefreiheit zum Synonym. Zweitens ging es gleichzeitig um Konzepte für eine technologisch hochstehende Wirtschaft, die offenkundig ohne marktwirtschaftliche Elemente, ohne Wertgesetz und Markt nicht zu bekommen war. Offen blieb zunächst, ob als Ergänzung oder gar als Alternative zur Planwirtschaft. Zu allem Überdruß erwies sich jedoch, daß sich beide Seiten gegenseitig bedingen. Moderne Produktivkräfte verlangen mehr Demokratie – zumindest in einer Gesellschaft, in der die Werktätigen selbst die Hausherrn sein sollten. Mehr demokratische Freiheiten sollten wiederum die Sicherung der sozialen Menschenrechte und ein bestimmtes Maß an Konsumtion voraussetzen.

Eine Gesellschaft, die diese Ansprüche – soziale Gerechtigkeit, Demokratie und soziale Sicherheit bei optimaler Bedürfnisbefriedigung – nicht für sich stellt, kann mit Defiziten funktionieren. Sie muß dafür einen sozialen und/oder politischen Preis zahlen. So agiert der Kapitalismus auch gegenwärtig erfolgreich. Eine Gesellschaft, die aber genau dies alles will, mußte sich irgendwann daran messen lassen: Der Staatssozialismus verlor!

Eine neue DDR – spät, zu spät

Die Ereignisse von 1989/90 in der DDR sind nur in ihrer Einheit zu begreifen. Erstens vollzog sich tatsächlich eine Revolution in der (real-)sozialistischen Gesellschaft – eben jene seit Kronstadt 1921 immer wieder eingeforderte Revolution gegen die »neue Klasse« und ihren undemokratischen Repressionsapparat, mit dem sie die eigenen Ziele verriet.

Ein notwendiger Exkurs: Als 1920 Rußland und damit der Staatssozialismus erstmals in einer tiefen inneren Krise steckten und die Bolschewiki spürten, daß sie den Boden unter den Füßen verloren, zwang die Kronstädter Erfahrung Lenin zur Einsicht, daß Macht und Wirtschaft anders organisiert werden mußten. Die NÖP sollte die Lösung bringen.¹⁵

Ungeachtet aller Widersprüche des Kronstädter Aufstandes war unverkennbar: Eine innersowjetische Kritik- und Korrekturbewegung wollte die verhängnisvollen Strukturen beseitigen – durch eine »dritte Revolution«. Damals erschien in einem Blatt der

Aufständischen ein Artikel, der strenggenommen die gesamte Geschichte des Staatssozialismus und seiner Machtstrukturen als Mahnung durchziehen könnte. Mit dem Ansturm des Oktober 1917 schien es, »als ob das werktätige Volk nun in seine Rechte eintreten werde. Aber die kommunistische Partei, voll von Egoisten, ergriff die Macht, nachdem sie die Bauern und Arbeiter, in deren Namen sie handelte, beiseite geschoben hatte. Sie beschloß, das Land mit Hilfe ihrer Kommissare nach dem Vorbild des von den Gutsbesitzern beherrschten Rußland zu regieren.« Das grausige Fazit: »Eine neue kommunistische Knechtschaft entstand. Der Bauer wurde zum Knecht auf den Sovchozen, der Arbeiter zum Lohnempfänger in einer staatlichen Fabrik. Die schaffende Intelligenz verschwand ... Die Atmosphäre war zum Ersticken. Sowjetrußland verwandelte sich in ein allrussisches Zuchthaus.« Die Matrosen, in der Vergangenheit Vortrupp der Revolution – durch den Bürgerkrieg geschwächt, sich nun aus kleinbürgerlich-bäuerlichen Schichten rekrutierend und damit die Widersprüche so besonders kraß sehend – ergriffen »als erstes das Banner des Aufstandes zur Dritten Revolution der Werktätigen ... Die Zeit der echten Macht der Werktätigen, der Macht der Sowjets ist angebrochen.«¹⁶

Zurück zur DDR. Im Sommer 1989 spitzte sich hier die Krise zu. Massenfluchten und Botschaftsbesetzungen zeugten von der sich verschärfenden Lage. Was zunächst eher intellektuelle Grüppchen waren, die unter dem Dach der Kirche über punktuelle Veränderungen und erste Reformschritte nachdachten, die therapeutische Gesprächskreise waren und teilweise für Ausreisewillige Alibi und Anlaufstelle wurden, diese Kreise spürten, daß ihre Sorgen auch die eines wachsenden Teils der Bevölkerung waren.¹⁷ Ihre Bereitschaft, im September auf die Straße zu gehen, stieß auf zunehmende Resonanz, so daß tatsächlich eine Massenbewegung entstand. Wohl gemerkt eine Massenbewegung – manifest in den Montagsdemonstrationen vor allem im Oktober und in der ersten Hälfte November¹⁸ –, die bewußt gegen jene antrat, die ihre Systementscheidung bereits getroffen hatten und in die andere Gesellschaft »übergelaufen« waren oder es noch wollten. Diese Kräfte erstrebten keine Beseitigung der DDR, auch nicht im Sinne ihres Ausblutens, sondern ihre Reformierung. In dieser Konstellation liegt eine der Besonderheiten der DDR im Vergleich zu Osteuropa. Im Hintergrund stand jedoch die offene nationale Frage, die mit jedem Schritt anders und radikaler als anderswo im Ostblock das eigenstaatliche Überleben berühren sollte.

Die Demonstranten entschieden sich zu diesem Zeitpunkt gegen diese Systemalternative und für einen Wandel im eigenen Land – und das ohne jene straffe Führung, die bislang marxistisch-leninistische Revolutionstheoretiker immer für den Erfolg unterstellt hatten. Das machte der SED-Führung die Bekämpfung der Bürgerbewegungen so schwer. Zu allem Überdruß für sie regte sich eine innerparteiliche Reformbewegung, die genau die Ziele verwirklichen wollte, die auch in Moskau als revolutionäre Perestrojka eingeleitet worden waren.¹⁹

Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung wollte zuallererst einen besseren, demokratischeren, effizienteren Sozialismus und den

»Unser Ziel ist die Errichtung einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie:
– ökologisch, weil die Bewahrung der natürlichen Umwelt Voraussetzung für jede zukünftige vernünftige Entwicklung ist;
– sozial, weil wirkliche Freiheit nur unter Gleichen möglich ist und deshalb der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt werden muß,
– demokratisch, weil wir überzeugt sind, daß ein Gemeinwesen nur dann gelingt, wenn alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt an einem gewaltfreien politischen Leben mitwirken können. Wir wollen einen Rechtsstaat errichten,
– in dem kein Bürger mehr Angst haben braucht, seine eigene Meinung öffentlich zu vertreten;
– in dem kein ausgeklügeltes System von Belohnung und Bestrafung Untertanen erzieht;
– der davon lebt, daß die Bürger wirklich selbst entscheiden, wie sie leben wollen. Mit diesen Zielen stehen wir den Traditionen des demokratischen Sozialismus nahe.«
Offener Brief der SDP, in: Ebenda, S. 77f.

»Stell dir vor, es ist
 Sozialismus und keiner
 geht weg!«
 »Es lebe die
 Oktoberrevolution 1989«
 »Für harte Arbeit
 hartes Geld«
 »Kein Artenschutz
 für Wendehälse«
 »Volksauge sei wachsam«
 »Stasi in die Produktion«
 »SED allein – das darf
 nicht sein«
 »Mein Vorschlag für den
 1. Mai: Die Führung zieht
 am Volk vorbei«
 »Macht die Volkskammer
 zum Krenz-Kontrollpunkt«
 Losungen auf der Demon-
 stration am 4. November
 1989 auf dem Berliner
 Alexanderplatz – aus:
 Bahrmann, Hannes; Links,
 Christoph:
 Chronik der Wende. Die
 DDR zwischen 7. Oktober
 und 18. Dezember 1989,
 Berlin 1994, S. 78.

»Revolutionen gehen
 von unten aus, unten und
 oben wechseln ihre Plätze
 in dem Wertesystem. Und
 dieser Wechsel stellt die
 sozialistische Gesellschaft
 vom Kopf auf die Füße.
 Große, soziale Bewegungen
 kommen in Gang. Soviel
 wie in diesen Wochen ist in
 unserem Lande noch nie
 geredet worden, miteinander
 geredet worden, nie mit
 dieser Leidenschaft, mit
 soviel Zorn und Trauer, aber
 auch mit soviel Hoffnung.«
 Christa Wolf auf der Kund-
 gebung am 4. November
 1989, in: Wir sind das Volk.
 Hoffnung '89, mdv transpa-
 rent, Teil 2: Die Bewegung,
 Oktober/November 1989,
 Halle 1990, S. 64.

Abschied von jenen Strukturen, die mit dem Namen Stalins verbunden bleiben. Die Forderung der Bürgerbewegung »Demokratie jetzt« war auch die ihre: »Wir wollen, daß die sozialistische Entwicklung ... weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird«. ²⁰

Zweitens vollzog sich dieser Umbruch aber im machtpolitischen Vakuum. Weder Bürgerbewegungen noch SED-Reformer waren konzeptionell und personell-organisatorisch in der Lage, sich dauerhaft an die Spitze des Aufbegehrens und der Suche nach einer neuen Gesellschaft zu stellen. Insofern kam es zu einer Implosion des staatssozialistischen Systems.

Mit der Maueröffnung begann der Thermidor dieser Revolution. ²¹ Er brachte auf Dauer zwar eine Festschreibung der demokratischen Errungenschaften des Umbruchs vom Herbst 1989 – bürgerliche Freiheiten, Parlamentarismus, zivilgesellschaftliche Strukturen, Politisierung von Frauen- und Ökologiefrage. Insofern »funktionierte« die Revolution. Aber eben im nationalen, nationalistischen Kontext einer nun von Westdeutschland übergestülpten konservativ-neoliberalen Hegemonie. Die aber sorgte dafür, daß gleichzeitig wesentliche soziale Veränderungen seit 1945/49 beseitigt und schließlich auch die neuen demokratischen Errungenschaften auf das westdeutsche parlamentarisch-demokratische Maß zurückgestutzt wurden.

Nicht mehr gesellschaftlicher Wandel innerhalb einer sozial gerechten Ordnung stand an, sondern der Umbruch in eine andere Gesellschaft, die sich seit Jahrzehnten im Westen entwickelt hatte, in den Kapitalismus. Der war zwar modern und bot Markt, Demokratie und Zivilgesellschaft, ihm fehlte aber nun sein Herausforderer. Dem Neoliberalismus war und ist jetzt in Ost wie West Tür und Tor geöffnet, so daß wohl eher der Markt in seiner blinden Wirkung denn eine sozial beherrschte Wirtschaft und Gesellschaft übrig bleiben.

Eine abgebrochene Revolution

Für den Umbruch und Gesellschaftswechsel in der DDR zugunsten eines westlich dominierten Gesamtdeutschlands sind verschiedene Attribute denkbar, ihn zu bezeichnen (und damit auch zu werten):

Als eine abgetriebene Revolution, ²² der der emanzipatorische Impetus einer eigenständig reformierten DDR beraubt wurde; als eine verkaufte Revolution, in der die eigenen Bürger ihre Ziele als Konsumenten höher einstufen als die eigene Befreiung von allen Freiheitsbeschränkungen – aber auch ein von der sowjetischen Führungsmacht aufgegebener Vorposten zugunsten westlicher Kredite zur Rettung der maroden Wirtschaft; als eine wie so oft in der Geschichte Deutschlands – etwa 1848/49 oder 1918/19 – gescheiterte Revolution, in der die ursprünglichen Ziele der Akteure nicht eingelöst werden konnten; als eine enteignete Revolution, in der die Akteure durch die überwältigende Präsenz der Bundesrepublik und ihrer politischen Klasse von der eigenen Revolution enthoben wurden; als eine zweifellos friedliche Revolution. Die unzufriedene Bevölkerung und ihre Aktivisten verzichteten bewußt auf das von manch verhindertem Protagonisten im nachhinein

gewünschte »An die Laterne ... Egon Krenz an die Laterne« als einem »bescheidenen Vorschlag zum Selbstmord und ein(em) behutsam ausgewogenen Lob der Lynchjustiz«. ²³ Aber ebenso waren auch die Mächtigen und die vielen einfachen Angehörigen der Sicherheitsorgane nicht bereit, sich ihrer Macht repressiv zu bedienen.

Es war ebenso eine Implosion ²⁴ einer mächtigen und wohl bewehrten Ordnung, die eben auch die Macht von Menschen war, die an Ideale glaubten und mehr nachgedacht hatten als jene Generationen, denen noch jedes Mittel recht war, die Macht zu verteidigen. Nun sahen sie sich auf einmal auf der Seite derjenigen, die der Verwirklichung dieser Ideale im Wege standen.

Schließlich war es eine Wende und ein Umbruch im Leben der Menschen ²⁵ wie im gesellschaftlichen Leben eines ganzen Landes. In wenigen Monaten wurden oft Erfahrungen und Kenntnisse eines ganzen Lebens entwertet, Millionen aus politischen, später dann wirtschaftlichen Gründen aus der Arbeit geworfen. Ein Volk stand vor einer Neuorientierung, mußte sechzehnmal zwischen Selbstbehaupten und Resignieren wählen.

Insgesamt war es eine abgebrochene Revolution, die großartig demokratisch durch das Volk begann und schließlich dem handelnden Volk verlustig ging. Hier ist Gert-Joachim Glaebner – allerdings nicht in der Zeitdimension – zu folgen, der »von einer wiederherstellenden und zugleich von einer abgebrochenen Revolution« spricht. »Sie wollte den Irrweg eines extremen Autoritarismus ... beenden und ... wieder an die freiheitlichen und liberalen Traditionen der westlichen Demokratien anknüpfen. Sie wollte aber, zumindest in ihrer Hochzeit Ende des Jahres 1989, Anfang 1990, auch einen entscheidenden Schritt weitergehen: Das verräterische Ideal sozialer Gerechtigkeit sollte mit dem der persönlichen Freiheit versöhnt werden.« ²⁶ Nicht nur die Zeitdimension ist problematisch, auch der Nachholeffekt ist sicher nicht als ein »wiederherstellender« zu fassen. Berechtigt schließt er an Jürgen Habermas' eingängige These von der »nachholenden Revolution« ²⁷ an. Mit dem Wiederherstellen war es nach der Zäsur des deutschen Faschismus ebenso eine Sache wie mit jenen Problemen, die zu Zeiten des 1. Weltkrieges zur Spaltung der Arbeiterbewegung geführt hatten. So demokratisch, so zivilgesellschaftlich kam der Kapitalismus einst nicht daher, daß seine »modernen« Vorzüge in Zeiten des Klassenkampfes allen Akteuren ins Auge springen mußten. Was es nachzuholen galt, war die Aufnahme zivilgesellschaftlicher, demokratischer Elemente, wie sie die modernen westlichen Gesellschaften seit einigen Jahrzehnten entwickelten. ²⁸ In der Bundesrepublik kamen sie erst mit der Studentenbewegung der ausgehenden sechziger Jahre und den neuen sozialen Bewegungen der siebziger/achtziger Jahre wirklich zum Durchbruch.

Dabei wird mit dem Begriff der »abgebrochenen« Revolution zweierlei ausgedrückt: Zunächst unterbrach der bundesdeutsche Ein- und Zugriff auf die DDR-interne Auseinandersetzung den bislang eigenständigen Charakter dieser Entwicklung. ²⁹ DDR-eigene Alternativen und Führungskräfte verloren rasch an Bedeutung. Gleichzeitig stiegen die Bürgerbewegung und zeitversetzt die SED-Reformer aus ihrer nun eher fremdbestimmten Revolution

»Laßt uns lernen, zu regieren. Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen oder ein paar weniger oder eines Apparats oder einer Partei. Alle müssen teilhaben an dieser Macht, und wer immer sie ausübt und wo immer, muß unterworfen sein der Kontrolle der Bürger, denn Macht korrumpiert, und absolute Macht, das können wir heute noch sehen, korrumpiert absolut.« Stefan Heym: Rede auf der Berliner Demonstration, in: ders.: Stalin verläßt den Raum. Politische Publizistik, Leipzig 1990, S. 288.

»Wir erleben die größte demokratische Bewegung in Deutschland seit 1918 – und die Richtung ist wieder von unten nach oben. Das ist keine Gewähr, daß diese Bewegung anders verläuft als alle Kämpfe der deutschen Geschichte. Aber wir sehen die ruhige, unaufgeregte Kraft der Massen, die das notwendige Bedürfnis haben, ihr unergiebige Leben zu ändern. Sie verabschieden sich aus dem zentralistischen Sozialismus. Ein Abschied in aller Öffentlichkeit, ein Abschied, um sichtbar anwesend zu sein. Die Massen haben den ersten, den nächstliegenden Schritt getan – der Regierung bleibt übrig, den übernächsten zu tun: die Staatsstruktur zu ändern. Der erzwungene übernächste Schritt: das ist die jetzige Revolution.« Volker Braun: Die Erfahrung der Freiheit, in: Neues Deutschland, B-Ausgabe vom 11./12. November 1989.

»Die CDU bekennt ihre Mitschuld an den gesellschaftlichen Deformationen, unter denen die Menschen in unserem Land zu leiden haben. Sie tritt ein für eine humane und demokratische Gesellschaft, wie sie nach christlichem Verständnis einem Sozialismus entspricht. Maßstab dafür sind Pluralität und geistige Weite, Entfaltung von Persönlichkeit und Kreativität für eine echte Solidargemeinschaft.«
Positionen der CDU zu Gegenwart und Zukunft (Zweiter Entwurf), in: Neue Zeit vom 25. November 1989.

»Ich wage nicht, das Wort ›sozialistisch‹ zu gebrauchen. Dieses Wort ist befleckt, es assoziiert 40 Jahre DDR – da müssen wir uns nicht wundern, wenn viele bei Nennung des Begriffs ›Sozialismus‹ die Zunge rausstrecken. Eine weitere kapitalistische deutsche Republik brauchen wir nicht. Die zweite, die auf absehbare Zeit auch die ärmere sein wird, hat in der Tat nur dann einen Sinn, wenn sie eine gesellschaftliche Alternative zur BRD ist. Erstens: das Staatseigentum muß dominieren (draußen lauert das Kapital und wartet darauf, eingelassen zu werden. Die Quittung käme spätestens in fünf Jahren), zweitens brauchen wir eine engere soziale und ökologische Rahmgebung der Wirtschaft.«
Wir brauchen bei uns eine Große Koalition der Vernunft. Junge-Welt-Gespräch mit Pfarrer Rainer Eppelmann, Berlin, in: Junge Welt vom 9./10. Dezember 1989.

aus, genauer, sie wurden verdrängt. Ihre 3. Wege erwiesen sich als imaginär, sie setzten zumindest in den Bürgerbewegungen eher auf Selbstorganisation denn auf Macht. Damit und angesichts der nun durchschlagenden Interessenlagen konnten sie den Prozeß nicht mehr weitergestalten, geschweige denn –führen.

Für Marxisten war der Revolutionsbegriff immer mit dem Fortschrittsgedanken verbunden und kulminierte in der proletarischen Revolution, die die alte Ausbeuterordnung stürzen und eine klassenlose Gesellschaft errichten sollte.³⁰ Gerade hier liegt nun das Strittige und Problematische der Anwendung des Revolutionsbegriffs auf die Vorgänge des Herbstes 1989. Offensichtlich traf 1989 Lenins Erwartung vollauf ein, daß »die ›Unterschichten‹ das Alte nicht mehr wollen und die ›Oberschichten‹ in der alten Weise nicht mehr können«³¹. Und es bestätigte sich Marx, daß »nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassen Gegensatz gibt, ... die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören (werden), politische Revolutionen zu sein«.³² Revolution als Wechsel des politischen Regimes wie als tiefgreifender sozialer und politischer Einschnitt hat im Herbst 1989 zweifellos gewirkt. Sie brachte die »Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung und neuer Rechtsformen, die über den bloßen Wechsel von Führungsgruppen ... hinausweisen« und »die Sprengung der bisherigen Sozialstruktur«.³³ Insofern sind nicht nur die marxistische Revolutionstheorie anwendbar, sondern ebenso Tocqueville, Hannah Arendt oder neuzeitliche Konflikttheorien.³⁴

Aber: Die Akzeptierung des Revolutionsbegriffs bedeutet anzuerkennen, daß die Entwicklung seit der Oktoberrevolution eben noch keinen tatsächlichen Sozialismus, keine klassen-, genauer macht-lose Gesellschaft hervorgebracht hatte. Eine »Revolution im Sozialismus für den Sozialismus« (Manfred Kossok)³⁵ war notwendig. Dafür erwies sich der Staatssozialismus als unfähig trotz einer Produktivkraftrevolution und damit verbundener Veränderungen in der Systemauseinandersetzung. Es reichte eben nicht aus, diese Gesellschaft im Sinne einer »konservativen Revolution«³⁶ zu verbessern, wie Jürgen Kuczynski im Herbst 1989 meinte. Es ging vielmehr um eine neue Qualität, die den erreichten ungenügenden Stand einer nicht demokratischen, nicht tatsächlich vergesellschafteten Gesellschaft überwindet.

Genau das fand im Herbst 1989 nicht nur keimhaft statt – im Agieren der Bürgerbewegungen, in den Reformgruppen der SED, in der Bildung und Arbeit von Bürgerkomitees, Gewerkschaftsinitiativen und Betriebsräten, vor allem aber in der Arbeit der vielen Runden Tische und besonders des Zentralen Runden Tisches.³⁷

Die Anerkennung des Revolutionsbegriffs für den Umbruch 1989/91 bedeutet also:

Einerseits das Eingeständnis, daß tatsächlich ein radikaler Bruch der Macht-, ja der gesamten sozialen Verhältnisse sich vollzog und zwar unabhängig davon, ob die Herrschenden selbst die Macht aufgaben und Reformen versuchten, was Hobsbawm zur Ablehnung des Revolutionsetiketts³⁸, Ash wiederum zur Vergabe des Kunstwortes der »Refolution« als einer Mischung aus Reform und Revolution anregte.³⁹

Gleichzeitig war es das Resultat des Handelns sozialer Kräfte, ja Massen (und keineswegs eine putschistische Veranstaltung)⁴⁰ und das Resultat vornehmlich der inneren Widersprüche der Gesellschaft – im Marxschen Sinne letztlich des (bislang) unlösbaren Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Schließlich bedeutet das Resultat tatsächlich einen Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung und eben nicht eine Restauration der alten Verhältnisse, ein Zurückdrehen der Revolution durch eine Konterrevolution. Allerdings ist das Abwägen zwischen dem Gewinn an demokratischen Freiheiten, an Rechtsstaatlichkeit und dem Wieder- oder Neuentstehen privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse mit ihren sozialen Folgen zweifellos ein zu diskutierendes Problem.

Das blamierte Interesse

Wie so oft in der Geschichte entschieden sich die Menschen für diejenigen, die ihren Interessen am ehesten zu entsprechen schienen. Bärbel Bohley konnte sich wie viele Bürgerbewegte am wiedergewonnenen »aufrechten Gang«, am demokratischen Erwachen der DDR-Bürger begeistern. »Aber dann kam die Berührung mit dem bunten Laden Bundesrepublik ... Es geht nicht darum, daß diese Mauer nicht geöffnet werden sollte. Aber das geht nicht so! Man kann die Leute nicht ohne einen Pfennig Geld in diesen Westen lassen. ... Die sind dann rüber und haben hundert Mark geschenkt gekriegt. Die haben sie nicht von hier gekriegt, sondern die haben sie von Herrn Kohl gekriegt. Und dann gab's die Blaskapellen, die Bananen, die Dinge, die nachher dann im Wahlkampf hier wiederholt worden sind. Man muß ganz einfach sagen: das waren Glasperlen für die Eingeborenen. Und die haben gewirkt.«⁴¹

Oder, wie es Jens Reich für die Bürgerbewegungen emotionslos formuliert: »Wir hatten andere Fragen beantwortet, als die Wähler gestellt hatten.«⁴² Die Interessen waren auch in der DDR sehr konkret. Eine Mehrheit der Bürger war mit ihrem System unzufrieden. In der Reisefrage kristallisierten die Erwartungen an individuelle Freiheit, Veränderung, Weltoffenheit. Sie war alsbald Synonym für eine Gesellschaft des glitzernden Wohlstandes, in dem die Bedürfnisse auf ihrer höchsten Stufe möglicher Realisierbarkeit als Maßstab galten, nicht die gleichmäßige Verteilung eines auch nur noch relativen Mangels. Es war damit die Erwartung an eine Wirtschaft auf der Höhe des internationalen technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Effizienz, die zur Rückständigkeit und dem Schlendrian einer zwar sozial angenehmen, aber nicht leistungsstarken DDR-Wirtschaft kontrastierte.

So, wie die internationale Wirtschaftslage sich darstellte, konnte dieser Zugang nur über die westliche Wirtschaft stattfinden. Da bot sich die Bundesrepublik als insgesamt attraktives und leistungsfähiges Land geradezu an. Es war angesichts der Krisen in Osteuropa, auch des sich nicht einlösenden Hoffens auf den Erfolg der sowjetischen Perestrojka naheliegend, es mit den wirtschaftlichen Siegern der Geschichte zu versuchen.

SED-Reformer wie Bürgerbewegungen konnten nur ein neues Suchen und Arbeiten an einem sozialistischen, nun demokratisch

»Tiefgreifende Umwälzungen in den ökonomischen, sozialen, sicherheitspolitischen, ökologischen und kulturellen Existenzbedingungen der Menschheit und unseres eigenen Volkes müssen der Politik einer modernen sozialistischen Bewegung zugrunde gelegt werden.

Ein stalinistischer Sozialismus kann auf keinem dieser Gebiete Lösungen hervorbringen. Im Gegenteil:

Er hat zur Existenzkrise der Menschheit beigetragen ...

Die Krise des administrativen Sozialismus in unserem Lande kann nur dadurch gelöst werden, daß die DDR gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften einen neuen Weg jenseits von administrativem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Konzerne geht.«

Für einen alternativen demokratischen Sozialismus. Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses zu der von der Basis ausgehenden Neuformierung der SED als moderne sozialistische Partei, in: Berliner Zeitung vom 8. Dezember 1989.

»In jeder Revolution verlieren jene die Macht, die sie bisher ausgeübt haben. Wir begrüßen die Brechung des Machtmonopols der SED. Dies ist für all jene in unserer Partei eine große Chance, die sich zu einem Weg des demokratischen Sozialismus bekennen. Es ist endlich der notwendige radikale Bruch möglich, der die Bedingungen für einen neuen Anfang darstellt ... Wir dürfen den demokratischen Aufbruch und das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung nicht verspielen. Der alten Herrschaft von Politbürokraten darf keine Herrschaft von Kapitalmagnaten folgen. Das Volk muß endlich und endgültig zum Gestalter eigener Geschichte werden.«

Für eine sozialistische Partei der DDR. Ein Angebot für die Diskussion zum Programm (André Brie, Michael Brie, Wilfried Ettl, Jürgen Jünger, Dieter Klein, Hans-Peter Krüger, Dieter Segert, Hans Wagner und Rosi Will), in: Neues Deutschland vom 12. Dezember 1989.

»Für eine neue DDR, für demokratischen Sozialismus!«

Für die DDR – für demokratischen Sozialismus, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 127.

verbesserten Experiment anbieten. Das schien einer Mehrheit zu anstrengend und aussichtslos. »Nie wieder Experimente!« war ihre beliebteste Losung im Spätherbst und Winter 1989/90. Dann lieber das bewährte und leistungsfähige Modell übernehmen, zumal Kanzler Kohl mit der »Einführung der Sozialen Marktwirtschaft« alsbald den ostdeutschen Landsleuten »blühende Landschaften in Deutschland« versprach.⁴³ Er verschwieg nur den festen Willen, den Sieg über den Sozialismus mindestens so ideologisiert fest zu untermauern, wie das der »Marxismus-Leninismus« 40 Jahre lang versuchte – nun mit umgekehrten Vorzeichen: Zerschlagung des alten Staatsapparates, Brechung der Ideologie, Umbruch der Eigentumsverhältnisse. Und er verschwieg, daß die Altbundesrepublik, ihre expansionsfreudige Wirtschaft und ihre ehrgeizigen Beamten wie Unternehmer eine Spielwiese für ihre Träume, Karrieren und Renditen suchten. Nicht zuletzt verschwieg er, daß für ihn der Erfolg in der DDR mit der Behauptung der eigenen Macht in Bonn verbunden war.

Mehr Markt, mehr Demokratie und weniger Lebensqualität

Was als emanzipatorischer Aufbruch für eine bessere, demokratischere, aber nichtsdestoweniger sozialistische DDR begonnen hatte, endete in einem deutschen Einheitsstaat kapitalistischen Zuschnitts. Die Revolution im Osten wurde nicht zum Initialzündler für eine »doppelte Modernisierung« des Ostens in der Aufnahme der zivilisatorischen Leistungen der westlichen Gesellschaften und der gleichzeitigen Ausprägung des zivilisationsbewahrenden Charakters der östlichen Gesellschaft. Es wurde auch keine erhoffte »doppelte Modernisierung«,⁴⁴ in dem der Westen sich wandeln und positive, sozialistische Momente der DDR und ihres Aufbruchs in sich aufnehmen sollte. Diese Vorstellungen konnten angesichts des realen Kräfteverhältnisses und des vermeintlichen Triumphes der Marktwirtschaft nicht funktionieren.

Zu spät wurde (und von vielen bis heute noch nicht) begriffen, daß hinter dem Etikett der »sozialen (gar ökologischen) Marktwirtschaft« allein ein mehr oder minder gut funktionierendes Profitsystem schlummert, das in guten Zeiten und bei entsprechender Gegenmacht – durch ein konkurrierendes Sozialsystem und/oder durch eine starke Gewerkschaftsbewegung oder andere soziale Bewegungen (etwa im Umweltbereich) – modifiziert, vielleicht »gebändigt« werden kann.

Als bald sollte sich herausstellen, daß die östliche Implosion in doppelter Hinsicht für die westlichen Gesellschaften zuallererst einen Impuls der Selbstbestätigung und des Verzichts auf Alternativen darstellte. Denn zum einen schien der Zusammenbruch des Staatssozialismus generell die Unfähigkeit einer sozialistischen Alternative belegt zu haben. Allein die marktwirtschaftliche, pluralistisch-demokratische Gesellschaft wurde als Endziel gesellschaftlicher Entwicklung akzeptiert. (Dabei ist allerdings auffällig, daß für die Transformation der osteuropäischen Länder durchaus Abstriche an der demokratischen Komponente als zulässig gelten.) Zum anderen fiel der Untergang des Staatssozialismus mit dem Kurswechsel der westlichen Länder hinsichtlich der Ausgestaltung

ihrer Verhältnisse zusammen. Waren die USA und Großbritannien diesbezüglich bereits seit den siebziger Jahren Vorreiter, so nutzen nun politische Klasse und Unternehmer der größer gewordenen Bundesrepublik die Gelegenheit, einen neoliberalen Kurswechsel rücksichtslos durchzuziehen. Ostdeutschland – von vielen als potentiell *Mezzogiorno* Deutschlands⁴⁵ apostrophiert – wurde zum Experimentierfeld für eine neoliberale Umprofilierung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Das Vertrauen auf den Markt, der alles richte, das rücksichtslose Durchziehen des Prinzips »Rückgabe vor Entschädigung« wirkten mit dem blinden Konkurrenzdruck, der praktischen Einvernahme ostdeutscher Betriebe und der zielgerichteten Ausschaltung ostdeutscher Konkurrenten auf die Industrie-, Wirtschafts- und Wissenschaftslandschaft zwischen Elbe und Oder verheerend.⁴⁶ Dabei war dies im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Transformationsstaaten ein Prozeß ohne nationale Schutzgrenzen, ohne die Chance des Erhalts von Arbeitsplätzen und der Umorientierung der Eliten.⁴⁷ Im Gegenteil, mit der Einführung der DM fiel jeder Schutz, die ostdeutschen Betriebe wurden »plattgemacht«,⁴⁸ die alte Elite radikal ausgewechselt.⁴⁹ Obendrein war es ein zutiefst ideologisch motivierter Umbruch, in dem sozialistische Traditionen und Erfahrungen nichts zählen sollten.⁵⁰ Typisch sind dafür der Umgang mit der Bodenreform und den ostdeutschen Genossenschaften und ihre systematische Benachteiligung.⁵¹

Die Geschichte bleibt offen

Vielleicht ist es gerade die Erfahrung des Versagens und Scheiterns einer Gesellschaft, die Probleme in aktuellen Entwicklungen und Krisen schneller erkennen läßt. Da gibt es die immer deutlicher werdende Ähnlichkeit der Reaktionsträgheit und Entscheidungsunfähigkeit der Herrschenden – einst der Politbüros, heute der bundesdeutschen politischen Klasse und der Chefetagen der Konzerne. Sie gemahnt, daß jener zynische Scherz aus der DDR-Geschichte zum Wettkampf der Systeme hochaktuell sein könnte: »Der Imperialismus steht am Abgrund, wir (die DDR) sind ihm einen Schritt voraus.«

Die menschliche Zivilisation steckt in einer Krise, auch wenn die Siegesmeldungen von den Fronten der Globalisierung dies zu vernebeln suchen. Mehr denn je steht eine »global revolution«⁵² eines tiefgreifenden weltweiten Wandels an. Fragen einer neuen gesellschaftlichen Orientierung sind weltweit zu beantworten: Es ist nicht nur die permanente Krise der Länder der »3. Welt«, es ist nicht nur der schmerzhafteste Transformationsprozeß der einst staatssozialistischen »2. Welt«, sondern es ist die Krise in den westlichen Metropolen. Selbst oder gerade in dem recht kleinen, überschaubaren Bereich Deutschland überschneiden sich Krisen des Endes der Systemkonfrontation mit denen der inneren Entwicklung. Aber schon allein hier Lösungen zu finden, wären, so bescheiden sie zunächst sein mögen, ein Zeit- und ein Erfahrungsgewinn für einen ausstehenden größeren, radikaleren Umbruch.

Offen ist die Frage nach der Gründung einer neuen Bundesrepublik, die sich aus der Herstellung der Einheit, der Krise der

»Manche mögen meinen, daß er (– der osteuropäische Erneuerungsprozeß 1989/90 – St.B.) letztlich konterrevolutionär sei. Nach dieser 70jährigen Entwicklung des realen Sozialismus ist aber das »konter«, das »gegen«, eine Naturnotwendigkeit. Wer Sozialismus faktisch mit brutaler Parteidiktatur, Entmündigung der Gesellschaft, Staatseigentum an den Produktionsmitteln und mit zentralistischem Plandirigismus gleichsetzte, wer glaubte, mit solchen Mitteln eine gerechtere Gesellschaft schaffen zu können, der hat sich so gründlich geirrt, daß hier nur ein entschiedenes »kontra« möglich ist. Wer aber glaubt, damit müßten wir uns auch von dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit, der internationalen Solidarität, der Hilfe für, die Menschen in der eigenen Gesellschaft und in der ganzen Welt verabschieden, der irrt sich genauso.«
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, in: Neues Deutschland vom 20. April 1990.

»Die DDR ging unter, als sie gerade anfang, Spaß zu machen. Und zwar nicht nur für ein paar Dutzend Bürgerrechtler, sondern für Millionen Menschen, die endlich ihr Schicksal in die Hand genommen hatten: demonstrieren gingen, auf Versammlungen sprachen, Resolutionen verfaßten, sich neuen Gruppen anschlossen, Plakate malten, Häuser besetzten, Parteien und Verbände gründeten, Menschenketten bildeten, unabhängige Studenten- und Betriebsräte wählten, Flugblätter druckten, die alten Chefs absetzten, ... Runde Tische einrichteten. So viel Selbstbestimmung war nie. Und damit so viel neues Selbstbewußtsein. Das darf nicht vergessen werden, wenn man sich wundert, wie hartnäckig viele Neubundesbürger ihre Erfahrungen und Biographien verteidigen.« Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996, S. 11.

Transformation der Ex-DDR und ganz Osteuropas, aus dem Ende der Systemkonfrontation, dem Verlust des Alternativ-Spiegels und Popanzes Realsozialismus ergibt. Diese Chance wurde zunächst vertan: Es vollzog sich eine rückwärtsgewandte Neugründung der Bundesrepublik unter konservativen Vorzeichen. Aus der Mottenkiste der Geschichte werden alte Werte reaktiviert, das Soziale in der Marktwirtschaft wird immer kleiner geschrieben, das Ökologische wird als standortbedrohender Faktor beschworen. Außerdem soll endlich wieder an die historische Rolle Deutschlands als Führungsmacht in Mittel- und ganz Europa angeknüpft werden.

Offen bleibt die Frage nach einer alternativen Entwicklungslogik unter den Bedingungen einer arbeit-, natur-, sozialzerstörenderen Technologierevolution, des endgültigen Endes des Fordismus. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, mit dem Siegeszug eines neuen Produktivkrafttyps stellen sich Fragen neu nach dem Charakter der Gesellschaft, den lebendigen Grundlagen ihres Daseins, nach den Voraussetzungen für ein sozial gesichertes Leben der Menschen – für eine Minderheit oder für die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder.

Noch freut man sich, daß das bundesdeutsche Modell einer wachstumsorientierten, exportaktiven Wirtschaft, eines rechtsstaatlichen und verfeinert-bürokratischen Systems mit parlamentarisch-demokratischer Verfaßtheit ein Erfolgsmodell sein konnte, das nicht allein für die Ostdeutschen, sondern für Osteuropa ein ideales Exportgut zu sein schien. Nun ist dieses Modell aber selbst brüchig geworden!

Die DDR in ihrem 41. Jahr hatte emanzipatorische Ansätze und Chancen für ein neues Entwicklungsmodell. Sie wurden aus vielerlei Gründen nicht genutzt. Warum aber sollen die Ideen dieser Revolution nicht Ideen für einen Neubeginn in Deutschland sein?

- 1 Stefan Heym: Rede auf der Berliner Demonstration, in: ders.: Stalin verläßt den Raum. Politische Publizistik, Leipzig 1990, S. 289.
- 2 Zum Überblick siehe Ludger Kühnhardt: Umbruch – Wende – Revolution. Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zu Das Parlament, Bonn (im weiteren: Aus Politik), H. B 40-41/97, S. 12-18.
- 3 Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 12. März 1992 – Drucksachen 12/7820, 12/2230, 12/2597, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 1, Baden-Baden-Frankfurt/M. 1995, S. 597.
- 4 Siehe exemplarisch Hanfried Müller: Zusammenbruch« und/oder »Konterrevolution«, in: Weißenseer Blätter, H. 4/1992, S. 57-68; ders.: »Wende« – Revolution oder Konterrevolution? In: Ebenda, H. 5/1994, S. 31-39.
- 5 Siehe konzeptionell Stefan Bollinger: Die PDS und die doppelte »Wende« von 1989/90. Diskussionsbeitrag, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996, S. 284-308; und die umfangreiche Studie: ders.: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Schriftenreihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e.V.: Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd. 17, Berlin 1999.
- 6 Siehe zu einigen dieser Aspekte ders.: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling, hefte zur ddr-geschichte, H. 5, Berlin 1993; ders.: Dritter Weg zwischen den Blöcken? Krisen Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance, Berlin 1995, bes. Kap. 1; ders.: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR – Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Krisenmanagements, hefte zur ddr-geschichte, H. 30, Berlin 1996.
- 7 Siehe Ben Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Mainz 1994
- 8 Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 57.
- 9 Siehe z.B. Wolfgang Fritz Haug: Die Perestrojka als Revolution – wogegen? In: Das Argument, H. 176/1989, S. 547-560.

- 10 Siehe Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990, S. 117ff.
- 11 Siehe Milovan Djilas: The New Class. An Analysis of the Communist System, London 1957.
- 12 Siehe Michael Brie: Michail Gorbatschow – der Held der Demontage, in: ders., Dieter Klein: Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage, Berlin 1993, S. 281-303.
- 13 Siehe anschaulich bei Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München-Wien 1990.
- 14 Siehe Stefan Bollinger: Dritter Weg zwischen den Blöcken? a.a.O.
- 15 Siehe Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR a.a.O., Kap. 4.
- 16 Die Etappen der Revolution, in: Mitteilungen des Provisorischen Revolutionskomitees der Matrosen, Rotarmisten und Arbeiter der Stadt Kronstadt, Nr. 10, 12. März 1921, in: Frits Kool, Erwin Oberländer (Hrsg.): Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten und Freiburg im Breisgau, S. 441/442.
- 17 Siehe z.B. Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz, Jan Wielgohs (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991; Jan Wielgohs, Marianne Schulz, Helmut Müller-Enbergs: Bündnis 90 – Entstehung, Entwicklung, Perspektiven. Ein Beitrag zur Parteieforschung im vereinigten Deutschland, Berlin 1992; Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992; Erhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1998, 2. durchges. u. erw. Aufl.
- 18 Siehe Karl-Dieter Opp, Peter Voß: Die volkseigene Revolution. Unter Mitarbeit von Christine Gern, 1993; Hartmut Zwahr: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993.
- 19 Siehe z.B. Rainer Land, Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR, Bochum 1994.
- 20 Gründungsaufbruch der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache, in: Wir sind das Volk. Aufbruch '89. mdv transparent, Teil 1: Die Bewegung, September/Oktober 1989, Halle 1990, S. 16.
- 21 Siehe Manfred Kossok: Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie? Ein Gedanken-spiel in dreizehn Thesen: In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M. H. 12/1992, S. 19.
- 22 Siehe Michael Schneider: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.
- 23 Wolf Biermann: »à la lanterne! à la lanterne!«, in: Der Spiegel, Hamburg, H. 39/1992, S. 81-92.
- 24 So der Grundtenor bei Hans Joas, Martin Kohli: Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: dies. (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993, S. 7-28.
- 25 Siehe einen solchen Ansatz bei Christiane Lemke: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991.
- 26 Gert-Joachim Glaeßner: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1992, 2., durchges. Aufl., S. 22.
- 27 Siehe Jürgen Habermas: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute? In: ders.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990, Leipzig 1990, S. 213-241.
- 28 Siehe z.B. Michael Brie: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Thesen in der Diskussion, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 3/1990, S. 218-229; Hans-Peter Krüger: Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft, in: Ebenda, S. 202-217.
- 29 Siehe Wolfgang Dümcke, Fritz Vilmar (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996, 3. Aufl.
- 30 Zum Revolutionsverständnis siehe Manfred Kossok: Revolutionen der Weltgeschichte. Von den Hussiten bis zur Pariser Commune, Stuttgart 1989.
- 31 Wladimir Iljitsch Lenin: der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: ders.: Werke, Bd. 31, Berlin 1965, S. 71.
- 32 Karl Marx: das Elend der Philosophie, in: ders./Friedrich Engels: Werke, Berlin 1957, Bd. 4, S. 182.
- 33 Kurt Lenk: Stichwort »Revolution«, in: Wolfgang W. Mickel (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, S. 443.
- 34 Siehe Harald Bluhm: Revolution – eine begriffliche und ideengeschichtliche Skizze, in: Berliner Debatte Initial, H. 5/1998, S. 3-13.
- 35 Manfred Kossok: Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie? a.a.O., S. 13.
- 36 Siehe Jürgen Kuczynski: »Konservative Revolutionen«, in: Neues Deutschland, vom 8. November 1989, S. 4.
- 37 Siehe André Hahn: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – Politische Kultur im letzten Jahr der DDR, Berlin 1998.
- 38 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München-Wien 1995, S. 603.
- 39 So Timothy Gorton Ash: Rückblick auf die Entspannung, in: Aus Politik, H. B 14/94, S. 7.
- 40 Diese gab es eher in Rumänien.
- 41 Bärbel Bohley: An den Widerständen in diesem Lande bin ICH geworden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/1990, S. 543.
- 42 Reich, Jens: Der schwarze Riese siegt. 18. März 1990: Die erste und die letzte freie Volkskammerwahl der DDR, in: Die Zeit, H. 12/1995, S. 8.
- 43 Helmut Kohl: »... die Geburtsstunde des freien und einigen Deutschland«. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion [Erklärung vom 18. Mai 1990 anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Palais Schaumburg in Bonn], in: ders.: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Bd. 1, Bonn 1992, S. 511.

- 44 Siehe Dieter Klein: Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Geschichte, in: Michael Brie, Dieter Klein (Hrsg.): Umbruch zur Moderne. Kritische Beiträge, Hamburg 1991, S. 9-34.
- 45 Siehe z.B. Andrea Boltho, Wendy Carlin, Pasquale Scaramozzino: Will East Germany Become a New Mezzogiorno? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1995, H. FS I 95-307; Jörg Roesler: Zwischen High-Tech und Mezzogiorno. Ostdeutschlands ungewisse Zukunft, in: Utopie kreativ, H. 83 (1997), S. 34-41; Wolfgang Zank: Noch ein Mezzogiorno? Neue Bundesländer: Ökonomen sind über die Zukunftsaussichten uneinig, in: Die Zeit, Hamburg, H. 46/1993, S. 31.
- 46 Siehe zum Gesamtproblem Rudolf Hickel, Jan Priebe: Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt/M. 1994.
- 47 Siehe z.B. Jörg Roesler: Ideologie und Pragmatismus in Transformationsperioden der ostdeutschen Wirtschaft. Ein Vergleich am Beispiel von Eigentumsordnung und Wirtschaftsverfassung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 1/1993, S. 72-79; ders.: Wirtschaftliche Transformationsprozesse in der Ex-DDR und ihren östlichen Nachbarländern im Vergleich, Pankower Vorträge, H. 4, 1995; ders.: Der Anschluß als historisches Ereignis in der Weltgeschichte: Praktiken, Probleme, Folgen, in: Utopie kreativ, H. 94 (1998), S. 51-57.
- 48 Siehe z.B. Klaus Steinitz (Hrsg.): Vereinigungsbilanz. Fünf Jahre deutsche Einheit, Hamburg 1995; ders.: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende (1989/90-1998), in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. XI, Eggersdorf 1998, S. 201-250.
- 49 Siehe z.B. Hans-Ulrich Derlien: Elitezirkulation in Ostdeutschland 1989-1995, in: Aus Politik, H. B 5/98, S. 3-17.
- 50 Siehe einen dazu konträren Ansatz bei Stefan Bollinger, Fritz Vilmar: Eine kritische Würdigung sozio-kultureller Errungenschaften der DDR. Projektaufruf zur Mitarbeit, in: Utopie kreativ, H. 84 (1997), S. 68; dies.: Im verflixten siebenten Jahr. Ost-West-Wissenschaftler-team will Leistungen des ostdeutschen Staates wieder ins Bewußtsein rücken, in: Neues Deutschland vom 13.10.1997.
- 51 Siehe Hans Luft: Agrargenossenschaften gestern, heute und morgen. Zur Geschichte der Landwirtschaft der DDR und ihre Perspektiven im vereinten Deutschland, hefte zur ddr-geschichte H. 50, Berlin 1998.
- 52 Immer noch gültig: Alexander King, Bertrand Schneider: Die Globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Spiegel-Spezial, Hamburg, H. 2/1991.

GERHART NEUNER

Eine »Fußnote der Geschichte«?

Das DDR-Bild in heutigen Schulbüchern

Warum dieses Thema?

Im griechischen Nationalmuseum in Athen steht der Besucher überrascht vor der fast überlebensgroßen Bronzefigur einer Frau, die offenbar mit großer Umsicht plattgehämmert, der wohlgeformte Kopf obendrein mit einer Axt gespalten worden war. Es handelt sich um Julia Avita Mamaea, die Mutter von Alexander Severus, der 222 n. Christi als Unmündiger auf den römischen Kaiserthron gelangte. Statt seiner führte jedoch seine Mutter die Regierungsgeschäfte so gut wie allein, was dem jungen Kaiser bald die spöttische Bezeichnung »Alexander Mamaea« einbrachte. Mamaea soll nach den Berichten zeitgenössischer Chronisten überaus herrschsüchtig und geizig gewesen sein, weshalb sie sich bald den Zorn der über die demütigende Weiberherrschaft ergrimten Soldaten zuzog. Als sie sich mit ihrem Sohn Alexander 235 im kalten Norden aufhielt, um wieder einmal aufsässige Germanen zu befrieden, wurden beide von Soldaten ermordet.

Warum nun mußte ein unschuldiger, freilich wohlgeformter Bronzeblock für eine ungeliebte Herrschaft büßen? Ging es den Urheber dieser Kunstschändung etwa darum, das Gedenken an Mamaea für immer auszulöschen? Die Überlieferung kennt unzählige Beispiele für ein derartig verordnetes Vergessen, »*Damatio memoriae*« genannt. Bilder und Statuen sind zerstört, Namen aus Inschriften und Ehrentafeln getilgt, Trauerverbote erlassen, auf den Fundamenten zerstörter Heiligtümer neue, noch prächtigere errichtet worden. Handelte es sich um herrschende Persönlichkeiten, kamen zur Tilgung von Namen und Gedenken noch die Kassation ihrer Erlasse und die Löschung ihrer Namen aus den Akten hinzu (Simon 1995, S. 5/6).

Unser aufgeklärtes Zeitalter kennt *damatio memoriae* ebenfalls und hat sie lediglich um einige Neuerungen bereichert. Auch in der DDR sind, wie anderswo, Namen aus Lexika getilgt, Bücher mehrfach umgeschrieben oder in »Giftabteilungen« versammelt, nicht nur Straßen, sondern auch Städte von heute auf morgen umbenannt worden. In Deutschland, einem relativ aufgeklärten Land Zentraleuropas, scheinen »Vergangenheitsbewältigung« und »Geschichtsaufarbeitung«, Termini, für die es in anderen Sprachen keinerlei Äquivalente gibt, mit besonderer Gründlichkeit und Verbissenheit betrieben zu werden. Timothy Garton Ash, ein Oxford-Wissenschaftler, der die Umbrüche in osteuropäischen Ländern beobachtet und wissenschaftlich analysiert hat, gelangt zu dem Schluß,

Gerhart Neuner – Jg. 1929, Prof. Dr. habil., 1970 bis 1989 Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, zahlreiche Publikationen zur Bildungstheorie und Allgemeinbildung, zuletzt: *Ressource Allgemeinbildung? (Neue Aktualität eines alten Themas)*, Deutscher Studien Verlag 1999

Deutschland, genauer Bundesdeutschland, habe dieses Purgatorium wesentlich systematischer und konsequenter als andere postkommunistische Länder betrieben. Die hierzulande praktizierte Variante sei, was Merkwürdigkeiten, Objektivität und Fairneß betreffe, ziemlich einzigartig. Ash, dem für den seinerzeitigen Osten jede Sympathie abgeht, rät den Deutschen, die das Sagen haben: »Aufklärung jedenfalls und gar – um doch das große Wort zu gebrauchen – Wahrheit sind nicht nur wünschenswert, sondern auch dort möglich, wo Recht und Gerechtigkeit es oft nicht mehr sind. Wer der Geschichte gerecht werden kann und soll, ist der Historiker – viel mehr als der Richter und Beamte« (Ash 1997, S. 44). Also fragen wir, inwieweit Schulbücher, verfaßt von eben diesen Historikern, solcherart Empfehlung folgen. Denn die immer lauter beschworene innere Vereinigung wird ganz wesentlich davon abhängen, ob die nachfolgenden Generationen sie zustande bringen.

Ich gehöre einer Generation an, die, da aus Böhmen stammend, im 20. Jahrhundert fünf Flaggenwechsel erlebt hat. In meinen Schulstuben wechselten die Konterfeis von Masaryk zu Benes, von Benes zu Hitler, aus Bahnhofsstraßen wurden über Nacht Adolf-Hitler-Straßen, Denkmäler sind geschleift, Uniformen ausgetauscht, Schilder abmontiert, Fahnen und Uniformen wurden abgefackelt (Neuner 1996). Daß auch Bücher auf Scheiterhaufen das gleiche Schicksal erlitten, bevor Menschen verbrannt wurden, habe ich zwar nicht direkt erlebt, aber in späteren, noch aufgeklärteren Zeiten, die bewußt auszukosten ich die Ehre hatte, sind selbige nicht mehr verbrannt, sondern »nur« mit Schwerlastern auf Müllhalden verkippt worden. Die Wahrheit freilich gebietet, nicht darum herumzureden: Eine Gesellschaft, die mit dem Ziel angetreten war, Gerechtigkeit, Vernunft und Menschlichkeit in die Welt zu bringen, und der ich viele Jahre meine Kraft gewidmet habe, hat sich von Vorgängern in einer solchen Hinsicht kaum unterschieden. Eher hat sie, zumindest in bestimmten historischen Phasen, noch zu perfektionieren vermocht, wie unliebsam gewordene Personen zu »Unpersonen« mutierten, wie sie verschwunden sind und nicht nur physisch ausgelöscht, sondern der Reihe nach von Gruppenfotos der revolutionären Helden wegretuschiert wurden.

Schulbücher, stets staatlich beglaubigt, in der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik nicht minder, auch wenn sie von unterschiedlichen Autoren und Verlagen stammen, eignen sich für derartige Analysen. Sie reflektieren die offiziell gewünschte politische Tendenz deutlicher als die relativ allgemein formulierten Rahmenrichtlinien und Lehrpläne, von anderen Schriften nicht zu reden. Wie sieht das in heutigen Lehrwerken, die in den neuen Bundesländern zugelassen sind, vermittelte DDR-Bild aus? Fördert es die innere Vereinigung, die Aussöhnung der Deutschen? Oder wollen jene, die es skizzieren und ausmalen, dieselbe mit Hilfe der aus grauen Vorzeiten bekannten *damnatio memoriae* zustandebringen?

Angesichts des bei der deutschen Vereinigung angeschlagenen Tempos ist die Schulbuchsituation verständlicherweise unterschiedlich. Das Geschichtliche Arbeitsbuch des Westermann-Verlages »Die Reise in die Vergangenheit«, Band 6, Ausgabe 1991, für

alle neuen Bundesländer, einschließlich Berlin, ministeriell zugelassen, ist Nachdruck eines Hauptschulbuches für Niedersachsen von 1988, geringfügig bearbeitet 1993, ausgewiesene Verwendbarkeit bis 1997. »Unsere Geschichte«, Band 3 des Diesterweg-Verlages ist die 2., 1991 ergänzte Auflage, die noch heute in Schulen im Osten verwendet wird. Es gibt Bücher, wie »Geschichte und Geschehen« 10 vom Ernst Klett Schulbuchverlag, das 1988 erschienen war, aber 1992 mit einem Nachtrag versehen wurde. Die 1997er Ausgabe, Sachsen D 5, bereits in der neuen Rechtschreibung verfaßt, soll bis 2001 gelten. Zu den nach der Vereinigung bearbeiteten Schulbüchern gehört »Entdecken und Verstehen« 4 von Cornelsen, dessen 1. Auflage 1995 erschienen und dessen Verwendbarkeit bis 1998 ausgewiesen ist. Andere Neuausgaben klammern derzeit noch die neuere Geschichte aus. Zu den Büchern, deren Neufassung nach der Vereinigung mit den alten detailliert verglichen werden kann, gehört das 1988 publizierte »Geschichtsbuch« 4 des Cornelsen-Verlages, zugelassen für Gymnasien, das 1996 bearbeitet wurde. Da eine umfassende Analyse der Schulbücher unter dem gewählten Aspekt mehr Raum beanspruchte, als hier zur Verfügung steht, will ich mich darauf konzentrieren, einige feststellbare Tendenzen zu benennen.

Eindimensional parteiliche Darstellung

Das Buch »Reise in die Vergangenheit«, dessen Hauptschulausgabe bezeichnenderweise für die noch existierende zehnklassige DDR-Oberschule zugelassen worden war, erwähnt, um nur einiges herauszugreifen, das Potsdamer Abkommen lediglich mit jenen Bestimmungen, die nach dem Bruch zwischen den Alliierten in der Bundesrepublik nicht völlig unter den Tisch gefallen sind (Die Reise, Bd. 6, S. 60ff.). Von der Entmachtung der Nazis und Kriegsverbrecher hat scheinbar kein Wort darin gestanden. Lager der sowjetischen Besatzungsmacht werden auf einer ganzen Seite dargestellt, solche der westlichen Alliierten scheint es nicht gegeben zu haben, obschon derartige Lager nach einer gemeinsamen Übereinkunft der Siegermächte zustande gekommen waren (Der deutsche Pädagoge Ernst Kriek beispielsweise ist in einem Lager in Süddeutschland umgekommen).

Ganze fünf Zeilen werden dem Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis gewidmet, von einer ähnlichen Abstimmung in Hessen (sowie Nordrhein-Westfalen) und deren Schicksal kein Wort. Bei Reparationszahlungen habe die Sowjetzone die »Hauptlast« getragen, ohne ein Wort der Erklärung, wieso, und welche Auswirkungen das für den so wieso ärmeren Oststaat hatte. Dann ausführlich, mit Bildern sowie anschaulichen, auf das Emotionale zielenden Schilderungen untersetzt: der 17. Juni 1953, die »rote Hilde«, Flucht und Stacheldraht, Mauer und Mauerbilder, Städteverfall und das »Grau-in-Grau«, von Schnitzler, Stasi, die »Geisterstadt Güstrow«, der Wehrunterricht, die »Zwangsjugendweihe«, die Verfolgung der Kirchen, der »offiziell untersagte« Religionsunterricht, die schlechte wirtschaftliche und Versorgungslage, Wandlitz; zwischendurch, knapp: Phasen einer relativen Stabilisierung, einige neue Stadtzentren, der Rückzug der Jugend ins Private, Spitzensport als Ausgleich für

Ärgernisse des Alltags und als Instrument der Herrschenden, ein »Wir-Bewußtsein« zu erzeugen, der Honecker-Besuch in Bonn, und breit und farbenreich Auflösung und »glückliche Wiedervereinigung«.

Den Autoren von »Die Reise in die Vergangenheit« dämmert dann gleichwohl in dem Abschnitt über die deutsche Frage, die Vereinigung sei eine »große Herausforderung«, unter anderem deshalb, weil die DDR die Menschen geprägt und »Spuren« hinterlassen habe. (S. 157). Nur muß sich der Schüler, so er diese eindimensionale Geschichtsinterpretation verinnerlicht hat, fragen: wieso eigentlich Spuren, wenn Schwarz und Weiß so einfach zu sortieren und zu überschauen waren, wie in dem Buch präsentiert? Was müssen sie, nehmen sie diese Geschichtsdarstellung für bare Münze, von ihren Eltern und Großeltern halten, die DDR-Bürger waren und geblieben sind? Waren diese denn ganz und gar »ver-nagelt«?

Nehmen wir, da dieses Lehrwerk, obwohl hie und da noch im Gebrauch, möglicherweise tatsächlich nicht mehr aktuell ist, die oben genannte 97er Ausgabe vom Klett-Verlag Leipzig »Geschichte und Geschehen« (Geschichte und Geschehen, D5, 1997). Die Darstellungsmethode in diesem Lehrwerk ist die vergleichende Gegenüberstellung. Also »Die soziale Marktwirtschaft: Wohlstand für alle?« (S. 150ff.) und »Die zentralgeleitete Wirtschaft – zum Wohle des Volkes?« (S. 170ff.) oder »Demokratie muß sich bewähren« (S. 153 ff.) und »Der SED-Staat« (S. 174ff.), dazu speziell »Jugendliche und Frauen in der DDR« (S. 180ff.). Weiter: »Gesellschaft im Wandel« (S. 158 ff.) und »Anspruch und Wirklichkeit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft« (S. 186ff.). Und da kommt in allen Kapiteln durchgehend als Resultat des Vergleichs heraus: Die Bundesrepublik war und ist die prosperierende, überlegene Gesellschaft, und zwar von Anbeginn, lediglich mit einigen geringfügigen Problemen, wie der Verteilung zwischen Arm und Reich oder dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, behaftet. Die DDR hingegen war bereits, als sie ins Leben trat, zum Untergang verurteilt, obgleich sie zeitweilig »auch international beachtete Erfolge« aufzuweisen hatte, »doch diese Leistungen bildeten die Ausnahme« (S. 171).

Offenbar war den Autoren bewußt, daß bei der Situation, in die Jugendliche und Frauen nach der Vereinigung geraten sind, nicht gänzlich verschwiegen werden kann, welche Lebensbedingungen für jene in der DDR existierten. Daher wird in dem gesonderten Kapitel ein beträchtlicher Argumentationsaufwand betrieben, mit dem verhindert werden soll, daß dieser oder jener eventuell auf die Idee kommen könnte, es habe zumindest in diesem Bereich in der DDR etwas gegeben, was man in die Einheit hätte herübernehmen sollen: In der Schule sei zwar »solides fachliches Wissen und eine angemessene Allgemeinbildung angestrebt« worden, aber es habe »Zulassungsbeschränkungen zum Hochschulstudium« gegeben, und obendrein seien die Jugendlichen politisch und militärisch gedrillt worden (S. 180).

Emanzipation der Frauen sei »ein zentrales Anliegen der SED« gewesen, aber infolge von Mehrfachbelastungen habe es zur

Emanzipation der Frau in der Bundesrepublik »kaum gravierende Unterschiede« gegeben (S. 181f.). Mit deutlicher Verblüffung so dann die Autoren, gegen die »bestehenden Ungerechtigkeiten« hätten sich die Frauen in der DDR nicht aufgelehnt. »Eine Frauenbewegung gab es nicht« (S. 182). Daß die Dinge vielleicht doch etwas komplizierter und differenzierter lagen, als durch die Brille der Autoren gesehen, will nicht in ihren Kopf. Besonders interessant ist der Schülerauftrag zu diesem Kapitel: »Diskutiert darüber in der Klasse unter dem Gesichtspunkt: Welche Kriterien verdeutlichen den Grad der Emanzipation in der Gesellschaft?« Dem wird die Scheinfrage vorangestellt, »ob der hohe Frauenanteil im Arbeitsprozeß Ausdruck der erreichten Gleichberechtigung in der DDR« gewesen sei. Damit ist unmißverständlich klar, wohin die Reise gehen und zu welchem Resultat die »Diskussion« führen soll. Solcherart »problemhafte Fragestellungen« waren freilich aus DDR-Lehrbüchern nicht unbekannt, obgleich dies am gegebenen Ort nicht das Thema ist. Auf eine andere Publikation sei verwiesen (Neuner 1994, S. 346 ff.). Summa summarum: In einen scheinbar objektiven Vergleich verpackt, ist die Eindimensionalität der Geschichtsdarstellung auch in diesem Lehrwerk nicht zu übersehen.

Marginalisierung des anderen deutschen Staates

»Unsere Geschichte«, Band 3, Moritz-Diesterweg-Verlag Frankfurt am Main, 2., ergänzte Auflage 1991 (Unsere Geschichte, Band 3, 1991, S. 213 ff.), vermittelt DDR-Geschichte in etwa nach dem gleichen Schnittmuster wie die anderen Lehrwerke: Nachkriegsnot und Wiederaufbau hat es eigentlich nur im Westen gegeben. Der Osten, durch Kampfhandlungen der Roten Armee und alliierte Bombardierungen schwer zerstört (Dresden!), der in Relation zur Bevölkerungszahl mehr Flüchtlinge und Vertriebene zu integrieren hatte als die westlichen Besatzungszonen, kommt nicht vor. Daß er obendrein bei Reparationen für den Westen mitbluten mußte, davon kein Wort. In dem ganzen Nachkriegsabschnitt ist er lediglich mit einer Rundfunkrede von Johannes R. Becher, dem späteren Kulturminister der DDR, vertreten. Nicht verschwiegen wird, daß die Initiative zur Spaltung Deutschlands von den westlichen Alliierten und von verantwortlichen Politikern der westlichen Zonen ausging. Dies und die Westintegration werden sogleich als historische Notwendigkeit und Leistung Adenauers gewürdigt. Daß in jener Zeit östliche Politik, aus welchen sich wandelnden politischen Motiven auch immer, von der fortbestehenden Einheit Deutschlands ausging, erfährt der Schüler nicht, bis auf eine knappe Bemerkung über die Ablehnung der Stalin-Note 1952 durch Westmächte und Bundesregierung. Methoden des Kalten Krieges, die der Westen bedenkenlos anwandte, um dem Osten, der sich infolge der Teilung und der sowjetischen Reparationsforderung in einer schwierigen Situation befand, zu schaden, wo und wie immer man konnte, werden sorgfältig ausgespart.

Das geringere Tempo des Wiederaufbaus, das Niveau wirtschaftlicher Entwicklung sowie der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern werden alsdann ausschließlich mit Verstaatlichung der Industrie, mit Bodenreform und »Zwangskollektivierung«

begründet, allein die »Sozialisierung« war schuld. Entsprechende Pläne im Westen werden kurz erwähnt, aber daß und wie die Resultate z.B. der Volksabstimmungen in Nordrhein-Westfalen und Hessen durch die Besatzungsmächte außer Kraft gesetzt wurden, findet sich ebensowenig wie das Ahlener Programm der CDU. Politische Kampfbegriffe wie der »klassenkämpferisch instrumentalisierte Antifaschismus« oder »Zwangsvereinigung« von KPD und SPD werden ganz selbstverständlich, ohne differenziertere Argumentation und Beweisführung in den Raum gestellt. (Den Schülern wird mit parteilich formulierten Fragen, unter anderem zur SED-Gründung, in den Mund gelegt, die Hoffnungen, die seinerzeit nicht wenige Sozialdemokraten und Kommunisten damit verbunden hätten, seien entweder »Träume oder bewußte Verschleierungen« gewesen (S. 231).

Das eigentliche DDR-Kapitel ist gleich tendenziös angelegt wie in anderen Büchern: Totalitärer Sozialismus, Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, Ulbrichts scharfer Kurs, Flüchtlingsbewegung und Mauerbau, die DDR nach dem Bau der Mauer 1961, die Macht der Parteiführung, die DDR und die nationale Frage und – das DDR-Ende. Wenn einzelne Verbesserungen knapp erwähnt werden, etwa hinsichtlich der Konsumgüterversorgung oder beim Wohnungsbau, dann seien sie erfolgt, damit die Menschen sähen: »Ohne SED geht nichts« (S. 268).

Daß die DDR trotz ungünstigerer Ausgangsbedingungen zur zweitstärksten Industriemacht im östlichen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe aufgestiegen war, was in anderen Schulbüchern nicht verschwiegen wird (Entdecken und Verstehen, Bd. 3, 1992, S. 177), kommt nicht vor. Bildungs- und Berufschancen der Jugend, von vielen Jugendlichen heute vermißt, werden möglicherweise gerade deshalb mit einem karierten Lebenslauf ins Lächerliche gezogen. Die Lebenssituation der Frauen in der DDR, deren Verlust Ostfrauen nachtrauern, kommt lediglich in einer Frage vor. Selbstbewußtsein der Arbeiter und kollektiver Zusammenhalt in den Betrieben werden in einem wiedergegebenen Presseartikel erwähnt, aber sogleich durch das unvermeidliche Stasi-Thema konterkariert (Unsere Geschichte 1991, S. 272/273). Kultur habe es in der Bundesrepublik mit wachsendem Wohlstand gegeben, die DDR hingegen muß den Schülern ganz und gar als kulturelle Wüste vorkommen. Warum eigentlich waren viele Künstler, die bereits in den zwanziger Jahren einen Namen hatten und denen man heute anlässlich von Jubiläen Kränze flicht, nach 1945 in den Osten gegangen und haben dort z. T. den Höhepunkt ihres künstlerischen Schaffens erlebt? usw. usf.

Insgesamt unterscheidet sich dies nicht von anderen Büchern. Neu in diesem Werk ist eine andere Tendenz, die freilich in weiteren bearbeiteten Lehrbüchern Schule zu machen scheint: In »Bundesrepublik Deutschland und DDR. Das geteilte Deutschland« werden, wie vorher Ost-West-Konflikt und Spaltung Deutschlands sowie »Nachkriegszeit«, in *einem* Kapitel behandelt. Konkret 53 Seiten Nachkriegssituation sowie Entstehung der Bundesrepublik und der beiden deutschen Staaten, dann 12 Seiten DDR, der »realexistierende Sozialismus«. Die Bundesrepublik ist schon bei

diesen quantitativen Relationen der dominierende Gegenstand, die DDR Anhängsel, eine Art Wurmfortsatz, dessen Entfernung nunmehr glücklicherweise gelungen ist. In dem Lehr- und Arbeitsbuch des Gehlen-Verlages für Geschichte und Gemeinschaft/Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe (Geschichte in der Gegenwart 1992) ist, im Vergleich zu vorhergehenden Auflagen, das frühere Kapitel 4 des gemeinschaftskundlichen Teils »Staat und Gesellschaft in der DDR« radikal zusammengestrichen worden. Die »deutsche Revolution« und die »deutsche Wiedervereinigung« werden jetzt im Kapitel 9 »Deutschland und Europa nach dem 2. Weltkrieg« lediglich cursorisch behandelt. So richtig hat es diesen Staat eigentlich gar nicht gegeben: Er erscheint gleichsam als Episode, eben nach einem Wort von Stefan Heym in der Wendezeit, von dem er sich jetzt distanziert, als »Fußnote der Geschichte«. Warum sich also überhaupt damit ernsthaft beschäftigen und belasten? Indem man den anderen deutschen Staat, der über vierzig Jahre existiert hat, nicht nur politisch-qualitativ delegitimiert, sondern auch quantitativ marginalisiert, greift man ganz direkt auf das klassische Verfahren der »damnatio memoriae« zurück. Aber so schnell – Historiker sollten das eigentlich wissen – erledigen sich geschichtliche Tatbestände keineswegs.

Sind differenzierte Betrachtungen möglich?

Von den erwähnten Schulbüchern unterscheidet sich in vieler Hinsicht das Geschichtsbuch »Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten« für Gymnasien (Geschichtsbuch 4, 1996), das die 1988er Ausgabe mit dem gleichen Titel ablöst (Geschichtsbuch 4, 1988). Nach Mitteilung eines Herausgebers haben sich die Autoren bei der Neufassung von der Überzeugung leiten lassen, sechs Jahre nach der Vereinigung müsse die Geschichte der Bundesrepublik und die der DDR anders dargestellt und gelehrt werden. Wie haben sie diese Aufgabe gelöst?

Zunächst, rein quantitativ, ist der Umfang des Kapitels 9 »Deutschland seit 1945« (in der 1988er Ausgabe, 38 Seiten, mit 5 Seiten »Die DDR seit 1949« und 2 Seiten »Frauen in Deutschland seit 1945«) auf 49 Seiten ausgeweitet worden: 10 Seiten DDR, ohne die 2 Seiten Frauen in diesem Lande, dafür jetzt 3 Seiten DDR-Staatssicherheit, ein 7-seitiges Kapitel »Der Weg zur deutschen Einheit 1989-1990« neu aufgenommen. Das läßt die Absicht erkennen, deutsche Geschichte seit 1945 gründlicher darzustellen. Die Autoren sind folglich nicht von der in anderen Büchern zu beobachtenden Neigung angesteckt, möglichst schnell über ein vermeintlich erledigtes Kapitel hinweg zur Tagesordnung übergehen zu wollen. Für sie scheint ausgemacht, was der Realität offenbar besser entspricht: Diese Vergangenheit wirkt in unsere Gegenwart hinein und wird Zukünftiges beeinflussen.

In der 1988er Ausgabe war die DDR-Darstellung im Vergleich zur differenzierten Explikation der Geschichte der BRD ziemlich knapp und pauschal geblieben und weithin dem in anderen bundesdeutschen Schulbüchern üblichen Duktus gefolgt. Eher ist sie im Vergleich zu jenen noch dürftiger gewesen und hat sich überdies durch offensichtliche Fehler ausgezeichnet (Beispiele: Der »Neue Kurs« ist nicht *nach*, sondern *vor* dem 17. Juni 1953 proklamiert

worden. Oder: Die DDR hielt nicht bis 1966 an der Idee eines einheitlichen Nationalstaates fest, denn noch die Ulbrichtsche Verfassung von 1968 proklamierte das Ziel der deutschen Einheit, freilich »auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus«, und erst die 1974 unter Honecker überfallartig vollzogene Verfassungsänderung wollte einen nationalen Nihilismus zur Pflicht machen, was auf Grund von Protesten in der Bevölkerung alsbald revidiert und modifiziert werden mußte, usw.).

Die Autoren haben es des weiteren infolge der erwähnten Proportionsverschiebung in der 1996er Ausgabe für erforderlich gehalten, im BRD-Kapitel der 1988er Ausgabe ganze Passagen zu streichen. Auch wenn dies nachvollziehbar ist, bleibt doch interessant, was in der neuen Ausgabe weggelassen oder wesentlich gekürzt wurde. In Stichworten: Vorstellungen nach 1945 über eine Westintegration, die auf eine »dritte Kraft« zwischen den Weltmächten Sowjetunion und USA in einem vereinten Europa zielten (S. 200f.); allzu offenherzige Aussagen Adenauers über eine Politik der Stärke, um der Sowjetunion die Wiedervereinigung abzu-zwingen (S. 202); Passagen über die Währungsunion von 1948, wonach diese zu Lasten der Besitzlosen, der Sparer, der Ausgebombten, Flüchtlinge und Vertriebenen gegangen sei, sowie Kontroversen um die »soziale Marktwirtschaft« (S. 202); Ausführungen über extremen Antikommunismus in der Bundesrepublik, der sich selbst von jenem in anderen westlichen Staaten deutlich unterschied (S. 205) und die Warnung Gustav Heinemanns vor dessen Folgen (S. 208); Abschnitte über Restauration als Preis für politische Stabilität, über den zweiseitigen Charakter der großen Koalition 1966 (S. 206f.) sowie die 68er Revolte und Tendenzen der Amerikanisierung (S. 208). Gestrichen wurde ferner die Aussage von Weizsäcker, gutnachbarliche Beziehungen zwischen BRD und DDR blieben Teil der »deutschen Frage« (S. 215). Gewiß, die Autoren mußten, wenn sie die Geschichte der Bundesrepublik gleichfalls anders schreiben wollten, dieses und jenes kürzen und ändern. Nimmt man jedoch alles zusammen, so fällt auf, daß offene Phasen und problemhafte Etappen der Geschichte eliminiert oder verdrängt wurden. Adenauer war der Größte, und die bundesrepublikanische Geschichte, nunmehr im milden Licht der Vereinigung schimmernd, stellt sich den Verfassern als eine »permanente Erfolgsgeschichte« dar. Da drängen sich Assoziationen zu anderen »Erfolgsgeschichten« auf.

In dem 1996er Buch wurde das DDR-Kapitel ebenfalls neu gefaßt und von 5 auf 10 Seiten ausgeweitet. Bereits die Überschrift »Vom Werden und Vergehen eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden« (S. 232ff.) entspricht eher der geschichtlichen Realität als die vorhergehende, und außerdem wird nicht der Eindruck erweckt, das Scheitern dieses sozialistischen Staates sei von Beginn an ausgemacht gewesen. Der Autor verschweigt nicht, daß die Einheit auch für den Westen überraschend gekommen ist. Der Lebensstandard sei langsam gestiegen, und die Menschen hätten sich mit den Verhältnissen in der DDR zu arrangieren begonnen, was nicht heißen sollte, daß alle mit der DDR einverstanden gewesen wären. Die Sozial- und die Wohnungspolitik sowie die weitrei-

Literatur

Ash, T. G.: Vier Wege zur Wahrheit. Machen wir alles richtig? Wie machen es die anderen? Eine Zwischenbilanz, in: Die Zeit, Nr. 41, vom 3. Oktober 1997, S. 44.

Dann, O.: Nationen und Nationalismus in Deutschland. 1970-1990, München 1994.

Die Reise in die Vergangenheit. Ein geschichtliches Arbeitsbuch. Von H. Ebeling und W. Birkenfeld. Band 6. Weltgeschichte 1945 bis 1990, Ausgabe für Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Braunschweig 1991.

chende gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen werden gewürdigt usw. Insgesamt ist jedoch nicht zu übersehen, daß es sich um eine Außensicht handelt. Manches ist ungenau (beispielsweise der Übergang von Ulbricht zu Honecker, bei dem Ulbrichts eigenständige Westpolitik und seine ehrgeizigen Wirtschaftsreformen, beides Dorn im Auge der sowjetischen Parteiführung, eine viel größere Rolle gespielt haben, als dargestellt); anderes ist falsch beschrieben (wie die Umstände des Mauerbaus 1961, der nicht allein eine SED-Angelegenheit war, sondern von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt mitgetragen und militärisch flankiert wurde). Der Medien-Tendenz, die DDR auf die Stasi zu reduzieren, folgt dieses Schulbuch mit der Aufnahme eines speziellen dreiseitigen Abschnitts. Was das Ende der DDR angeht, so sind mittlerweile Tatsachen über Außeneinflüsse und internationale Verflechtungen bekannt geworden, die es erforderlich machen werden, auch die Geschichte der »friedlichen Revolution im Herbst 1989« realitätsnäher darzustellen. Anderes wird zu korrigieren oder differenzierter zu analysieren sein, etwa die verständliche Neigung eines Westautors, Ausländerfeindlichkeit ausschließlich im Osten lokalisieren zu wollen, also nur Rostock und Hoyerswerda zu benennen und nicht auch Mölln und Solingen, usw. Schließlich wird künftig nicht zu verschweigen sein, was bereits 1995/96, als die Neubearbeitung entstand, nicht zu übersehen war, nämlich die gravierenden Probleme nach der Vereinigung, die sich vor allem im Osten konzentrieren, aber zeitverzögert auch im Westen einsetzten. Sonst wird unverständlich bleiben, wie es zur »Vereinigungskrise« kommen konnte.

»Herausfinden – Festhalten – Nachdenken – Weitergehen«

Zahlreiche Schulbuchautoren gehen, wie die Analyse zeigt, immer noch von der Auffassung aus, die Werner Weitenfeld und Felix Philipp Lutz im Jahre 1992 mit der größten Selbstverständlichkeit so auf den Punkt gebracht haben: Die Ost-Bevölkerung, und eben nur sie, müsse sich in ihrem Geschichtsbewußtsein und in den Deutungsmustern dem im Westen Üblichen anpassen, sonst werde es auf lange Zeit eine »doppelte Spaltung der Einstellungslandschaft« geben (Weitenfeld/Lutz 1992, S. 20/21).

Eine derartige Rezeptur konnte man vielleicht noch zwei Jahre nach der Vereinigung verordnen wollen. Mittlerweile ist offenkundig, daß sie ebensowenig greift wie verordnetes Vergessen. Im Januar 1998 bilanzierte auf der Basis neuerer soziologischer Daten Jürgen Kocka: »Nach mehr als vierzig Jahren getrennter Geschichte und sieben Jahren Wiedervereinigung treten im Geschichtsbewußtsein von Ost- und Westdeutschen tiefgreifende Spaltungen zutage, besonders im Blick auf die Zeitgeschichte. Von einem gemeinsamen Bild der geteilten Geschichte sind wir weit entfernt« (Kocka 1998, S. 17). Das gelte für Jugendliche gleichermaßen, und er belegt dies unter anderem mit soziologischen Erhebungen aus dem Jahre 1997, wonach 60 Prozent der jungen Westdeutschen, aber nur 26 Prozent der Ostdeutschen gleichen Alters (14 bis 29 Jahre) bejahen, die »Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben«, sei »die beste Staatsform«.

Entdecken und Verstehen, Bd. 3. Von 1917 bis zur Gegenwart. Hrsg. von Th. Berger, K.-H. Müller und H.-G. Oomen, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1992 (1. Auflage 1991).

Geschichte und Geschehen. Sachsen D 5, K. Bergmann u. a., Leipzig 1997.

Geschichte in der Gegenwart. Lehr- und Arbeitsbuch für Geschichte und Gemeinschaftskunde/Sozialkunde in der Gymnasialen Oberstufe, P. Schade und H.-J. Stark, 4. überarbeitete Auflage, Bad Homburg vor der Höhe 1992.

Geschichtsbuch 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ersten Weltkrieg bis heute. Hrsg. von P. Hüttenberger, B. Mütter und N. Zwölfer, 1. Auflage, Berlin 1988.

Geschichtsbuch 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Von 1918 bis 1995. Hrsg. von B. Mütter, F. Pingel und F. Zwölfer, unter Mitarbeit von D. Hoffmann. Neue Ausgabe, Berlin 1996.

Kocka, J.: »Aus heutiger Sicht« oder Die geteilten Erinnerungen. Zweierlei Geschichtsbewußtsein im vereinten Deutschland, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 18, vom 22. Januar 1998, S. 17.

Neuner, G.: Den Hektor weiter durch den Sand schleifen?
In: Weißbuch 3.
Bildungswesen und Pädagogik im Beitrittsgebiet, Berlin 1994, S. 346-356.

Neuner, G.: Zwischen Wissenschaft und Politik. Ein Rückblick aus lebensgeschichtlicher Perspektive, Köln/Weimar/Wien 1996.

Simon, D.: Verordnetes Vergessen. Festvortrag zur Einweihung des neuen Gebäudes des Einstein-Forums am 4. Juli 1995 in Potsdam,
in: Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie.
Eine Tagung des Einstein Forums vom 30. Mai bis 2. Juni 1996, S. 4-16.

Unsere Geschichte.
Band 3.
Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.
W. Hug, J. Hoffmann, E. Krautkrämer, F. Bahl und W. Danner.
2., ergänzte Auflage,
Frankfurt am Main 1991.

Weitenfeld, W./Lutz, F. W.: Die gespaltene Nation. Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit,
in: Aus Politik und Zeitgeschichte.
Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 31-32/92, vom 24. Juli 1992, S. 3-22.

Eine ähnlich pessimistische Prognose hatte Otto Dann noch früher formuliert (Dann 1994, S. 308 ff.). Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der deutschen Vereinigung sei noch alles offen. 1990 sei die ungebremste und unsensible bundesdeutsche Hegemonie wesentlich stärker ausgeprägt gewesen als die Preußens in der Reichseinigung 1870/71. Die letzte DDR-Regierung habe bei der Aushandlung des Einigungsvertrages keineswegs als ein gleichberechtigter Verhandlungspartner agieren können; denn der tatsächliche Modernisierungsrückstand der DDR habe die Bundesrepublik dazu verleitet, jene im Vereinigungsprozeß wie ein Entwicklungsland zu sehen und »kolonialisierend« zu behandeln. Die tiefgreifende Ungleichheit der äußeren Lebensverhältnisse sowie Unterschiede in den geistigen Mentalitäten der Menschen in West- und Ostdeutschland würden ganz offensichtlich für längere Zeit fortexistieren. Der erste deutsche Nationalstaat ist Dann zufolge daran zugrunde gegangen, daß ein nationaler Grundkonsens der politischen Kultur nicht gefunden werden konnte. Dem zweiten von 1990 fehle hingegen die »klassische Legitimation« durch eine vorhergehende Nationalbewegung. Ein »Grundkonsensus der politischen Kultur«, der für jede Nationenbildung erforderlich sei, müsse infolge dieses Fehlstartes nachgeholt werden. Hierzu gehöre nach dem katastrophalen Ende des Hitlerregimes und den Jahrzehnten der deutschen Teilung die gemeinsame Verständigung über die deutsche Geschichte.

Wie nun ist es um die Erfolgsrate des verordneten Vergessens bestellt? Seit mehreren Jahrtausenden ist es kaum gelungen, Ereignisse und Erfahrungen, die den jeweiligen Siegern unbequem oder gar verhaßt waren, aus dem Gedächtnis der Völker zu tilgen. Weder der Vorschlaghammer, mit dem Bronzestatuen plattgehämmert wurden, hat sich hierfür als geeignetes Werkzeug erwiesen noch das Verscharren von ungeliebten Denkmälern im Sand, noch die Auslassungen, Verkürzungen und Verdrehungen in Schulbüchern. *Damnatio memoriae*, wie gewaltsam, entschlossen oder raffiniert auch immer eingefädelt, hat selten funktioniert. Und sie scheint in der Gegenwart gleichfalls nicht zu den gewünschten Resultaten zu führen, ganz im Gegenteil, neben anderen Faktoren hat sie offenbar eine Rückbesinnung auf die *ganze* deutsche Geschichte, die des zweiten deutschen Staates eingeschlossen, mit angestoßen und befördert. Das ist im Jahre Neun der Vereinigung so. Wie es im Jahr Zwanzig oder Dreißig oder noch später sein wird, darüber läßt sich heute nur spekulieren. Die letzte Überschrift dieses Beitrages ist der Schlußsatz in dem zitierten Artikel des Wissenschaftlers Ash, mit dem er zusammenfaßt, wie nach seiner Überzeugung und seinen Erfahrungen die Deutschen ihre »Vergangenheitsbewältigung« besser »bewältigen« könnten. Das wäre für das hier behandelte Thema kein schlechtes Motto.

SUSANNE SCHUNTER-KLEEMANN

Gender mainstreaming als neoliberales Projekt?

In diesem Beitrag soll das »gender mainstreaming« vorgestellt werden, eine neue gleichstellungspolitische Strategie, die in den letzten Jahren von den EU-Gremien entwickelt wurde. Der neue Anlauf in der Chancengleichheitspolitik ist wohl als eine Form der Resonanz der europäischen Behörden auf den anwachsenden weiblichen Skeptizismus zu sehen, der in vielen Eurobarometer-Umfragen der letzten Jahre zum Ausdruck kam. Inzwischen ist der Begriff gender mainstreaming in aller Munde. Eine Konferenz jagt die andere. Es wird von einem neuen Schub in der Gleichstellungspolitik gesprochen. Allerorten ist großer Klärungsbedarf, wie denn dieses neue Konzept in der Beschäftigungspolitik oder in der gemeinschaftlichen Strukturpolitik umzusetzen ist.

Ich werde der Frage nachgehen, welche politischen Hintergründe es gibt, daß gerade jetzt diese neue Strategie propagiert wird, in der so schöne Begriffe wie Geschlechterdemokratie, Partizipation und Zivilgesellschaft benutzt werden – eine Strategie, die gleichzeitig beansprucht, eine »neue Partnerschaft« zwischen europäischen Behörden und frauenpolitischen Basisinitiativen, den sogenannten NGOs,¹ zu etablieren und damit zum Abbau des Demokratiedefizits beizutragen.

Das Prinzip des gender mainstreaming als einer neuen Wortschöpfung in der Chancengleichheitspolitik ist 1996 in einer Mitteilung der Kommission mit dem Titel »Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft« als innovative Handlungsmaxime für alle Gemeinschaftsbehörden vorgeschlagen worden.

Was heißt gender mainstreaming?

Der Grundsatz des gender mainstreaming soll zum Ausdruck bringen, daß Geschlechterfragen (gender = Geschlecht) nicht mehr nur ein Randthema einiger unerschütterlicher Feministinnen, sondern als »Hauptströmung«, als elementarer Bestandteil des Projekts Europäische Integration anzusehen ist.

»Mainstreaming« soll, wie der Kommissar für Soziale Angelegenheiten, der Ire Padraig Flynn sagt, »der Tatsache Anerkennung schaffen, daß trotz der wachsenden Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten, Entlohnung und Arbeitsbedingungen nach wie vor gravierend sind und sich in einigen Fällen sogar verschlimmert haben«.

Susanne Schunter-Kleemann, Prof. Dr., Hochschullehrerin in Bremen, Forschungen zu Geschlechterverhältnissen

1 NGO = Non governmental organization

Auf höchster Ebene, auf vier Gipfeltreffen in Essen, Cannes, Madrid und Wien haben die Staats- und Regierungschefs neben dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit das gender mainstreaming zur höchsten Priorität erklärt.

Auch im Amsterdamer Vertrag von 1997 ist der Gedanke der Chancengleichheit erheblich aufgewertet und an exponierter Stelle, in Art. 2 und 3 des neuen Vertrags festgeschrieben worden. Vor diesem Hintergrund ist, von der Papierlage her gesehen, der mainstreaming-Gedanke also recht gut verankert.

Wo liegen die Risiken dieser neuen Strategie ?

Als erstes springt ins Auge, daß das gender mainstreaming als neuer Schlüsselbegriff der europäischen Chancengleichheitspolitik in den verschiedenen Dokumenten der EU-Behörden eine recht unterschiedliche Ausdeutung erfährt. Die neue Wortkreation hat den großen Vorteil, daß sie in jeder Hinsicht interpretationsfähig ist, gleichzeitig hat sie nur geringe regulative Kraft, anders als beispielsweise die neun EU-Gleichbehandlungs-Richtlinien, die jeweils in nationales Recht umzusetzen waren.

So hat sich beispielsweise der ehemalige Kommissar für Soziale Angelegenheiten verpflichtet, der zukünftigen Strukturpolitik – und hier geht es ja um nicht unerhebliche Finanzmittel – eine grundlegend neue Ausrichtung zu geben. Wie Flynn unterstrich, müssen zukünftig alle Förderprogramme darlegen, wie sie die Gleichheit von Frauen und Männern zu fördern planen, bevor sie die Genehmigung der Kommission erhalten.

»Diesmal bin ich entschlossen, dafür zu sorgen, daß Fragen der Chancengleichheit in sämtliche Strukturfondsprogramme einbezogen werden, einschließlich derjenigen zur Förderung von Infrastrukturprojekten und unterstützenden Maßnahmen bei Umstellung in Industrie und Landwirtschaft« (Flynn 1998, 1).

Andere Aussagen der Kommission machen deutlich, daß gender mainstreaming als eine alle Politikfelder durchziehende Querschnittsaufgabe zu verstehen ist, so daß »mit Blick auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie auch in der Durchführung, Begleitung und Bewertung deren Auswirkungen auf Männer und Frauen berücksichtigt werden« (Europäische Kommission 1997).

Eine Reihe von Ausschüssen des EP schlagen noch weitergehend vor, das gender mainstreaming auch für sämtliche Verwaltungen in den Mitgliedstaaten verbindlich zu machen. Der mainstreaming-Grundsatz müsse aber auch eine geschlechteregalitäre Verteilung sämtlicher Finanz- und Fördermittel zur Folge haben.

Inzwischen ist europaweit eine Kontroverse um das richtige Verständnis des gender mainstreaming entbrannt. Nicht wenige Politiker haben inzwischen gemerkt, welche unberechenbare Lawine mit dem mainstreaming-Gedanken losgetreten wurde und entsprechend wird nun versucht, den Geist wieder zurück in die Flasche zu stopfen. So wird seit neuestem erklärt, daß das mainstreaming-Prinzip nicht als Grundsatz der Verteilung von Geldern, sondern

nur im Sinne einer »Sensibilisierung der Entscheidungsträger« verstanden werden soll.

Eine gewisse Irritation muß nun hervorrufen, wie dieser angebliche strategische Neuanfang in den letzten drei Jahren von den europäischen Behörden in die Tat umgesetzt wurde. Eine Auswertung der wichtigsten, in den letzten zwei Jahren auf den Weg gebrachten Zukunftsprogramme unter der Frage der Umsetzung des mainstreaming-Konzeptes ist denn auch eher ernüchternd. Sie zeigt, daß die meisten EU-Behörden ihre eigenen programmatischen Zielsetzungen bisher nicht sonderlich ernst nehmen.

Eine vom Ausschuß für die Rechte der Frau des EP (1997) durchgeführte Untersuchung zeigte umgekehrt, daß Kommission, Ministerrat und Mitgliedstaaten bisher den mainstreaming-Grundsatz in allen zentralen, die zukünftige Politik der EU strukturierenden Programmen mißachtet haben.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang:

das 5. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung;

die Festlegungen zur Osterweiterung in der Agenda 2000;

das Grünbuch zur Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten.

mainstreaming in der europäischen Beschäftigungspolitik

Noch schlimmer: Auch bei der Entwicklung der neuen europäischen Beschäftigungspolitik ist das mainstreaming-Prinzip zwar wieder strapaziert und proklamiert, aber so gut wie nicht umgesetzt worden.

Bekanntlich haben sich die EU-Regierungen auf dem Luxemburger Gipfel auf eine Reihe von abgestimmten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geeinigt. Neben der Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, neben Maßnahmen zur Stärkung des Unternehmergeistes und der Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen sieht ein vierter Schwerpunkt der Beschäftigungsleitlinien die starke Gewichtung von Maßnahmen zur Chancengleichheit vor.

Es spricht für sich, daß den Regierungschefs auf den inzwischen vier Beschäftigungs-Gipfeln zur Förderung der Chancengleichheit in der Beschäftigungspolitik wenig Neues eingefallen ist. Weder wurden spezifische Maßnahmen für den Bereich der Frauenbeschäftigung vorgesehen, noch irgendwelche quantifizierbare Ziele vorgegeben, geschweige denn zusätzliche Finanzmittel für diese Aufgabe reserviert.

Nationale Beschäftigungspläne

Von daher überrascht es auch kaum, daß die 1998 von den fünfzehn Mitgliedstaaten in Brüssel eingereichten nationalen Beschäftigungspläne frauenpolitisch wenig Neues enthalten.

Auch der beschäftigungspolitische Aktionsplan der neuen rot-grünen Regierung für das Jahr 1999 ist über die Worthülse hinaus, daß Gleichstellungsanliegen in allen beschäftigungsrelevanten Politikbereichen berücksichtigt werden sollen, nicht viel weiter gekommen. Weder sind zusätzliche innovative Ansätze erkennbar,

Bundesrepublik Deutschland: Beschäftigungspolitischer Aktionsplan 1998 Bonn.

Bundesrepublik Deutschland: Beschäftigungspolitischer Aktionsplan 1999 Bonn April 1999.

Committee on Women's Rights, 1997: Seeking Women in: Women of Europe Newsletter no 74, October 1997, 2-3.

European Commission Communication, 1996. »Incorporation equal opportunities for women and men into all Community policies and activities«. Brussels.

European Commission, 1997: Follow up-Report to the 1996 Communication »Incorporating equal Opportunities for women and men into all Community policies and activities« . Brussels

Europäische Kommission, 1997: Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union 1996. Luxemburg.

Europäisches Parlament, 1994: Arbeitsdokument: Die Rechte der Frau und der Vertrag über die Europäische Union, Reihe Rechte der Frau W-5 .

Europäisches Parlament. Entschließung vom 16. 9. 1997 zum Jahresbericht der Kommission über Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union 1996.

noch ist deutlich, wieviel Gelder zusätzlich ausgegeben, bzw. umgekehrt gerade eingespart werden sollen.

Es drängt sich von daher der Eindruck auf, daß der Gedanke des gender mainstreaming bisher ein schönes Versprechen, ein Programmwort ist, das aber bisher von seiten des Ministerrats, der Kommission, aber auch vieler EU-Regierungen selbst so gut wie nicht erfüllt ist.

Den verborgenen Zielen des gender mainstreaming kommt man vielleicht dann näher, wenn man hört, daß sich inzwischen die Beispiele mehren, wo, mit Hinweis auf den mainstreaming-Grundsatz, Finanzmittel, die vorher gezielt für spezielle Frauenfördermaßnahmen reserviert wurden, nun mit dem Argument, daß Frauenanliegen sowieso in allen Politikfeldern mitbedacht werden, gestrichen wurden.

Abschließend will ich zwei Fragen stellen:

Erstens: Ist gender mainstreaming – wie behauptet – ein Ansatz der Förderung von Geschlechterdemokratie oder soll er ein Deckmantel für die fehlende Legitimation des Projekts Europäische Integration sein?

Zweitens: Ist er – wie behauptet – ein Ansatz zur Förderung der Zivilgesellschaft oder ein Projekt des dritten Weges, ein Programm des Um- und Abbaus des Sozialstaats?

Dazu sollen drei Thesen formuliert werden:

Erstens: Man geht sicher nicht fehl, den gender-mainstreaming-Ansatz im Zusammenhang mit anderen Bestrebungen der europäischen Sozialdemokratie zu verorten, in denen es darum geht, die neoliberale Ordnungspolitik der Konservativen fortzuführen, aber durch eine modernere und versöhnlichere Rhetorik zu ergänzen. gender mainstreaming ist insofern im Kern ein frauenspezifisches Konsensprojekt, es flankiert eine Reihe anderer Projekte zur Modernisierung der Volkswirtschaft. Es handelt sich um eine Spielart des autoritären Populismus, die korporatistisch ausgerichtet, jedoch im Führungsstil von oben nach unten einem elitären Management verpflichtet ist.

Zweitens: Konzeptionell wird mit der mainstreaming-Maxime Veränderungen in der internationalen Arena Rechnung getragen. Die EU reagiert auf das Erstarken nichtstaatlicher Akteure in allen europäischen Ländern einerseits, andererseits auf die Tatsache, daß überproportional viele Frauen den in der Europapolitik engagierten Eliten zunehmend ihre Zustimmung verweigern. Frauenpolitische Basisinitiativen, sogenannte NGOs, werden nun dazu aufgerufen, sich den Herausforderungen zu stellen, die als »gemeinsame drängende Menschheitsprobleme« definiert werden: Umwelt, Wirtschaftskrisen, Menschenrechte, Frauenrechte. Mit dem mainstreaming-Ansatz schalten die EU-Behörden nun auf einen Transparenzkurs um, wie ihn andere postmoderne politische Akteure und Organisationen (Weltbank u.a.) schon seit längerem verfolgen. Alle geschlechterpolitisch Interessierten werden zu einer »großen Debatte« eingeladen, deren Ergebnis allerdings im wesentlichen vorgezeichnet ist, denn faktisch geht es weniger um neue Aufgaben als um die Bewältigung vorgegebener technokratischer Aufgaben. Frauenbasisinitiativen werden aufgerufen, ihr

Know-how, ihre Professionalität und Kreativität einzubringen und dieses gender-Wissen in Kooperation und Partnerschaft mit den EU-Behörden zu mobilisieren. Es geht also um die Vereinnahmung potentiell emanzipatorischer Kräfte.

Denn das zentrale Problem dieses Ansatzes besteht ja darin, daß unter dem Stichwort »Partnerschaft mit lokalen Akteuren« Machtungleichgewichte und Hierarchien ausgeblendet und soziale Verteilungskonflikte in den Hintergrund gedrängt werden. Dennoch werden viele hunderte frauenpolitisch Engagierte beschäftigt und ihnen wird das Gefühl vermittelt, Einfluß ausgeübt zu haben.

Drittens: Ein konstitutives Element neoliberaler Ideologie ist ihr Antietatismus.

Im Zentrum der Kritik stehen dabei vor allem sozialstaatliche Funktionen, die dem Dogma zufolge – wie wir alle wissen – des Teufels sind. In dieses Konzept passen sehr gut die NGOs und Basisinitiativen, die sprachlich von den Neoliberalen nicht zufällig als »private organizations« bezeichnet, als innovative Alternativen zum bürokratischen Moloch Sozialstaat erscheinen. Die den NGO's zugeschriebenen Vorteile im Vergleich zu den sozialstaatlichen Bürokratien wie Flexibilität, hohe Professionalität, Unternehmergeist und Kosteneffizienz werden so als Argument benutzt, bestimmte staatliche Aufgaben an derartige Netzwerke zu delegieren und damit zu privatisieren.

Gender mainstreaming in der Strukturpolitik ist beispielsweise ein hervorragendes Instrument, um Regionen, Initiativen und Basisprojekte gegeneinander auszuspielen und in Konkurrenz zu bringen. Alle spekulieren auf europäische Strukturfondsmittel, jedes Beschäftigungsprojekt steht im Wettbewerb mit jedem anderen um die knappen EU-Gelder. Einige gehen als Sieger aus diesem Wettbewerb hervor, bis ihnen nach zwei bis drei Jahren dann der Geldhahn zugedreht wird.

Bilanz

Man geht wohl nicht fehl, wenn man sagt, daß es bei gender mainstreaming weniger um die Förderung der Geschlechterdemokratie als um die Umfunktionierung des Widerstands gegen den Neoliberalismus europäischer Prägung in ein Konsensprojekt für die kapitalistische Modernisierung geht?

European Parliament, 1997: Comments to the EC Communication »Integrating equality of opportunity – mainstreaming – (Kokkola Report), Brussels.

Flynn, Pdraig:
»Mainstreaming« – a radical new approach to equal opportunities for the future Structural Funds. in: Women of Europe Newsletter 78, March-April 1998, 1.

Rubery, Gill and Fagan, Colette, 1998: Equal Opportunities and Employment in the European Union. (Ed.) Federal Ministry of Labour, Health and Social Affairs. Vienna-Austria.

Schunter-Kleemann, Susanne, 1992: Das Demokratiedefizit der EG und die Verrechtlichung der Frauenfrage. in: Schunter-Kleemann (Ed.), Herrenhaus Europa. Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Berlin (Edition Sigma), 29-58.

Schunter-Kleemann, Susanne, 1998:
»Mainstreaming« – die Geschlechterfrage in der europäischen Strukturpolitik. in: Zeitschrift für Frauenforschung 3, 22- 33.

CHRISTOPH SCHEUPLEIN

Friedrich List und die »neue Mitte«. Sozialdemokratische Technologiepolitik in der Metropole Berlin

*»Von außen hat man den Eindruck, Berlin sei lediglich eine Ansammlung von Häusern unweit des Urals.«
Hanns-Jürgen Lichtfuß, Leiter der
Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin*

Der Aufbruch

Die ›Entdeckung‹ der Innovationspolitik war mediengerecht inszeniert. Als die Berliner SPD Mitte Februar 1998 ihre »Adlershofer Erklärung« verabschiedete, tat sie dies auf dem Gelände des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Adlershof, einer technologischen Kathedrale inmitten der deindustrialisierten Wüste Ost-Berlins. Mit diesen Leitlinien nahmen die Berliner den Ball auf, den Schröder, Clement und andere zur Durchsetzung einer »modernen« Wirtschaftspolitik in die SPD gespielt hatten. Innovationspolitik ist mehr als eine fachpolitische Forderung, sondern besteht auf einer Integration einzelner Fachpolitiken in eine gesellschaftspolitische Strategie, und dies in doppelter Weise: Zum einen sollen die Strukturen in allen Politikbereichen flexibel gemacht werden. Proteus, der sich stets verwandelnde Meergott der griechischen Sage, soll offenbar zur neuen Symbolfigur der Sozialdemokratie werden. Zum anderen wird die Förderung der ökonomisch verwertbaren Produktivkraftentwicklung als kategorischer Imperativ der Politik ausgegeben.

Natürlich waren allerlei Relativierungen in den Text eingebaut, als er im November 1998 vom Landesparteitag verabschiedet wurde. Die Innovation aller gesellschaftlichen Institutionen sollte zugleich angegangen werden, war dort zu lesen, außerdem müsse die soziale Abfederung gewährleistet bleiben. Dennoch ist die Neugewichtung der wirtschaftspolitischen Motive deutlich. Die Technologie- und Innovationspolitik erhält eine »Schlüsselrolle« und wird zum Austragungsort zukünftiger Wahlkämpfe stilisiert.¹

Im folgenden wird zuerst die ökonomische Lage Berlins und die Technologiepolitik der vergangenen Jahre skizziert. Vor diesem Hintergrund wird dann der aktuelle sozialdemokratische Ansatz in der Technologiepolitik bewertet, wobei insbesondere die wirtschaftspolitische Ideengeschichte mit dem geistigen Urahn Friedrich List zu würdigen ist. Abschließend wird das Kernelement der technologiepolitischen Strategie in Berlin, die Ausgestaltung von Kompetenzzentren, analysiert und ein Resümee gezogen. Dieser Beitrag setzt sich nur am Rande mit den institutionellen Details der

Christoph Scheuplein – Jg. 1968, Dipl.-Soziologe, Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung, promoviert an der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder zur Regionalökonomie.

1 Vgl. »Für Innovation und Beschäftigung«, Adlershofer Erklärung der Berliner SPD, verabschiedet auf dem Landesparteitag am 6./7. November 1998, S. 13; die Rede des SPD-Spitzenkandidaten Walter Momper in Adlershof am 4. Juni 1999: »Chancen regionaler Technologiepolitik« sowie den Abschnitt »Wirtschaft, Technologie, Innovation« im SPD-Programm zur Abgeordnetenhauswahl am 10. Oktober 1999.

Berliner Technologiepolitik auseinander. Er konzentriert sich vor allem darauf, die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Implikationen einer auf den Leitbegriff Innovation verpflichteten Politikstrategie aufzuzeigen.

Von der Katerstimmung zur Techno-Party?

Die ökonomische Lage Berlins ist noch immer stark durch die Folgen des doppelten Transformationsprozesses geprägt. Die erste Euphorie von 1989-91, als von einer Modernisierung der Wirtschaftsstruktur als natürlichem Nebeneffekt des Aufstieges zur West-Ost-Handelsmetropole und zur Hauptstadt ausgegangen wurde, verflog schnell. Um so klarer zeigen sich seitdem die zahlreichen Strukturprobleme in Ost und West. Die Defizitliste der Berliner Wirtschaft ist lang: Es fehlt an Fernabsatz, an der Qualifikation der Arbeitskräfte, an innovationsorientierten Unternehmen, an Großunternehmen und unternehmerischen Hauptquartieren, an der Verbindung zwischen Forschungs- und Unternehmenssektor und an höherwertigen Dienstleistungen. Seit 1992 liegt die Wachstumsrate Berlins bei durchschnittlich einem dreiviertel Prozent und damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Im ersten Vierteljahr 1999 bildete Berlin mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von einem halben Prozent das Schlußlicht der Bundesländer. Besonders betroffen war der industrielle Sektor, in dem die Zahl der Beschäftigten zwischen 1993 und 1997 um mehr als ein Fünftel sank. Diese Verluste konnten nicht durch Gewinne in anderen Bereichen, etwa bei Dienstleistungen, aufgewogen werden. Sowohl Wertschöpfung und Beschäftigung steigen in diesem mit Hoffnungen überladenen Sektor nur verhalten. Vielmehr blockieren Unterindustrialisierung und eine Dienstleistungslücke wechselseitig die wirtschaftliche Entwicklung Berlins. So hat die Stadt bei den hochwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen zwar ihre Position verbessert, dennoch besteht ein deutlicher Abstand zu westdeutschen Dienstleistungszentren.

Das Gesamtbild zeigt: Nicht nur die Blüenträume der Nach-Wendezeit, auch die aktuellen Hoffnungen auf eine Normalisierung der ökonomischen Entwicklung sind trügerisch. Es macht weder Sinn, auf eine Angleichung der sektoralen Struktur an den bundesdeutschen Durchschnitt, noch auf ein Normalniveau der Kapitalakkumulation zu spekulieren. Analysiert man den jüngsten Entwicklungsverlauf in Berlin, dann zeigt sich das gegenteilige Ergebnis. Im vergangenen Jahrfünft vergrößerten sich die Unterschiede zwischen Berlin und dem Durchschnitt der westdeutschen Metropolregionen (Hamburg, München, Frankfurt) in mehreren Wirtschaftsbereichen weiter.² Der zentrale Merksatz aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre muß demnach lauten: Die künftige regionalökonomische Restrukturierung ist offen sowohl für eine Auf- als auch für eine Abwärtsbewegung und ihre Perspektiven ergeben sich aus der spezifischen sektoralen Spezialisierung und Verflechtung.

In dieser Situation sind langfristige Strategien in der Wirtschaftspolitik gefragt. Der Technologiepolitik kommt beim ›Bohren dicker Bretter‹ (Max Weber) sicherlich eine herausgehobene

2 Vgl. Stefan Krätke: Berlin: Struktur-Anpassung oder »offener« Strukturbruch, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 37. Jg. (1998), Bd. II, S. 191-209.

Rolle zu. Dieser Politikbereich wird seit 1991 wesentlich sozialdemokratisch geprägt. In der ersten Legislaturperiode der Großen Koalition wurde sie vom SPD-Wirtschaftssenator verantwortet, in der zweiten Legislaturperiode wird sie vom SPD-Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie bestimmt. Wie ist sie nun gestrickt, die Politik in einer der zentralen Kampfarenen der »neuen Mitte«?

Technologiepolitische Strategien

Berlin verfügt über ein sehr breites Instrumentarium der Technologieförderung und -vermittlung. Dabei ist die Förderung sowohl branchenspezifisch wie auch branchenübergreifend angelegt.³ Im Berlin des Nachwendejahrzehnts können grob zwei Phasen der technologiepolitischen Strategie unterschieden werden. In den Jahren 1992 bis 1995 setzte die Wirtschaftsverwaltung auf eine Modernisierung in den Betrieben und auf die Unterstützung der Kooperation zwischen ihnen. Das Zauberwort lautete »Moderation«. Es wurde ein regelmäßiger »Industriedialog« angeboten, innerhalb dessen Unternehmen Innovationsprozesse gemeinsam beginnen und stabilisieren sollten. In der Umsetzung geriet dieser Ansatz zwangsläufig zu einer Feuerwehrpolitik. Mit rund 350 Unternehmen, von denen viele in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren, wurde vor allem die akute Problemlage erörtert. Der ursprüngliche Anspruch einer Initiierung von Innovationsprozessen ging verloren. So wurde in der ersten Hälfte der neunziger Jahre keine adäquate Antwort auf den industriellen Erosionsprozeß gefunden. Geboten wurde zwar der Ausbau der öffentlichen Forschungseinrichtungen, die ganze Palette des Technologietransfers und das klassische Instrumentarium der Wirtschaftsförderung (Standortmarketing, Akquisition neuer Unternehmen). Aber insgesamt handelte es sich eher um passiv-reaktive Rettungsversuche als um eine strategische Weichenstellung.

In der zweiten Phase (seit 1995) wurde die Förderung zukunfts-trächtiger Technologiefelder in den Mittelpunkt gerückt. Zum einen wurden die einzelbetrieblichen Probleme stärker innerhalb eines städtischen Gesamtsystems der Innovation gesehen. Zum anderen wurde Technologiepolitik als notwendiger Teil einer aktiv gestaltenden sektoralen Strukturpolitik und damit als Teil der Wirtschaftspolitik anerkannt. Die entscheidende Frage der Technologiepolitik lautet seitdem: Welche Felder sollte Berlin fördern? Die erklärte Absicht besteht nun darin, die Schwerpunktfelder über den Ist-Stand der Berliner Wirtschaftsstruktur und über die prognostizierte Entwicklung des Marktpotentials zu identifizieren.

Derzeit hält der Wirtschaftssenator die Bio-, Medizin- und Verkehrstechnik, die Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Umwelt- und Energietechnik für förderungswürdig.⁴ Die Kriterien dieser Auswahl bleiben allerdings diffus. Dies wird schon dadurch signalisiert, daß die zentralen Elemente mehrfach umbenannt wurden – von Technologieclustern (1994) zu Innovations- (1997) bzw. Kompetenzfeldern (1998). Dafür wurden ganz unterschiedliche Begründungen geboten. Zum einen wurde von vielfach anwendbaren Basistechnologien gesprochen. Zum anderen

3 Vgl. Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie: »Technologieprogramm FIT Berlin 2001«, Berlin 1995.

4 Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie: Technologiestandort Berlin, Zukunft und Chance (Technologiebericht), Februar 1999.

wurde in verschiedenen Bereichen gesellschaftlicher Bedarf identifiziert, für den technologische Lösungen zu finden wären. Auch im jüngst veröffentlichten Technologiebericht werden ganz unterschiedliche Größen, u.a. nationale und globale Umsatzzahlen, Weltmarktanteile, Exportquoten, Beschäftigungsvolumina, erwartete Marktentwicklungen usw. zur Bestimmung der Schwerpunktfelder herangezogen.

Angesichts dieses Datensammelsuriums läßt sich erahnen, woher die Vorbehalte gegenüber struktur-politischen Ansätzen stammen. Es wird weder ein innerregionaler Effizienzvergleich der Technologiefelder, noch ein Niveauvergleich (Benchmark) mit anderen Regionen durchgeführt. Dabei ist eine ständige Beobachtung der Marktentwicklung und der institutionellen Landschaft in den Technologiefeldern eine selbstverständliche Voraussetzung für die Förderung von Technologiefeldern.⁵ Da im Technologiebericht des Senats keine Zielvorgaben für die zu erreichende Effizienz angegeben werden und offenbar keine Vorstellungen über Prioritäten bestehen, kann man die Berliner Technologiepolitik nur zu ihrem Erfolg beglückwünschen. Sie hat ihre nicht vorhandenen Maßstäbe vollkommen erfüllt. Auf ähnliche Weise wird die Suche nach einem Leitbild für das Technologiekonzept des Landes Berlin vertagt.⁶ Das Konzept – so weit von einem solchen gesprochen werden kann – scheint weniger koordinierende oder orientierende Funktionen zu besitzen, als vielmehr der Legitimation des Verwaltungshandelns zu dienen.

Ein Überblick über die bisherigen ›Netzwerkansätze‹ in den Schwerpunktfeldern ergibt einen sehr unterschiedlichen Sachstand. Eine klare, problemnahe Förderstruktur ist am ehesten auf dem Feld der Biotechnologie zu erkennen. Hier wird bereits intensiv kooperiert. Häufig beschränkt sich die Vernetzung allerdings auf einen verbesserten Informationsaustausch, während sich kaum weitergehende Verbindungen zwischen Entwicklern, Herstellern, Zulieferern und Anwendern von Technologie ergeben. Auch auf den aussichtsreichsten Technologiefeldern der Stadt bestehen zahlreiche Defizite und Entwicklungshindernisse.⁷ Es mangelt an einer tragenden Wirtschaftsstruktur und an einer hinreichenden Wirtschaftsorientierung bei den nichtwirtschaftlichen Akteuren auf den verschiedenen Technologiefeldern. Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß das angebliche Kernstück der Berliner Technologiepolitik, die Strategie der technologiepolitischen Schwerpunktfelder, real eher Stückwerk geblieben ist und eher Showeffekte produziert hat. Der Weg zu prosperierenden technologieorientierten Wachstumsfeldern wird in Berlin noch lang und arbeitsreich sein.

Aufgrund der handwerklichen Mängel in der Wirtschaftspolitik und der fehlenden finanziellen Potenz des Landes ist die Förderung technologischer Stärken insgesamt schwach – oder wie es der Staatssekretär in der Wissenschaftsverwaltung, Ingolf Hertel, formulierte: »Wo nichts zu verteilen ist, muß man auf Netzwerke, Schwerpunkte und Struktur setzen.« Die handwerklichen Probleme sollen, so wird derzeit verkündet, mit der inzwischen auf den Weg gebrachten institutionellen Neuordnung überwunden werden.

5 Entsprechende Handlungsvorschläge hat inzwischen eine von der Investitionsbank Berlin herausgegebene Studie unterbreitet; vgl. Booze-Allen & Hamilton: Kompetenzprofil Berlin, August 1999.

6 Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie: Innovations- und Technologiekonzept Berlin, Juli 1999.

7 Vgl. Technopolis, Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung/ Verein Deutscher Ingenieure/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Regional Innovation Technology Transfer Strategies (RITTS), Stage II Report, Januar 1998. Dieses Projekt wurde von der Europäischen Union finanziert und in verschiedenen europäischen Technologie-regionen durchgeführt.

Damit ist zum einen den Ausbau der Investitionsbank Berlin (IBB) zum zentralen Förderinstitut der Stadt gemeint. Mit dieser Vereinheitlichung dürften größere Transparenz, bessere Koordination und höhere Professionalität der Wirtschaftsförderung einhergehen. Allerdings sagt dies noch nichts über die Eignung dieser Institution für die ganze Breite der ihm übertragenen technologiepolitischen Aufgaben. Zum anderen wird die Technologie-Vermittlungs-Agentur (TVA) zur Zeit in die Technologiestiftung Berlin integriert.

Die Förderung von Technologiefeldern soll in diesem Rahmen neu organisiert werden. Die davon erhoffte Optimierung der operativen Prozesse (Beseitigung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen, von Verzögerungen bei der Umsetzung, mangelnde Abstimmung zwischen den Bundesländern) muß sich jedoch erst noch einstellen. Aufgrund der rechtlichen Form (Stiftung des bürgerlichen Rechts) und der Zusammensetzung des Kuratoriums ist zu erwarten, daß nur ein kleiner Kreis der gesellschaftlichen Gruppen Einfluß auf diese »Zukunftsbaustelle« erhält. Durch die Rechtskonstruktion ist die Technologieentwicklung weitgehend einer parlamentarischen Kontrolle und erst recht einem gesellschaftlichen Diskurs entzogen. Diese Art Technologieförderung wird so kaum eine ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftsweise vorbereiten.

Weitere Reibungsverluste entstehen in Berlin durch die Verteilung der Kompetenzen auf die drei Senatsverwaltungen für Technologie, Wirtschaft und Wissenschaft. Gleichzeitig verfolgt auch der Regierende Bürgermeister technologiepolitische Ambitionen. Diese wechselseitigen Blockaden werden nach der Abgeordnetenhauswahl am 10. Oktober 1999 wahrscheinlich abgemildert. Aber erst danach werden die eigentlichen Aufräumarbeiten im Politikfeld Technologiepolitik beginnen können. Die finanziellen Grenzen des innovationspolitischen Handlungsspielraums sind in Berlin allerdings bedeutend schwieriger zu verschieben.⁸

1998 dürfte als ein Jahr der Niederlagen in die Geschichte der Berliner Technologiepolitik eingehen. In den bundesweiten Wettbewerben »Mobilität in Ballungsregionen«, »BioRegio« und »Existenzgründungen aus Hochschulen« belegte die Region jeweils undankbare vierte Plätze, auf denen sie nichts von den ausgeschriebenen Fördermitteln erhielt. Diese Negativserie setzte sich 1999 mit der Platzierung im »Media@Komm-Wettbewerb« des Bundeswirtschaftsministeriums fort. Das Resümee nach fünf Jahren Konzentration auf sektorale Schwerpunkte lautet daher: Trotz partieller Fortschritte der Institutionen- und Netzwerkbildung auf einigen Feldern ist Berlin noch in keinem Sektor als Kompetenzzentrum anzusehen.

Viele Fragezeichen stehen auch noch hinter dem Prestige-Projekt »Technologiepark Adlershof«. Hier wurden bislang zahlreiche außeruniversitäre Institute, Teile der Humboldt-Universität und 270 Unternehmen angesiedelt. Im Vergleich zu der einen Milliarde DM, die seit 1992 auf dem Gelände investiert wurden, nimmt sich die Zahl von rund 4.200 Arbeitsplätzen im öffentlichen und privaten Bereich sowie der Umsatz von 360 Mio. DM, der im Unternehmensbereich 1998 erwirtschaftet wurde, bescheiden aus.

8 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Kann sich Berlin aus seinem Finanzdilemma befreien? Zur Entwicklung des Landeshaushalts von Berlin, in: DIW-Wochenbericht 22/1999.

Inzwischen wird der Ruf nach einem besseren Kooperationsmanagement und einer überarbeiteten Ansiedlungsstrategie immer lauter.

Schließlich ist hier noch die technologiepolitische Zusammenarbeit mit Brandenburg anzusprechen. Um sie ist es nicht zum besten bestellt, wie die jüngst beschlossene Gründung einer Brandenburger Technologiestiftung deutlich gemacht hat. Der Brandenburger Ansatz, Technologiepolitik strukturpolitisch einzubetten und durch eine Regionalisierung die Beteiligung der Akteure zu erhöhen, kann zwar insgesamt positiver bewertet werden. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob eine Regionalisierung der Finanzmittel und Entscheidungskompetenzen sowie eine wirkungsvolle Orientierung der Technologiepolitik an wirtschaftsstrukturellen Kriterien tatsächlich erfolgt.

Die Senatsverwaltung verkündet derzeit auf Nachfrage, daß die Zusammenarbeit mit Brandenburg in der Technologiepolitik hervorragend sei und sich auf dem Wege weiterer Verbesserung befinde. Frei übersetzt heißt dies: Brandenburg stört nicht weiter bei der Entwicklung der Berliner Technologiepolitik.

Die ›Erfindung‹ der Innovationspolitik

Diese Betrachtung der sozialdemokratischen Technologiepolitik in Berlin muß noch um einen Punkt erweitert werden: Die einzelnen Handlungsfelder der Innovationspolitik, d.h. neben der Technologiepolitik vor allem die Wissenschafts- und Schulpolitik, sind seit vielen Jahrzehnten gewachsen. In ihnen ist mühselige Kleinarbeit zu verrichten, ohne daß schnelle Erfolge erwartet werden können. Dies gilt vor allem für das finanziell handlungsunfähige Berlin. In den neueren gesellschaftspolitischen Grundsatzserklärungen der Sozialdemokratie und in ihrer Wahlkampfdraturgie wird der Innovationspolitik dagegen Revolutionäres zugetraut.

Mit ihrer Betonung übernimmt die Berliner SPD wesentliche Elemente der Schröderschen Wahlkampagne. In den programmatischen Sätzen von Schröder, Hombach und anderen Bekennern der »neuen Mitte« wird alles so dargestellt, als ob es sich tatsächlich um einen Politikentwurf handle. Demnach bezeichnen Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik ein magisches Feld, aus dem eine neue Prosperitätskonstellation Kraft schöpfen soll. »Innovationsfähigkeit und Innovationsgeschwindigkeit sind die Schlüsselemente einer Modernisierungsstrategie, die als einzige geeignet ist, die Potentiale unserer Volkswirtschaft zu nutzen und internationale Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen«. ⁹ Dabei wird das wirtschaftspolitische Instrumentarium auf eine »Angebotspolitik von links« (Hombach) geschrumpft. Deren Inhalte werden in der Theorie als Ausgleich von Marktversagen und in der Praxis durch einen »knochenharten Pragmatismus« (Hombach) bestimmt. Hinter die Strategie der Produktivkraftentwicklung als ultima ratio von Politik überhaupt können zahlreiche Fragezeichen gesetzt werden: Sorgt sie nicht – soweit ausschließlich ein Land betrachtet wird – langfristig für eine weitere Reduzierung des Arbeitsvolumens und damit für eine geringere Wachstumsrate der Wertschöpfung? Bewirkt dies nicht gerade eine weiter nachlassende wirtschaftliche

9 Gerhard Schröder in: Tageszeitung vom 22. Mai 1997; vgl. auch den Abschnitt V »Innovation und Bildung« in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Dynamik? Wird die behauptete gesellschaftliche und insbesondere institutionelle Erneuerung nicht auf eine technologische Erneuerung eingeengt? Verhindert sie nicht, daß der sozial-ökologische Umbau und die Verteilungspolitik durch weitere wirtschaftspolitische Instrumentarien flankiert werden können?

Der Reiz des innovationspolitischen Diskurses besteht gerade darin, daß in ihm die mikroökonomische bzw. betriebliche Ebene verabsolutiert werden. Dadurch wird erreicht, daß die oben genannten Fragen gar nicht auf die Tagesordnung.¹⁰ Im Kern geht es hier um eine ›neo-Listianische‹ Strategie, die die Entwicklung der systemischen Kräfte von Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in das Zentrum der Politik rückt.

Grundzüge der aktuellen Debatte und die Ambivalenzen des Imperativs der Produktivkraftentwicklung scheinen bereits bei Friedrich List, dem Erfinder der Innovationspolitik, auf. Das heißt allerdings nicht, es gebe nichts Neues unter der Sonne. Vielmehr gilt es in Erinnerung zu rufen, daß bereits zu Beginn kapitalistischer Entwicklung die Herstellung von Innovationsfähigkeit ein zentrales gesellschaftspolitisches Problem darstellte. Mit diesem Wissen können die eingeschlagenen Lösungswege in der aktuellen Problemkonstellation genauer eingeschätzt werden.

In Lists Lehre von der nationalen ›Konföderation der produktiven Kräfte‹ (List 1971b: 196) spielen Technologie und ihre industrielle Anwendung die Schlüsselrolle. ›Die Manufakturkraft‹, so führte er 1837 aus, ›ist zugleich Mutter und Tochter der Wissenschaften und der Künste‹ (List 1971a: 269). An diese Erkenntnis schloß er ein Programm der Mobilisierung der Innovationskräfte an, in dem großer Wert auf die Verbesserung des Ausbildungssystems, die Qualifizierung der Arbeitskräfte und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gelegt wird (vgl. List 1971a: 389ff.). Indem er die Beschäftigten des Bildungssystems und die Produzenten von Ideen, Kunstwerken, gesellschaftlichen Normen etc. als ›Produzenten der Produktivkraft‹ (List 1971b: 182) verstand, nahm er die Aufwertung von Wissen zur entscheidenden gesellschaftlichen Ressource vorweg. Das ›geistige Kapital‹ wurde zum größten Schatz einer Nation erklärt. Zugleich hob er den systemischen Zusammenhang der Innovationskräfte als einen entscheidenden Erfolgsfaktor hervor.

Für ihn, der in den Vereinigten Staaten die beginnende Industrialisierung miterlebt hatte, war der institutionelle nationalstaatliche Rahmen von Wettbewerbsfähigkeit für den Entwicklungserfolg der rückständigen deutschen Wirtschaft zentral. Produktivitätsbildung vollziehe sich auch auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, predigte er und verwies auf den Zusammenhang von Mikro- und Makroebene der Ökonomie¹¹: Die Summe der produktiven Kräfte einer Nation sei größer als das Aggregat aller produktiven Kräfte der einzelnen Unternehmen (List 1971b: 205) – dies wandte er vor allem gegen Adam Smith und die einzelwirtschaftlich fixierte englische Klassik ein.

Unterhalb der nationalstaatlichen Ebene wirken Städte und Regionen als Innovationssysteme. List sah durch die industriell-gewerblichen Sektoren ein System der Zusammenballungen und

10 Vgl. für eine entsprechende Kritik: Ralf Krämer, Benny Mikfeld, Sigrid Skarpelis-Sperk: Politikwechsel oder ›Innovation‹ à la Schröder?, in: spw 5/1997, S. 4-6; Christoph Scheuplein: Innovation ohne Regulation?, in: Sozialismus 9/1997, S. 4-5; Schwerpunkt ›Innovativer Kapitalismus‹, in: spw 4/1998.

11 ›Man bemerke, wie die Vermehrung der produktiven Kräfte, (...) bei der einzelnen Fabrik anfängt und bis zum Nationalverband emporsteigt ...‹ List 1971b: 190.

Verbindungslinien entstehen.¹² Sowohl die Urbanisationsvorteile wie die Vorteile einer erhöhten Mobilität durch die verdichteten Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten resultieren aus dem Zusammenwirken von Produktivkräften. List benannte daher die »Fühlungsvorteile« zwischen dem Wissenschafts- und Bildungssystem und dem industriellen Sektor als Agglomerationsgrund.¹³

Das Bestehen im internationalen Wettbewerb hatte als die oberste Staatsmaxime zu gelten: »Jedes Gesetz, jede öffentliche Einrichtung wirkt stärkend oder schwächend (...) auf die produktiven Kräfte« (List 1971b: 320) – ein glasklares Bekenntnis zur Standortpolitik. In diesem Rahmen ist der Schutzzoll – das am stärksten mit List verbundene wirtschaftspolitische Thema – für ihn nur eine temporäre Maßnahme zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit junger Industrien gewesen. Das interventionistische Instrumentarium wird also zeitlich an die Entwicklung der Marktkräfte gekoppelt (vgl. List 1971b: 220). Die Optimierung der Produktivität innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens hat Priorität vor der Herstellung des Freihandels auf einem internationalen Markt – daher bei List die Polemik gegen den interessengebundenen »Kosmopolitismus« der klassischen Theorie.

Eine nationalistische Färbung ist allen Konzeptionen des Wettbewerbsstaates eigen. Die Richtung ist schon bei List erkennbar, der von sich selbst sagte, daß im Hintergrund aller seiner Gedanken stets Deutschland sei (vgl. List 1971b: 637). Gekoppelt war dies mit einer korporatistischen Sichtweise des Staates, der alle Klassenfraktionen in das Produktivitätsbündnis einzubinden habe. List thematisierte, im Unterschied beispielsweise zu Ricardo, keinen verteilungspolitischen Konfliktstoff und keine negativen Begleitfolgen der Modernisierung. In Lists Proklamation der Industrialisierung wird die sachliche Unterordnung der Individuen unter die objektivierte Bewegung des Kapitals gefeiert. Durch diese Unterordnung können sich Individuum und Nation scheinbar erst vervollkommen.

Wie die Listianischen Ideen die Wirtschaftspolitik infiltrierten, wie sie im Bismarckschen Staat zu einer dauerhaft angelegten Schutzzollpolitik umdefiniert und welcher Anteil ihnen innerhalb der deutschen Industrialisierung zukommt, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Hier soll lediglich festgehalten werden, daß schon zum Anbeginn der Industrialisierung das Hauptproblem der kapitalistischen Produktion sich als Problem der Produktion des Neuen darstellte. In diesem Sinne empfahl List, die Widersprüche der Kapitalakkumulation durch eine Forcierung der Produktivkraftentwicklung zu überwinden. Die Parallelen zu einer modernen Wirtschaftspolitik, die sich jenseits von rechts und links vorn wähnt, sind verblüffend. List forderte sogar einen regelmäßigen Niveauvergleich der technischen und sozialen Innovationen zu anderen Ländern (vgl. List 1971b: 393).

Projiziert man diesen rund 150 Jahre alten Entwurf auf die aktuelle sozialdemokratische Programmdiskussion, dann bestätigt sich wieder einmal das bekannte Diktum von Keynes: »Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen.«

12 »Je mehr Manufakturen verschiedener Art am gleichen Punkt vereinigt oder durch günstige und schnelle Verbindungen und Verkehrsmittel in Beziehung gebracht sind, um so mehr Bedeutung gewinnt die produktive Kraft einer jeden.« List 1971a: 273.

13 »Das Gesetz der Geschäftsoperationen und der Konföderation der produktiven Kräfte drängt dagegen mit unwiderstehlicher Macht die verschiedenen Manufakturisten zueinander hin. Reibung erzeugt die Funken des Geistes wie die des natürlichen Feuers. Geistige Reibung ist aber nur da, wo nahes Zusammenleben, wo häufige geschäftliche, wissenschaftliche, soziale, bürgerliche und politische Berührung, wo großer Verkehr an Gütern und Ideen.« List 1971b: 234.

Kompetenzzentren

Die Konzentration auf sektorale Schwerpunkte wurde in den vergangenen Jahren ein immer gewichtigeres Element in der Berliner Technologiepolitik. Die Berliner Sozialdemokratie hat diese Orientierung mit ihren wirtschaftspolitischen Beschlüssen im Wahlkampf 1999 noch einmal verstärkt. Die Entwicklung technologischer Felder »zu international konkurrenzfähigen Kompetenzzentren in Kooperation mit Unternehmen muß das Kernstück Berliner Innovationspolitik werden«, so die Forderung des Landesparteitages¹⁴. Mit dem Begriff »Kompetenzzentrum« wird an die Diskussion über die Globalisierung unternehmerischer Forschung angeschlossen. Dabei wird regionalen Zentren für spezifische Forschungsleistungen aus drei Gründen ein Bedeutungsgewinn zugesprochen. Erstens ist im Rahmen des globalen Wettbewerbs der Kreis der Länder mit einem höheren Anteil an forschungsintensiven Gütern gewachsen. Viele »Schwellenländer« konnten ihren Marktanteil ausdehnen. Zweitens verlegen Großunternehmen ihre Forschungsabteilungen zunehmend an Standorte mit den attraktivsten Merkmalen, seien es die Forschungsinfrastruktur, das Personalangebot oder die Exklusivität eines Marktes. Drittens inszeniert die Politik innerhalb der Europäischen Union einen Wettbewerb auf regionaler Ebene, in dem erhebliche Fördermittel verteilt werden.

Dies sind einige der Motive für Bund, Länder und Kommunen, die Stärken ihrer regionalen Ökonomie auszubauen. Ziel ist die Bildung regionaler Kompetenzzentren, die als ein Netzwerk von Forschern, Produzenten, Dienstleistern und Anwendern verstanden werden können, die auf einem Technologiefeld oder einem technologischen Anwendungsfeld international führend sind und die durch hohe Wertschöpfung und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze gekennzeichnet sind.

Kompetenzzentren besitzen eine internationale Ausstrahlung. Sie ziehen Forschungs- oder Produktionskapazitäten in eine Region oder sie eröffnen durch ihre modellhaften Lösungen Exportmöglichkeiten. In jedem Fall wird die Förderung aus der Perspektive der Region konzipiert. Alteingesessene und neu angesiedelte Unternehmen werden gleichermaßen einbezogen.

Die Politik der regionalen Kompetenzzentren kann nun mit verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen verbunden werden. In der dominierenden wirtschaftspolitischen Konzeption, die auch den Hintergrund der »Adlershofer Erklärung« der SPD abgibt, wird der »Wettbewerb der Regionen« als eine Form der Standortkonkurrenz verstanden. Die Logik des Kostensenkungswettlaufs und der wirtschaftspolitischen Enthaltsamkeit wird damit auf die regionale Ebene bezogen. Dieser Ansatz verabsolutiert äußere Einflüsse auf die sozioökonomische Entwicklung von Regionen. Es geht nicht länger um ein Entwicklungskonzept für die vielbeschworenen vorhandenen Stärken, sondern um eine viel simple Strategie. Die Anpassung an die global (vermeintlich) vorgegebenen Standards wird forciert. Eine am Gemeinwohl orientierte Verantwortung der Förderung wird negiert. Soziale und ökologische Kriterien und die Abschätzung langfristiger Folgen von Technologien werden zurückgedrängt.

14 »Für Innovation und Beschäftigung«, Adlershofer Erklärung der Berliner SPD, verabschiedet auf dem Landesparteitag am 6./7. November 1998, S. 13.

Gleichzeitig werden Konzentrationsprozeß und Dominanz von Großunternehmen verstärkt, indem ihre Bedürfnisse als Vorgaben akzeptiert werden.

Der auch von der SPD genutzte Begriff des Kompetenzzentrums ist offensichtlich stark reduktionistisch. Erstens verwirklicht sich demnach Kompetenz allein in der wirtschaftlich meßbaren Leistung. Die potentielle Problemlösungskompetenz für Felder des gesellschaftlichen Bedarfs, für die (noch) keine zahlungsfähige Nachfrage vorhanden ist, wird nicht gewürdigt. Zweitens wird das Kompetenzzentrum nur in der Forschung verortet. Den Beziehungen zu Herstellern, Dienstleistern und Anwendern wird häufig zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Drittens werden die sichtbaren institutionellen Beziehungen überbetont und die Komplexität von regionalen Innovationssystemen wird unterschätzt. Diese besitzen nicht nur »offiziell« feststellbare Dimensionen, sondern in ihnen spielen auch »untergründige« sozio-kulturelle Beziehungen eine wichtige Rolle. Die ökonomischen und sozio-kulturellen Effekte räumlicher »Fühlungsvorteile« machen die Region selbst zu einer Produktivkraft und bieten sinnvolle Ansatzpunkte für die Struktur- bzw. Technologiepolitik. Viertens nimmt die reduktionistische Version der »Kompetenzzentren«-Strategie für sich in Anspruch, einen gangbaren Weg der Globalisierung aufzuzeigen und die Einbindung der Regionen in globale Netzwerke zu bewerkstelligen. Die Ressourcen werden aber im wesentlichen eingesetzt, um Schneisen für globale Handelsströme zu schlagen. Kriterien des nachhaltigen Wirtschaftens tauchen nicht auf.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, das offizielle Ziel der Berliner Technologiepolitik, sollte deshalb nicht ausschließlich auf globaler Ebene formuliert werden. Wettbewerb findet auch unterhalb des Weltmarktes statt, Technologieentwicklung auch unterhalb von Großforschungseinrichtungen. Die Herausbildung einer globalen Arbeitsteilung regionaler Kompetenzzentren und die Erhöhung der globalen Handelsströme ist kein Selbstzweck. Zahlreiche Produktionsprozesse und Dienstleistungen können innerhalb von einer oder von einigen verbundenen Regionen organisiert werden – aus ökologischen, beschäftigungs-, struktur- und innovationspolitischen Gründen¹⁵. Dies muß als technologiepolitische Aufgabe verstanden werden.

Resümee

Was bleibt übrig von der Innovationspolitik als neuem Königsweg der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik? Eine Betrachtung der möglichen Handlungsfelder einer Innovationspolitik zeigt, daß man mit ihr schnell bei den »Normalproblemen« einer kapitalistischen Ökonomie angelangt ist. Die Steigerung der Produktivität ist eines der Standardthemen kapitalistischer Akkumulation und sie war auch stets ein Standardthema der Wirtschaftspolitik. Auf dem Feld der Technologiepolitik zeigen sich gerade in Berlin sehr schnell die Gestaltungsgrenzen. Der geringe fiskalische Spielraum und die wenigen Anknüpfungspunkte in den Berliner Branchen verweisen darauf, daß Innovationspolitik kein Münchhausen-Griff zu werden verspricht, mit dem die Stadt die Gesetze ökonomischer

15 Bekanntlich scheint eine stärkere Herausbildung regionaler Stoffkreisläufe bzw. eine Ökologisierung dieser Kreisläufe technisch machbar und ökonomisch effizient, z.B. im Bereich der materiellen Infrastruktur (Wohnen, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung), in bezug auf die Grundversorgung (Ernährung, Kleidung, Wohnung) und bei personenbezogenen Dienstleistungen (Ausweitung sozio-kultureller Dienstleistungen).

Schwerkraft zu ignorieren vermag. So bietet der Innovationsansatz nur den Trost einer übervereinfachten Weltsicht, mit deren Hilfe man Erweckungspredigten an das Berliner Wahlvolk richten kann.

Die Bilanz sozialdemokratischer Technologiepolitik der letzten Jahre fällt dagegen bescheiden aus. Insbesondere der zuständige Senator hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Die »Kompetenzzentren«-Strategie ist von ihrem finanziellen Volumen her unbedeutend, inhaltlich ungeklärt und handwerklich fehlerhaft. Ihre Ausgestaltung hat bereits viel mit den Interessen global operierender Unternehmen, aber noch wenig mit den Bedürfnissen der Region zu tun.

Alle weiteren technologiepolitischen Programme, in denen der Großteil der Mittel gebunden ist, bedürfen einer differenzierten Würdigung. Sie präsentieren jedoch eher technologiepolitisches ›business-as-usual‹ und versprechen keinen innovationspolitischen Quantensprung.

Literatur:

Friedrich List (1971a): Das Natürliche System der Politischen Ökonomie, in: Werke, Bd. IV, Aalen 1971.

Friedrich List (1971b): Das Nationale System der Politischen Ökonomie, in: Werke, Bd. VI, Aalen 1971.

MEINHARD CREYDT

Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei

Der frühere Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Paul Tiefenbach beschreibt den Veränderungsprozeß der Grünen in einer unaufgeregten und erfahrungsgesättigten Weise ohne heimlichen Groll. Sein Buch ist nicht nur für jene relevant, die an den Grünen besonders interessiert sind, sondern für ein breites, politisch interessiertes Publikum. Jenseits von gängigen Überspitzungen, die die Parteigeschichte der Grünen als ›Verrat‹ oder auch als ›Erwachsenwerden‹ deuten, werden sachlich der Preis für eine Beteiligung am parlamentarischen Verfahren und die Grenzen von ›Realpolitik‹ analysiert.

Den angemessenen Ausgangspunkt jeder Analyse der Grünen dürfte die *inhaltliche Veränderung ihrer Politik* darstellen. Was sich dahinter verbirgt, erhellt exemplarisch die Kontroverse um den Atomausstieg. Dieser wurde von der SPD in den achtziger Jahren auf 10 (!) Jahre datiert. Das brachte den Sozialdemokraten von grüner Seite damals den Vorwurf der ›Atompartei‹ ein. Die Kritik am Militär und an der NATO kulminierte einst in Aktionen wie der des hessischen Landtagsabgeordneten Frank Schwalba-Hoth, der am 3. August 1983 bei einem öffentlichen Empfang im Wiesbadener Schloß einen US-General mit Blut begoß (›Blood for the bloody army‹) – aus Protest gegen die Pressionen der USA gegen Nikaragua. Damals solidarisierte sich – bei aller taktischen Kritik im einzelnen – die grüne Landtagsfraktion.

Dies wäre heute ebenso undenkbar wie eine Zurückweisung des Ausspruchs des früheren Verteidigungsministers Wörner, die NATO sei ›die größte Friedensbewegung‹. Da verwundert es kaum, daß inzwischen Fragen über den Sinn grüner Politik die Runde machen. So fragte Matthias Geist in der ›Zeit‹ vom 4. Juni 1998, wozu die Grünen noch gut seien, wenn Ökologie bei ihnen »wie bei anderen Parteien auch – zum nachgeordneten Thema« wird. »Es wird bedient, wenn unter sozialen und arbeitsmarktpolitischen Gründen nichts mehr dagegen spricht.« Die Bedeutung der ›Ökosteuer‹ ließ sich an der 100-Tage-Bilanz der neuen Regierung in der ›Zeit‹ ablesen: »Sie machte sich nicht einmal lustig über die 6 Pfg. Aufschlag bei sinkenden Energiepreisen und Förderung von Produktionszweigen mit starkem Energieverbrauch, sondern dieser Bereich kam bei der Analyse der ›7 wichtigsten Themen‹ schlicht gar nicht vor« (Jäger 1999: 3). Die Substanzlosigkeit der grünen Politik in Sachen Euro und Internationalismus des Kapitals (vgl. Creydt 1999) ist vor den neusten grünen ›Fortschritten‹ schon in Vergessenheit geraten, um von Schofligkeiten wie der grünen

Meinhard Creydt – Jg. 1957, Dipl. Psychologe und prom. Soziologe (›Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit‹), lebt in Berlin, zahlreiche gesellschaftstheoretische und politische Artikel in: Kommune, Das Argument, Initial, Weg und Ziel (Wien), Psychologie- und Gesellschaftskritik, Links, Die Aktion, Widerspruch (Zürich) u.a. Der Beitrag bezieht sich auf das Buch von Paul Tiefenbach: Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei, Papy Rossa Verlag Köln 1998, 221 S. (28,00 DM)

1 Vgl. meine Kritik in:
Kommune 4/99 und
Andere Zeiten 2/3 1999.

Begleitung der Öcalan-Verschleppung und des damit einhergehenden Protestes ganz zu schweigen.¹

Für seine Interpretation dieser Wandlungen grüner Politik knüpft Tiefenbach an die Erklärung des ›Revisionismus‹ in der SPD durch *Oligarchisierung* – dem Entstehen einer nur schwer auswechselbaren Führungsschicht – von Robert Michels aus dem Jahre 1911 an. Michels zufolge ermöglichte die Arbeiterbewegung einzelnen Arbeitern einen ähnlichen sozialen Aufstieg wie vorher die Kirche ihn manchen Kleinbürgern und Bauern eröffnete. Die ›Parteielite‹ nimmt am politischen Geschäft teil und wird von ihm aufgesogen. Der Preis für diese notwendige Teilhabe an der Politik ist der Verlust der Inhalte, um derentwillen eigentlich eine bestimmte Politik angestrebt worden war. In der Partei selbst setzt sich diese Linie als ›Realismus‹ durch.

Bei den Grünen war zunächst – ungleich stärker als heute in der PDS – ein Bewußtsein von den Gefahren des durch die Beteiligung am Parlamentarismus notwendigen ›Berufspolitikertums‹ durchaus präsent. Politik als Beruf führt zu Vorsprüngen an Informationen, Kompetenzen und Ressourcen (Büro, Finanzen, Kontakte, Zeit) der Berufspolitiker gegenüber den Parteimitgliedern, die als mehr oder weniger interessierte, in jedem Fall aber weniger geübte und damit auch teilweise weniger motivierte Laien agieren.

Ausgehebelt wurde die zunächst bei den Grünen praktizierte Rotation schließlich mit dem Argument, daß die amtierenden Abgeordneten gerade Wichtiges »angeschoben« hätten und weitere Zeit bräuchten, um die Vorhaben abzuschließen. Die Verweigerung des Dauermandats erschien so als unzureichende Würdigung der parlamentarischen Arbeit. Abgeordnete ohne einträglichen Beruf sind von der Politik als Einkommensquelle abhängig. Abgeordnete mit einträglichem Beruf verpassen nach längerer Tätigkeit im Parlament den ›Anschluß‹ in ihrem Tätigkeitsfeld und haben sich von Betätigungen mit geringerem Prestige entfremdet. Wenn Führungsfiguren zwischen oberen Posten in Parlament, Regierung und Partei ›querrotieren‹, können sie nach einer Weile nichts anderes als ›Politik machen‹ und okkupieren schließlich jene Stellen, auf denen sich auch andere Parteimitglieder qualifizieren könnten.

Zur Erklärung der Wandlungen bei den Grünen beschreibt Tiefenbach in einem zweiten Schritt die *Veränderung der Parteielite im Parlament*. Wer im Parlament von seinen Gegnern ›ernstgenommen‹ werden will, muß ihnen entgegenkommen. Während Josef Fischer den Bundestag zunächst als »Alkoholikerversammlung«, als unfähig und korrupt verhöhnte, kam es später grünen Parlamentariern darauf an, in eben diesem Parlament als ›vernünftige‹ und ›berechenbare‹ ›Gesprächspartner‹ zu gelten. Schon Friedrich Engels sprach einst vom »widerwärtigen Drang der englischen Arbeiterführung zur Respectabilität« (zit. nach Tiefenbach: 83). Nicht zuletzt war das Lob oder der Respekt gegenüber dem Gegner auch für das Fortkommen in der eigenen Partei günstig. Neue Gemeinsamkeiten (gegenüber Verwaltungen, ›undankbaren‹ Wählern und Parteiversammlungen) bilden sich heraus und es entsteht »eine Art kollektiver Identität der politischen ›Insider‹ gegenüber den ›Menschen draußen im Lande« (Dieter Herzog, zit.

nach Tiefenbach: 82). Tiefenbach veranschaulicht die Funktion des parlamentarischen ›Korpsgeistes‹ am Beispiel eines Landesparlaments, in dem die DVU die zu hohe Umzugskostenerstattung für eine SPD-Ministerin geißelte. Er beschreibt, wie die anderen Parteien sich wechselseitig die Schuld zuwiesen und emsig ähnliche Fälle beim Gegner ausfindig zu machen versuchten. Die Grünen aber traten nicht mehr als ›Ankläger im Hohen Haus‹ (so der Titel eines Buches über die Grünen in den achtziger Jahren) auf, sondern als dessen ›guter Geist‹, als Mahner vor dem Schaden, den das parlamentarische System selbst durch diesen Streit nehmen könnte. Sie »empfanden die Blamage der anderen Parteien als ihr eigenes Problem, empfanden sich als integralen Teil des sich selbstentlarvenden Parteiensystems« (Tiefenbach: 14).

Eine zweite Quelle der Anpassung entspringt dem Wechsel der Parlamentarier von der Betroffenen- in die Verwaltungsperspektive. Die Einarbeitung in die eigene Logik, die Verzweigkeit und in den Problemverschiebepark der Verwaltung gewöhnen an eine staatsimmanente Sicht.²

Nach Tiefenbach identifiziert sich die grüne Partielite nicht nur mit dem Staat, sondern tendenziell auch den Staat mit sich, insofern die Opposition als Vorstufe zur Regierung gilt. »Natürlich wollten sie sich den Kopf des Staates zerbrechen, galt es doch, dies wichtige Instrument für eine spätere Reformpolitik handlungsfähig zu halten. Faktisch trugen Grüne damit zur Durchsetzung von Sparmaßnahmen bei, die ihren politischen Zielen widersprachen. Sie handelten aber in dem Bewußtsein, ihren politischen Zielen zu dienen, indem sie den Staat vor dem Bankrott bewahrten« (Tiefenbach: 93).

Ein drittes veränderndes Moment der Partielite im Parlament erwächst aus der Vorliebe der einflußreichen Medien für einen bestimmten Politikertyp. »Sie bevorzugten einen Politikertyp, der sich eher durch Fähigkeiten zur Inszenierung als durch solide fachliche Kenntnisse auszeichnet. Beides kann durchaus Hand in Hand gehen, muß aber nicht. Auch ist die Grenze zwischen gekonnter Zuspitzung und populistischer Übertreibung fließend« (Tiefenbach: 100). Die Medienlieblinge wiederum erlangen durch die größere Möglichkeit der Verbreitung ihrer Ansichten und den symbolischen Mehrwert ihrer Anerkennung neue Vorteile gegenüber der Partebasis und gegenüber ihren Konkurrenten.

Tiefenbach entgeht der Verlockung, die *Partiebasis* selbst als unschuldiges Opfer des Veränderungsprozesses darzustellen. Er verweist auf den starken Druck von Initiativen und Projekten, eine finanzielle Absicherung und Anerkennung ihrer Arbeit zu erreichen, ohne daß diese sich allerdings Rechenschaft darüber ablegen, welche Kompromisse dafür (innerhalb dieses Politikmodells) anderenorts eingegangen werden müssen. In einer Studie über die Alternative Liste Berlin hieß es: »Gerade eine klientelförmige Basis drängte die Abgeordneten, sich kompromißbereit(er) zu zeigen, als sie es selbst wollten« (zit. nach Tiefenbach: 105). Die Radikalität der Bürgerinitiativen bleibt in vielen Fällen punktuell und partikular. Sie ist nicht auf einen übergreifenden Gesellschaftsentwurf bezogen. Also selbst der fortbestehende Kontakt

2 Hier verzichtet

Tiefenbach leider auf die Auseinandersetzung mit dem deskriptiv starken Buch von Niklas Luhmann: »Legitimation durch Verfahren« (1969). Der gelernte Verwaltungsjurist Luhmann beschreibt bereits zu Hochzeiten der APO mit sarkastischer Freude die geringen Aussichten eines Marsches durch die Institutionen. Schimank (1983: 119ff.) hat diese Analyse Luhmanns in bezug auf die Chancen neuer sozialer Bewegungen zugespitzt und aktualisiert.

mit außerparlamentarischen Gruppen sichert nicht notwendig den systemoppositionellen Charakter der Partei.

Für Tiefenbach ist der Prozeß der Anpassung mit der *Regierungsbeteiligung* abgeschlossen. Erfolge in den Koalitionsverhandlungen steht mangelnde Durchsetzungsfähigkeit in der Regierung gegenüber (vgl. besonders prägnant Schubert 1996). Eine Befragung sämtlicher Fraktionsvorsitzender von SPD und Grünen aus Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen der alten Bundesrepublik (vgl. Zeuner/Wischermann 1995) kommt zu dem Ergebnis: »Wir haben kaum Indizien dafür gefunden, daß sich hier ein neues politisches Reformprojekt oder ein Hegemoniewechsel aufbauen könnte« (Zeuner/Wischermann 1995a: 29). In der Regierung stellen die Grünen den kleinen Partner, der SPD steht immer noch eine andere Koalitionsoption offen. Zudem greift im System der Blockbildung die Koalitionsdisziplin.³

3 Hierzu hätte sich Tiefenbach auf Analysen der politischen Dichotomisierung, wie sie z.B. von M. Jäger (vgl. u.a. 1984) vorgelegt wurden, stützen können. Gewinnbringend wäre auch die Einbeziehung der Kritik, die Rosa Luxemburg (1974a: 54ff., 160f.) um die letzte Jahrhundertwende (lange vor Michels) an der Regierungsbeteiligung von (französischen) Sozialisten geübt hat, gewesen. Anlässlich der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart weist Luxemburg (1974b: 505ff.) auf die engen systemimmanent bleibenden Grenzen solcher Posten hin und lehnt die Aufstellung eines eigenen Kandidaten ab.

Eine Analyse der *Motive für das Handeln der Abgeordneten* fördert zutage, daß Wünsche nach Spitzgehältern von geringerer Bedeutung sind als das Interesse daran, nicht arbeitslos zu sein. Beim Wechsel von grünen Hauptamtlichen in die staatliche Verwaltung handelt es sich nicht notwendigerweise »um Filz und Cliquenwirtschaft. Wer in der Partei oder in einer Fraktion beruflich tätig ist, erwirbt in dieser Zeit Erfahrungen, die ihn auch für ein Amt in der staatlichen Verwaltung qualifizieren. Daß er die Behördenleiter kennt und diese ihn, ist genauso ein Konkurrenzvorteil wie der Sachverhalt, daß er schon recht frühzeitig weiß, wann welche Stelle ausgeschrieben wird« (Tiefenbach: 120). Die parlamentarische Präsenz wird zur Basis für die Lebensführung einer ganzen Gruppe von Parteimitgliedern: den Abgeordneten und ihren Assistenten. Zudem trägt das Abgeordnetenmandat neben einem Arbeitsplatz einen hohen gesellschaftlichen Status, Respekt und Achtung ein.

In der Darstellung von Tiefenbach kommt jedoch die ›Lust‹, die manche am Metier des Politischen finden, etwas zu kurz. Schon während dieses ›Sich-Hochdienens‹ – in der Lehrlingszeit, in der man sich als ›politikfähig‹ erweist und bewährt – wächst oft die eigene Befriedigung am Taktieren, an rhetorischen Finessen, an Intrigen, an Seilschaften usw. Das Nachwuchspersonal gewöhnt sich an ›Tugenden‹, die der politischen Arbeit an der Gesellschaft entgegenstehen. Verfahrenstricks und Tagesordnungsgeschick, Image- und Kontaktpflege, semantische Verpackungskünste, Personalpolitik, persönliche Kenntnis relevanter Akteure, Fähigkeiten in Kungelei und Intrige stehen hier auf dem gar nicht so ›heimlichen‹ Lehrplan. Diese Lehr- und Wanderjahre kann nur der erfolgreich absolvieren, der sich eine eigentümliche Vertrautheit und Konzentriertheit auf die Mittel der Politik zu eigen macht und sich von ihnen fasziniert zeigt. Schließlich wächst, wie bei anderen Professionen auch, Zünftigkeit und Selbstreferenzialität. Stolz und Dünkel bezüglich der eigenen Rolle verdrängen Zweifel an der menschlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des eigenen professionsspezifischen Tuns.

Angesichts vielfältiger Diskrepanzen zwischen persönlicher Motivation und politischer Überzeugung stellt sich besonders für den

›gradlinigen‹ Abgeordneten – der im Amt ausharren will – die Aufgabe, die einzusteckenden Kompromisse zu legitimieren. Eigener ostentativer Eifer bis zur Erschöpfung erlaubt es, Kritiker ins Unrecht zu setzen. Man habe schließlich alles versucht und es nicht an Bemühung fehlen lassen.⁴

Als schwierig erweist sich, dem Sog zu entgehen, der durch das eigene Mittun entsteht. Wer privat zwar ankündigt, dieses Mal noch zuzustimmen, beim nächsten Mal aber nicht mehr, findet »›beim nächsten Mal‹ wieder einen Grund, der eine Verweigerungshaltung unzweckmäßig erscheinen läßt. Die Abgeordneten haben ein Stück ihrer politischen Überzeugung opfern müssen. Das müssen sie vor sich selbst legitimieren. Haben sie das aber erfolgreich getan, können sie später kaum mehr zur harten kritischen Haltung« zurückkehren (Tiefenbach: 115). Von nichts wird der Mensch besser manipuliert als von seinen eigenen Taten.

Die Motive der grünen ›Macher‹ verweisen auf eine (von Tiefenbach nicht vertiefte) Kritik der Politik (vgl. Bourdieu 1991; vgl. MEW 1: 354ff.). Politik und Demokratie verhalten sich zu den mit der herrschenden Arbeitsteilung, der Konkurrenz und den Entwicklungskriterien des Reichtums implizierten Spaltungen, Hierarchien, Bornierungen und Eigendynamiken usw., indem sie »sich auf eine *abstrakte* und *beschränkte*, auf partielle Weise über diese Schranken« erheben (MEW 1/353) und sie für »unpolitisch« bzw. die Demokratie nicht tangierend erklären. Die Erhebung zum politischen Souverän bei gleichzeitiger Vorentscheidung seiner Geschicke durch den ›stummen Zwang der Verhältnisse‹ führt zu einem Nebeneinander von Idealismus und Positivismus in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Idealistisch erscheint die herrschende Politik nicht als Durchsetzung der ökonomischen und staatlichen Notwendigkeiten einer kapitalistischen Gesellschaft. Vielmehr wird der Politik die Orientierung an allgemeinmenschlichen Idealen zugerechnet, so daß es ihr immer um mehr geht als das, was sie praktiziert. Positivistisch werden kapitalismusspezifische Phänomene als sachliche Randbedingung jedweden sozialen Handelns verklärt. Die tatsächliche Politik wiederum erscheint als optimaler Kompromiß zwischen dem angeblichen Ziel – dem Ideal – und den als unabänderlich erscheinenden ›Sachzwängen‹. Idealistisch wird ›Verantwortung übernommen‹ für politisch überhaupt nicht Gestaltbares (vgl. Narr 1995). Man schreibt sich selbst Steuerungskompetenz und Zuständigkeit zu (vgl. Gerhardt 1990: 227f.). Positivistisch erscheint die kapitalistische Ökonomie als ›industriegesellschaftliche‹, ›moderne‹ Faktizität, die allenfalls sekundär modifiziert werden kann.

Eine besonders eindringliche Schilderung, wie die Parteibasis durch eine Fraktion der Partielite bearbeitet wird, gibt Tiefenbach am Beispiel der (immerhin innerhalb von drei Tagen erfolgenden) Revision der zunächst negativen Entscheidung der Mitgliederversammlung in Bremen zur Ampelkoalition im Dezember 1991 (vgl. Tiefenbach: 139ff.). Wenn 1993 15 Prozent der Mitglieder kommunalpolitische Mandate innehaben, so sind sie »in stark abgeschwächter Form ähnlichen Einflüssen unterworfen wie die Partielite« (Tiefenbach: 161). Daher schließt sich Tiefenbach hier

4 Die Kompromisse in der Hauptsache werden bisweilen dadurch legitimiert, daß »man im Kleinen Gutes tut. ... Häufig trifft man Abgeordnete, die mit großem Engagement für Palästina, Kurdistan oder auch für Bosnien engagiert sind. Mit ihrem Einfluß können sie oft gewisse Beiträge locker machen, die dem Staatshaushalt nicht weh tun, aber den Betroffenen vor Ort beträchtlich weiterhelfen« (Tiefenbach: 112f.).

Grevens These an, die Parteien seien in vielfältiger Weise »verstaatlicht«. Die Parteien hätten »den Staat in einem Grade unterwandert, der sie selbst zu seinem Teil macht« (Greven, zit. nach Tiefenbach: 161).

Auch das steigende Alter der ›Basis‹ spielt eine Rolle. Waren die Grünen zunächst die Partei einer jungen Generation, so befinden sich viele ihrer Mitglieder mittlerweile in einer Lebensphase, in der Arbeit und Familie an Stellenwert gewonnen haben. »Der Wunsch der Parteielite nach Verberuflichung harmonisiert also aufs Beste mit dem Wunsch der alternden Parteimitglieder nach Entlastung ihres Zeitbudgets« (Tiefenbach: 162). Allerdings sei eine Wiederkehr des Idealismus im Alter, bei Abnahme der beruflichen und familiären Verpflichtungen, zu beobachten.

Schließlich hat in der grünen Partei, in der zahlreiche führende Mitglieder aus linksradikalen Gruppen stammen, auch das »Konvertitentum aus der Wut revolutionärer Enttäuschung« eine Rolle gespielt. »Die völlig unkritische Euphorisierung des revolutionären Geschehens ... gibt Hinweise auf eine Denkstruktur, die das absolute Gegenteil mit derselben Emphase vertritt.« Die »tiefe Enttäuschung über die einst inbrünstig geliebte Sache« schlägt um in »eiferndes Bekenntertum« (Negt 1995: 241f.).

Zum *Verhältnis von inneren und äußeren Faktoren bei der Veränderung der grünen Partei* bleibt Tiefenbach relativ kurz. Seine These, die »dominierende Seite in dem Verhältnis zwischen innerer und äußerer Veränderungsursache sind die Interessen der Parteielite« (Tiefenbach: 175), ist fraglich. Gewiß weist eine parlamentsorientierte Partei problematische Effekte für soziale Bewegungen auf.⁵ Wie wenig die Grünen sich als Teil von Bewegungen verstehen, hat sich jüngst im Verzicht auf eine öffentliche Mobilisierung in der Doppelpaß-Angelegenheit gegen die Unterschriftenaktion der CDU gezeigt.

Allerdings müßten die strukturellen Probleme von sozialen Bewegungen deutlicher in den Blick kommen. Zu sprechen wäre hier über die zunehmende Schwierigkeit einer kampagnenförmigen Mobilisierung bei mangelnder Identifizierbarkeit von Täter und Tatort im feinverteilten, alltäglichen Umweltverbrauch (Verkehr, Flächenfraß, Abfall); oder über die schleichende Gewöhnung der Öffentlichkeit an ein ›normales‹ Risikoniveau; oder über das Nachlassen von Mobilisierungsmotiven, wenn Vorstellungen von der Umkehrbarkeit von Handlungen und von einfachen ›Alternativen‹ schwinden; oder über die gestiegene Bedeutung der materiellen Existenzsicherung infolge der zunehmenden Bedrohung von Arbeitsplatz, Reallohn usw.; oder über die Kurzlebigkeit von Themenkarrieren in einer Öffentlichkeit, die nichts weniger liebt als ›schon abgekaute‹ Themen; oder über die mit Weltuntergangsstimmungen verbundene Konzentration auf ein Problem, wodurch eine Niederlage politisch unverarbeitbar wird; oder über die Divergenz zwischen strukturbezogenem Wissen und individuellen Erwartungshorizonten.⁶ In einem kurzen Menschenleben muß das Individuum irgendwie ›positiv‹ handeln. Auch aus diesem Imperativ wird die Verdrängung des Beharrungsvermögens objektiver Strukturen, die nur gesellschaftlich zu ändern sind, durch einen indivi-

5 Eine analoge Kritik wird auch an der PDS geübt: Es ist auch hier die Rede von einem »Entpolitisierungsprozeß, in dem die Beschäftigung mit Wahlkämpfen den Aufbau einer gesellschaftlichen Opposition ersetzt, Personalpolitik mit verdecktem Visier verdrängen den offenen Meinungsstreit, das Geschacher um Posten und die eigene ›Karriere‹ den ideellen Einsatz für die Parteiziele« (Klein 1999: 9).

6 Zu diesem Problem vgl. u.a. Zeuner 1985; Hilgers 1997.

duellen Aktionismus gespeist – das Apfelbäumchen will auch angesichts des drohenden Weltuntergangs gepflanzt sein.

Eine Schwachstelle von Tiefenbachs Analyse dürfte das Fehlen einer Auseinandersetzung mit den Debatten sein, in deren Verlauf sich in den letzten 20 Jahren die Einschätzung von Markt, kapitalistischer Ökonomie, Parlament, Staat und Recht in der Linken so verändert hat, daß kritische Stimmen zunehmend weniger Resonanz finden. Es ist hier nicht der Raum zu belegen, daß dies nicht an jenen Analysen liegt, die dem sich zunehmend verbreitenden Lob kapitalistischer Strukturen nicht folgen. Bei diesem Meinungsumschwung handelt es sich jedenfalls um ein wesentliches Moment des Wandels der Grünen, das sich nicht auf innerparteiliche Entwicklungen reduzieren läßt.

Die Veränderung der Grünen hat nach Tiefenbach *drei Konsequenzen*.

Erstens gewinnen die Selbsterhaltungsimperative des Parteiapparates, Wahl-erfolg und Regierungsbeteiligung immer mehr an Gewicht (vgl. auch Bourdieu 1991: 507). Damit treten Politikinhalte und die realen Kosten von Kompromissen und Zugeständnissen in den Hintergrund. Die Engführung von Politik auf Regierungsbeteiligung schwächt zudem die Verhandlungsposition in Koalitionsgesprächen. »Die anderen Parteien spüren, daß die Grünen zu jedem Kompromiß bereit sind, um in die Regierung zu kommen – und nutzen dies weidlich aus« (Tiefenbach: 184). »Von ›Kröten schlucken‹ konnte da bald keine Rede mehr sein, weil diese Rede ja voraussetzt, daß zwischendurch auch mal was vom eigenen Speisezettel geschluckt wird« (Jäger 1999: 4).

Zweitens führt die Konkurrenz mit den anderen Parteien dazu, selbst eine ›kleine Volkspartei‹ zu werden, die nicht eigene Sichten auf Themen in den Vordergrund stellt, sondern sich an Meinungsfragen und vorgegebenen Diskursen orientiert, in denen sie lediglich noch immanente Unterschiede wahrnimmt und geltend macht.

Drittens erscheinen die Grünen als eine ›lean-party‹, in der »die Bescheidenheit der Mitglieder ihr Wissen um ihre Unwichtigkeit ausdrückt« (Tiefenbach: 189f.). »Ihre Mitgliedsbeiträge sind angesichts der immer weiter gewachsenen Parteien-, Fraktions- und Stiftungsfinanzierung nicht mehr nötig. ›Aktionen‹ und ›Kampagnen‹ sind durch Medien- und Parlamentsarbeit ersetzt. Mitglieder sind lediglich da, weil die Partei zahllose untergeordnete Gremien – wie z.B. Stadtteilbeiräte oder Vorstände – besetzen muß« (Tiefenbach: 189). Aufgrund der Kompetenzverlagerung nach oben und des flächendeckenden Haushaltsnotstands gehe es unterhalb der Bundesebene »mehr um verwalten als um gestalten« (Tiefenbach: 191). Wahlen in Ländern und Kommunen stellen »keine politische Richtungsentscheidung mehr« dar. »Sie sind nichts anderes als öffentlich durchgeführte Bewerbungsverfahren für Spitzenpositionen der staatlichen Verwaltung« (Tiefenbach: 192). Die ›vorurteilsfreie‹ Modernisierung des öffentlichen Dienstes, die vom früheren Frankfurter Stadtkämmerer Koenigs zum zentralen Thema der Grünen gemacht wurde, läßt die Leistung der Grünen als ›lean party‹ gerade im Fehlen der Abhängigkeit von ÖTV oder Beamten-

bund erscheinen. »Die Grünen als gut ausgebildete, offen denkende und rational handelnde Systempartei sind dem Ziel eines guten Funktionierens der staatlichen Verwaltung zweifellos nützlich. Eine radikal verändernde Rolle können sie so natürlich nicht spielen. Aber solch eine Rolle von Parteien zu erwarten ist ohnehin antiquiert« (Tiefenbach: 190). Vielmehr seien die Parteien »die politischen Ausbildungsstätten für das Spitzenpersonal der staatlichen Verwaltung: Sie lehren Neulinge das politische Handwerk und führen sie in das staatliche Denken ein« (Tiefenbach: 192).

Im Schlußkapitel stellt Tiefenbach »*Möglichkeiten von Demokratisierung jenseits des Parteiensystems*« vor. Die »Zivilgesellschaft« entwickle sich in Organisationen wie Greenpeace (zur Kritik vgl. Roth 1996), Amnesty International, Pro Asyl usw., die in der Bevölkerung hohes Vertrauen genießen. Obwohl sie in der Größenordnung über Bürgerinitiativen hinausgewachsen sind, dominiere im Unterschied zu Parteien das sachliche Interesse die persönliche (Aufstiegs)Motivation, selbst wenn natürlich auch hier Arbeitsplatzinteressen im Spiel sind. Tiefenbach sieht Probleme vor allem in der »single-issue«-Orientierung dieser Organisationen. »Die persönliche Betroffenheit und die Identifikation mit dem Objekt ihrer Unterstützung führen mitunter zu einer Einseitigkeit des Urteils, die auf Außenstehende befremdlich wirkt« (Tiefenbach: 198). Notwendig wären Vernetzungen, die nicht selbst wiederum zu Parteien mutieren. Tiefenbach nennt als Beispiele für solche »Bürgerinitiativen für Allgemeinpolitik« (Tiefenbach: 198) den »Republikanischen Club« der Studentenbewegung oder das »Neue Forum« in seiner ersten Zeit. Heute wäre z.B. an das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« zu denken.

Tiefenbach sieht in Volksentscheiden eine institutionelle Form, die »keine Dauerrepräsentanten kennt, die aus ihrer Delegation Vorteile gewinnen und durch ständigen Umgang mit staatlichen Gremien allmählich Teil der politischen Klasse werden« (Tiefenbach: 202f.). Volksentscheide ermöglichen die Entscheidung über Sachfragen und entkoppeln diese von bei Wahlen üblichen Programm«paketen«, die die verschiedensten Inhalte miteinander verknüpfen. Tiefenbach kritisiert auf überzeugende Weise die einschlägigen Gegenargumente (Überforderung der Wähler, populistische Zuspitzung).

Gegenüber einer auf Wählerstimmen fixierten Politik rückt die Perspektive einer von unten aus organisierten Vernetzung von Ansätzen in den Blick, die auf eine (Um)Gestaltung der Gesellschaft abzielen. Soziale Bewegungen (vom Ostermarsch bis zur Anti-KKW-Bewegung) haben durchaus Erfolge ohne parlamentarische Beteiligung vorzuweisen. Die grüne Parlamentspolitik und -fixierung hat dazu beigetragen, dieses Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzung und die dort zu leistende mühsame Arbeit in den Hintergrund zu drängen. Statt dessen wurden andere Attraktivitäten und Stellen geschaffen, die dem Bemühen um eine Umvergesellschaftung nicht nur Kapazitäten entziehen, sondern den Glanz des Politikerdaseins getrennt und neben dieser Vergesellschaftungsarbeit revitalisieren.⁷ »Wenn wir unseren Erfolgsmaßstab von den Herrschenden übernehmen, dann sind wir nicht aus

7 Zum Gegensatz zwischen dieser Arbeit und parlamentarischer Politik findet sich eine frühe Vergegenwärtigung in bezug auf die Grünen bei Narr/Vack 1980 und Hirsch 1989.

einem linken Grenzbezirk in die Gesellschaft ›eingebrochen‹, vielmehr sind wir ein gefährliches Stück weit in der bestehenden Gesellschaft aufgegangen. Wir hätten dann wie der alte Krösus ein Land ›erobert‹ und gar nicht bemerkt, daß es unser eigenes gewesen ist, das erobert wurde, das wir also verloren haben« (Narr/Vack 1980: 49).

Die Analyse der eigentümlichen Logik von ›Realpolitik‹ ließe sich durchaus vertiefen. Bei mangelnder Analyse der kapitalistischen Ökonomie, der parlamentarischen Repräsentation, der staatlichen Außen- und Militärpolitik usw. wird der Vorsatz plausibel, unter Anerkennung von deren Strukturen doch mit ihnen andere Zwecke zu verfolgen als jene, die zu diesen Strukturen gehören.⁸ Das Unternehmen, den Pelz waschen zu wollen, ohne ihn naßzumachen, läuft zunächst auf die Logik des kleineren Übels hinaus. Indem man selbst an den ›Schaltstellen‹ der Macht sich geschäftig zeigt, sei Schlimmeres zu vermeiden.

Irgendein Schaden findet sich immer, um dessen Vermeidung willen akzeptiert wird, was in einer Größenordnung schadet, die jene grundlegende Veränderung nötig macht, welche im Denken des kleineren Übels aber gerade nicht mehr Thema sein kann. Dieser ›Realismus‹ läuft schlußendlich darauf hinaus, den Verhältnissen zu verfallen, die man für sich beansprucht hat. Gerade die Tradition des kritischen Vorsatzes, es ›anders machen‹ zu wollen, bindet dann Unterstützung an die Fortsetzung des Gegebenen, wenn es aufs neue nur einmal wieder anders neu interpretiert wird.⁹ Wo der politische Drang, handlungsfähig zu sein, bedeutet, unter den gegebenen Bedingungen zu handeln, sich in eine vorhandene Konkurrenz einzustellen und nach *ihren* Maßstäben sich als ›realitäts-tüchtig‹ zu bewähren, dort wird die Frage beiseite geschoben, wie Bedingungen einer anderen, nämlich: zivilen, sozial-assoziativen Handlungsfähigkeit erst erarbeitet werden können.

Der Kreis der Realpolitik schließt sich. Wer keinen geistigen Hintergrund mehr in einem kritischen Verständnis von Kapitalismus, Staat, Parlamentarismus und Militär, Nachhaltigkeit usw. hat, wer all dies nicht in einer (die bestehenden Werte umwertenden) Perspektive der Gestaltung der Gesellschaft durch ihre Mitglieder (im Unterschied zur Stimm-Abgabe) zusammenzufassen weiß, dessen ›emanzipatorische‹ Ziele haben keine Schärfe, die über den Slogan ›pro bonum, contra malum‹ hinausgeht. Wer den Kapitalismus ohne ökologische Probleme, die NATO ohne Militärlogik (vgl. dazu u.a. kritisch die grüne Europaabgeordnete Schroedter 1999) usw. will, dem relativieren sich seine Wünsche an dem Argument, das er für sie vorbringt.

Bald erweist sich der, der die Vermeidung des Extrems fordert, als Geforderter, der für das einzutreten hat, womit er argumentiert. Wer den ›Auswuchs‹ vom ›eigentlich Akzeptablen‹ abspaltet, muß gewärtigen, daß die Klage über den Auswuchs marginalisiert wird durch die Maßgabe, das schließlich als wesentlich und allgemein Akzeptierte nicht in Frage zu stellen. Solange es vom Kapitalismus bis zur Koalition keine Alternative zu geben scheint, relativiert sich an diesen für unumgänglich gehaltenen Allgemeinheiten die Kritik am Besonderen.

8 Das antideterministische Argument, es müsse nicht alles so sein wie es ist, übergeht die für das Strukturwissen relevante Frage. Mit ihm läßt sich bestimmen, um wieviel anders die Wirklichkeit unter Beibehaltung zentraler Strukturen ausfallen kann. Es geht um eine Art negativer Koexistenzaussagen, mit denen nicht konkrete Abläufe prognostiziert, wohl aber die gleichzeitig anzutreffenden Möglichkeiten innerhalb eines Systems beschränkt werden können.

9 »Als scheinbar eines Besseren belehrte Alt-Pazifisten machen sie sich zu Kronzeugen für das Scheitern der Zivilgesellschaft. In ihrem programmatischen Zentrum stand immer das Streben nach friedlicher Konfliktbewältigung. Wenn sie heute den Einsatz von militärischer Gewalt als alternativlos erklären ..., wer sollte dann noch an Alternativen glauben! ... Als ›Erwachsenwerden‹ und ›Regierenlernen‹ wird da verkauft, was in Wahrheit Kapitulation vor der Größe der Aufgabe ist«
Christiane Ziller: Geh' ich, geh' ich nicht – Der Krieg, die Menschenrechte und die Grünen, in: Freitag vom 14. Mai 1999, S. 8).

10 Die Aporien eines Reformgradualismus bleiben theoretisch ohne überzeugende Bearbeitung: »Die (unerwünschten – d. Verf.) ökonomischen Folgewirkungen von Verstaatlichungen lukrativer Schlüsselindustrien könnten nur bei gleichzeitiger Verhinderung von Kapitalflucht, Inflation, Massenentlassungen und Investitionsstopp in den vorher mit Durchschnittsprofit arbeitenden Branchen konterkariert werden. Dies aber bedeutet eine Außerkraftsetzung des Profitprinzips für ein Vielfaches der unmittelbar von der eigentlich beabsichtigten Verstaatlichung betroffenen Einzelkapitale. ... Der Gradualismus verunmöglicht sich also selbst: Auf Grund der mit Sicherheit einzukalkulierenden ökonomischen Reaktionen des Kapitals auf die ersten Schritte müssen die zweiten, dritten etc. Schritte gleichzeitig mit oder nach dem ersten Schritt erfolgen, soll der erste Schritt nicht wirkungslos bleiben. Analoges gilt für die politische Ebene« (Heimann/Zeuner 1974: 142).

Wer die gegenwärtige Machbarkeit seiner Ziele zu deren Kriterium erhebt, dem macht seine Ohnmacht nichts aus. Daß er die von ihm für notwendig befundenen Ziele nicht durchsetzen kann, leitet via ›Machbarkeit‹ zur Vorstellung über, auch ohne diese Ziele allerhand Gutes bewirken zu können. Die Aufmerksamkeit verlagert sich dann von den wirklichen Hindernissen des eigenen Vorhabens zu taktischen und kommunikativen Ungeschicklichkeiten bei seiner Verfolgung, als könne eine gewitzte Politikberatung auch die gesellschaftlichen Strukturgrenzen aushebeln. Vor diesem Hintergrund wirkt nicht nur das ›Alles oder nichts‹ bzw. ›Sofort oder gar nicht‹ unrealistisch, sondern nicht minder das gradualistische ›wenigstens ein bißchen‹ bzw. ›Schritt für Schritt‹.¹⁰

Entweder war es nicht besonders ernst mit der Einschätzung, unterhalb grundlegender Veränderungen von Gesellschaftsstrukturen sei nur Symptombearbeitung möglich. Oder aber die grundlegenden Ziele werden beibehalten für Sonntagsreden, während am Werktag die Maxime für die politische Arbeit lautet, sie solle im Vergleich zu den anderen Parteien so gleich wie möglich (wegen der ›Machbarkeit‹) und so verschieden wie nötig (wegen der ›Profilierung‹) ausfallen. Gegenwärtig benötigen die Grünen immer weniger jene Mitglieder, die die Parteipolitik auf ihrem Weg in die ›Mitte‹ der Gesellschaft noch als ›links‹ ›verkaufen‹ wollen.

Literatur:

- Bourdieu, Pierre (1991): Die Politische Repräsentation, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 4.
- Creydt, Meinhard (1999): Das Fernste nah, das Nächste fern? Die gesellschaftliche Raumordnung als Brennpunkt gegenwärtiger Debatten, in: Kommune, Heft 1 (auch in: Weg und Ziel (Wien), Heft 5/98; eine andere Fassung in: Die Aktion, Heft 2/98).
- Gerhardt, Volker (1990): Politisches Handeln, in: Derselbe (Hg): Der Begriff der Politik, Stuttgart.
- Heimann, Siegfried/Zeuner, Bodo (1974): Eine neue Integrationsideologie, in: Prokla, Heft 14/15.
- Hilgers: Micha (1997): Ozonloch und Saumagen. Motivationsfragen der Umweltpolitik, Stuttgart.
- Hirsch, Joachim (1989): Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg.
- Jäger, Michael (1984): Die Grünen im Parlament und das Problem der falschen Fronten, in: Kommune, Heft 12/84.
- Jäger, Michael (1999): Die Grünen in der Koalition, in: Andere Zeiten, Heft 1/99.
- Klein, Angela (1999): Auf dem Weg zur Regierungsfähigkeit – Die PDS nach den Bundestagswahlen, in: Sozialistische Zeitung, Nr. 6/7 1999.
- Luxemburg, Rosa (1974a): Gesammelte Werke, Bd. 1, 2. Halbband, Berlin (DDR).
- Luxemburg, Rosa (1974b): Gefährliche Neuerungen (1911), in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (1843), Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, S. 347ff.
- Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig.
- Narr, Wolf-Dieter (1995): Politik ohne Eigenschaften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4.
- Narr, Wolf-Dieter/Klaus Vack (1980): Form und Inhalt der Politik, in: Links, Nr. 122.
- Negt, Oskar (1995): Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen.
- Richter, Horst-Eberhard (1995): Bedenken gegen Anpassung, Reibek bei Hamburg.
- Roth, Roland (1995): Greenpeace – eine neue Form menschenrechtlich-demokratisch angemessenen globalen Populismus?, in: Jahrbuch des Komitees für Grundrechte und Demokratie 1995/96, o.O.
- Schimank, Uwe (1983): Neoromantischer Protest im Spätkapitalismus, Bielefeld.
- Schubert, Hans-Jürgen (1996): Angestrebte Absichten. Rot-grüne Koalition in Schleswig-Holstein, in: Andere Zeiten, Heft 3/96.
- Tiefenbach, Paul/Wawrzinek, Andreas (1994): Auf dem Weg zur ökologischen Honoratiorenpartei? Raschkes Konzept für die Grünen, in: links, Heft 5/6-1995 und Andere Zeiten 1995.
- Zeuner, Bodo (1985): Parlamentarisierung der Grünen, in: Prokla, Heft 61.
- Zeuner, Bodo/Wischeremann, Jörg (1995): Rot-Grün in den Kommunen, Opladen.
- Zeuner, Bodo/Wischeremann, Jörg (1995a): ›Zum Verhältnis von SPD und Grünen auf kommunaler Ebene‹. Kurzfassung der Ergebnisse unseres Forschungsprojekts, in: Andere Zeiten, Heft 1/95.

BAMBA KA

Afrika – zwischen westlichen Demokratiemodellen und demokratischer Selbstbestimmung

Der Berliner Kongreß von 1884, der den Wettstreit der Europäer um die koloniale Aufteilung Afrikas in Einflussonen beendete, mündete in eine Balkanisierung des schwarzen Kontinents. Heute zwingt die Entstehung großer Staaten- und Wirtschaftsblöcke auf globaler Ebene nun gleichfalls das »balkanisierte« Afrika zu regionaler Integration. Eine Folge dieses Prozesses ist die Krise des afrikanischen Staates, wie er sich mit der Erringung der nationalstaatlichen Souveränität um 1960 als Sieg des regionalen Separatismus über den Panafricanismus herausgebildet hat.

Der afrikanische Kontinent war in jüngster Vergangenheit immer von äußeren Entwicklungen abhängig. Dies manifestierte sich während des Kalten Krieges nicht zuletzt in zahlreichen politischen Unruhen und Umsturzversuchen, die sich entweder des Schutzes und der Unterstützung durch die UdSSR oder durch die USA sicher sein konnten. Einige dieser politischen Abenteuer hatten zwar marxistische oder sozialistische revolutionäre Ziele, endeten jedoch oft in Diktaturen oder in Einheitsparteiensystemen, die unvermeidlich radikale Oppositionsbewegungen und damit enorme Instabilitäten hervorbrachten. Auch die gegenwärtige Situation Afrikas ist wesentlich durch die in der Kolonialzeit entstandenen Strukturen und Grenzen geprägt, denn für die Mehrzahl der Länder blieb die Abhängigkeit von der alten Kolonialmacht von zentraler Bedeutung.

Lange Zeit war die Antwort der »Schlechtregierten« ihr Rückzug in informelle Strukturen, die besonders dort stark ausgeprägt sind, wo sich Elend und Reichtum direkt begegnen. Mit der Krise des Staates hat nun Gewalt, die unmittelbar die Macht des Staates herausfordert, an Boden gewonnen.

Als Bauer auf dem Schachfeld der Weltwirtschaft steht Afrika nach wie vor unter westlicher Kontrolle. Die Struktur Anpassungsprogramme, die den Ländern des Kontinents seit über 15 Jahren aufgeherrscht werden, liegen ausschließlich im Interesse der G7-Staaten. Je tiefer die weltweite Kluft zwischen reich und arm wird, um so stärker breitet sich die Armut in der Bevölkerung insgesamt – aber insbesondere im subsaharischen Afrika – aus. Trotz dieser bitteren Realitäten hält sich noch immer hartnäckig die Illusion, daß Trumans Hilfsprogramm vom Januar 1949 eine Ära von »Entwicklung« eingeleitet hätte. In Wirklichkeit hatte der Imperialismus jedoch nur eine neue Ideologie zur Legitimierung der Ausdehnung des Kapitalismus gefunden – jenes Kapitalismus, von dem große Denker erwarteten, daß er verschwinden werde. Der Kapitalismus

Bamba Ka – Jg. 1974, Student der Wirtschaftswissenschaften in Dakar/ Senegal. Die hier veröffentlichte Arbeit hat der Autor zum Wettbewerb um den Internationalen Lelio-Basso-Preis 1998 eingereicht. »UTOPIE kreativ« publizierte bisher Arbeiten aus diesem Wettbewerb von Benedetta Calandra zu »Gemeinwirtschaftlichen Organisationen in Chile« (Heft 102), von Bertell Ollman zur Frage »Dialektik – warum gerade jetzt?« (Heft 103/104) und von Lev Kreft zu »Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien« (Heft 106).

»Die politische Wirklichkeit Afrikas wird von vier Faktoren bestimmt ...

1. vom kolonialen Erbe;
2. von der Überlebenskraft, mit der vorkoloniale politische und soziale Systeme sich über die Kolonialzeit hinweg gerettet haben;
3. von dem Bildungsgut oder Bildungsballast Europas/Nordamerikas, den die heutige afrikanische »Elite« ... während ihrer Schulzeit aufnahm; schließlich
4. von der technisch bereits vollzogenen Einheit des Planeten ... während das kollektive Spontanverhalten aller Völker (keineswegs nur der Afrikaner) noch aus den Prägungen der älteren Steinzeit stammt.«

Franz Ansprenger:
Afrikanische Politik vor neuen Orientierungen?, in: der überblick, 1/90, S. 5.

»Afrikas Kolonialzeit war kurz, aber intensiv. Die effektive Herrschaft der Weißen über die Mehrheit der afrikanischen Völker hatte ungefähr so lange Bestand wie in Deutschland das Bismarckreich. Beide Schöpfungen fügten sich ein in eine historische Strömung, kleine politische Einheiten zu größeren zusammenzuschließen. Integration nennt man das heute, Imperialismus nannte man es um 1900, und von beiden Formeln erhofften sich die Verkünder alle möglichen wirtschaftlichen und sozialen Wohltaten.«
Franz Ansprenger: a.a.O.

sah sich im Süden bedroht durch die Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und einem erstarkten Selbstbewußtsein der »Dritten Welt« (tiers mondisme), vor dem er als eine Bestie erscheint, die vernichtet werden muß, damit nicht alles den universellen Gesetzen des Marktes unterworfen werde.

Wird die Zukunft des afrikanischen Kontinents nun durch die Ergebnisse der Strukturanpassungsprogramme bestimmt werden? Oder eher durch die Zurückdrängung der alten Einflußfaktoren und das Heraufkommen von Eliten, die kompetent und fähig sind, ein westliches Wachstumsmodell in Gang zu setzen, das die Ungerechtigkeiten des Systems hinter einem Schleier von »Entwicklung« zu verbergen vermag? Wird die quasi offiziell verlautbarte Idee »Afrika ist auf dem Marsch« die lang erwartete gute Nachricht sein – oder war das wieder nur einer dieser lyrischen Momente, der am Ende jenes Banketts im Mai 1997 Camdessus, den Direktor des Internationalen Währungsfonds, überwältigte, als er über die Perspektiven der Weltwirtschaft sprach?

Die äußere Welt macht aus der Entwicklung Afrikas ein »inneres« Problem, das im Zuge der Globalisierung gelöst werden wird. Am Ende des Zweiten Weltkrieges führte der Zusammenbruch der multinationalen Kolonialimperien zur Entstehung einer großen Zahl neuer Staaten und die wachsende Aufmerksamkeit für die Probleme nationaler Minderheiten verhinderte die angemessene Beachtung von Entwicklungsproblemen internationaler Minderheiten. Einige Führer nutzten diese ethnischen und kulturellen Unterschiede aus. Seit dieser Zeit wird der schwarze Kontinent von einer Krise der politischen Staatsgebilde erschüttert. Verschärft wird die Situation durch die Aufwertung von kulturellen und ethnischen Faktoren und durch das, was oft als eine Revanche der religiös, stammesmäßig oder auf Familienbasis strukturierten Kleingruppen wahrgenommen wird. Besonders deutlich ist das in der Region der großen Seen zu erkennen.

In Afrika lasten schwere Bedrohungen auf der Idee der Zivilgesellschaft: die Zurückdrängung des staatlichen Gemeinwesens, die Dominanz des »Multikulturalismus«, das Wiedererstarben des Identitätsdiskurses, die Zuspitzung ethnischer Konflikte in Rwanda, in der Demokratischen Republik Kongo (ehemals Zaire), in Angola usw. All dies signalisiert die Zerrüttung jener Idee des Gesellschaftsvertrages, der nach Rousseau die Grundlage bildet für ein gemeinschaftliches Handeln der Menschen auf einem von ihnen selbst gewählten Weg. Politik bedeutet unter diesen Bedingungen immer weniger die Schaffung und Koordination eines gemeinschaftlichen Willens, sondern mehr und mehr die Herausbildung von Freiräumen für partikulare Identitäten.

In verschiedenen Ländern wurde das Einparteiensystem ersetzt durch die Konkurrenz verschiedener kleiner – undemokratischer – Parteien. An deren Spitze stehen zuweilen höchst antidemokratische Figuren, die schnell damit bei der Hand sind, ihre Länder zu Demokratien westlichen Typs zu erklären. Dabei wird aber geflissentlich übersehen oder verschleiert, daß sie zwar äußerlich die Demokratien kopieren, allerdings ohne jegliches wirklich demokratische Fundament.

Darin liegt das eigentliche Problem – taugt die im Westen entstandene Form von Demokratie überhaupt für afrikanische Gesellschaften? Diese Frage ist von derart großer Bedeutung, daß eine Antwort darauf sich sehr wohl der eventuell tragischen Konsequenzen vergewissern muß, in die andere Modelle führen könnten.

So steht die westliche Demokratie zum Beispiel gegen die Idee einer Politik des Ghettos – das Ghetto definiert als ein Raum der Homogenität, gegründet auf monolithische, nicht durch Vertrag gestaltete und exklusive Bindungen. In zahlreichen afrikanischen Ländern aber ist genau diese Politik des Ghettos die alles bestimmende. Sie ist zugleich Symptom einer Niederlage des Staates wie auch des Heraufschneitens neuer Konflikte.

Die Unruhe wächst angesichts des mafiotischen Charakters vieler afrikanischer Regierungen, die sorglos Millionen verschwenden, während ein Großteil der Bevölkerung verhungert. Die Schwere des Problems offenbart sich zum Beispiel darin, daß in Afrika der Maßstab für die Verteilung von Finanzhilfen oftmals einzig die Besonderheit der Region (ob sie der Wahlkreis des führenden Politikers ist oder nicht) oder die Bevorzugung eines Stammes ist. Anstatt ausgleichend und beruhigend zu wirken, versuchen die Intellektuellen der jeweiligen Seite alles, um die Lage so dramatisch wie möglich darzustellen, so daß die Spitze der Staatspyramide keinerlei Handlungsalternative hat.

Ethnische und Stammesbindungen haben auf diese Art und Weise eine neue Qualität in der Politik erlangt. Verallgemeinernd läßt sich feststellen, daß die Stärkung ethnischer und religiöser Elemente die Menschen zunehmend gegenüber ideologischen oder programmatischen Anrufungen immunisiert. Da es den Afrikanern unmöglich ist, den Begriff ›Volk‹ so zu definieren, wie dies im Konzept des Gesellschaftsvertrages beschlossen liegt – nämlich als Staatsvolk –, greifen in einer Welt, die an die Stelle des Nebeneinanders der Völker die Mobilität, die gegenseitige Durchdringung und die gegenseitige Abhängigkeit setzt, politische Bindungen nicht mehr. Dies ist um so verhängnisvoller, als viele Befreiungsbewegungen darauf verzichtet haben, sich einer ursprünglichen, demokratischen Legitimation zu versichern – und folglich fällt es ihnen um so leichter, sich aller politischen Skrupel zu entledigen und mehr oder weniger heimlich ethnische Säuberungen vorzubereiten. Die Hutu und Tutsi sind ein prominentes Opfer dieser Praktiken. Jeder schwache Staat konsolidiert sich über ethnische Werte, die er am Ende doch negiert. All dies sind Zeichen einer Niederlage des jakobinischen Staatsmodells, das von den Kolonialmächten brutal und naiv im Zuge der Dekolonisierung eingeführt wurde, ohne daß seine ›universellen‹ Werte jemals verinnerlicht wurden.

Genau aus diesem Grunde verdient das Beispiel von Somaliland, einer ehemaligen britischen Kolonie, die sich 1991 von Somalia abspaltete, Beachtung. Arm und isoliert, wurde in diesem Land der Versuch unternommen, Demokratie und Traditionen friedlich zu vereinigen – mit einem Erfolg, den man in anderen afrikanischen Ländern nirgends antreffen kann.

Es gelang, traditionelle Mechanismen der Regulation von Konflikten wiederzubeleben. Mächtige regionale Versammlungen bestanden

»Der Idealtyp des diplomierten Afrikaners war ... der subalterne Bürokrat. Aus diesem Holz mußte Afrika seine postkolonialen Politiker schnitzen.«
Franz Ansprenger:
a.a.O., S. 6

»Je breiter sich die Kluft zwischen Regierung, Bürokratie, Staatspartei ... einerseits, dem Volk in Stadt und vor allem Land andererseits öffnete, je eindeutiger die modernen Systeme versagten, desto fester mußten die Menschen sich wieder an die mürben Seile der alten sozialen Netze klammern.«
Franz Ansprenger: a.a.O.

»In den 80er Jahren ist Afrika südlich der Sahara wirtschaftlich und sozial kontinuierlich abgerutscht. Heute hungern mehr Menschen in Afrika als zur Zeit der Unabhängigkeit, die Lebenserwartung geht in manchen Regionen zurück, für Gesundheit und Erziehung geben die überschuldeten Staaten heute weniger aus als um 1960.«

Rainer Tetzlaff: Daten des Elends in Afrika, in: der überblick, 1/90, S. 8.

»Nach ... Erkenntnissen der Weltbank ist die »afrikanische Krise« durch folgende Faktoren gekennzeichnet: Geringes landwirtschaftliches Wachstum, rückläufige Industrieproduktion, schwache Exportleistungen, steigende Verbindlichkeiten, Verfall der Institutionen (Schulen, Bibliotheken, Krankenhäuser, Eisenbahnen, Straßen) und Versagen des staatlichen Wirtschaftssektors. Hinzu kommen als krisenverschärfende Faktoren erstens ein zu rasches Bevölkerungswachstum und zweitens die Fehlleistungen der afrikanischen Politiker.«
Rainer Tetzlaff: a.a.O.

auf der Zahlung des Blutpreises, einer Institution, die allein in der Lage ist, einen Stammeskrieg zu entschärfen, weil damit materielle Kompensation und eine symbolische Wiederherstellung der Ehre gleichzeitig eingefordert werden. Ein solches Vorgehen mag archaisch erscheinen. Dahinter verbarg sich aber die Anerkennung der sozialen und kulturellen Realität des Landes – und genau die fehlte bei jenen »Friedenskonferenzen« westlicher Machart, die von der UNO 1993/94 in Addis Abeba veranstaltet wurden und die nie ein Ergebnis hervorbrachten.

Die Idee der Staats»Macht« war dieser alten Kultur völlig fremd. An seiner Statt hatte man die »shirs«, von denen es zwei Arten gibt: Die großen »shirs« werden von den Bewohnern Somalilands »nationale Konferenzen« genannt, die kleinen sind lokale »shirs« – und genau die haben bei der Bewältigung der Stammeskongflikte eine wesentliche Rolle gespielt. Am Vorabend der dritten nationalen Konferenz (1997) wurde die Rolle des Staates dann von niemand mehr in Abrede gestellt: Es gab zwei Delegiertenversammlungen – die eine aus »einfachen« Delegierten bestehend, die andere aus Personen, die durch Stammesräte bestimmt wurden. Diese »zweite Kammer« kann im Gegensatz zur ersten nicht durch den Präsidenten aufgelöst werden, und keiner der ihr angehörenden Stammes- oder Clanrepräsentanten kann im Falle von Tod, Krankheit oder Abberufung anders ersetzt werden als durch einen neuen Repräsentanten exakt des gleichen Stammes oder Clans. Das alles ist in der Verfassung geregelt, die im Februar 1997 durch die beiden Kammern beschlossen wurde. Die Bewohner von Somaliland mögen archaisch erscheinen – aber sie sind auch extrem demokratisch. Diese Erfahrung sollte die afrikanischen Führer ermutigen, ihr Streben auf die Errichtung von Staatsgebilden zu richten, die den afrikanischen Gewohnheiten angemessen sind.

Die geduldige Arbeit an einem hybriden Staatswesen aus westlichen und urafrikanischen Elementen hat nach und nach zu einer Vertiefung demokratischer Verhaltensmuster geführt. Nicht, weil man – wie das sonst so oft in Afrika der Fall ist – irgend jemand im Ausland gefallen wollte, sondern weil es eine von innen gewachsene Notwendigkeit war. Man hatte die Wahl zwischen einer wirklichen Demokratisierung und Bürgerkrieg.

Somaliland ist arm und isoliert. Aber in einem Moment, in dem Afrika sich auf der Suche befindet nach einem Weg zwischen den stürzenden alten Tyrannen und den stolpernden jungen Demokratien, ist es ein einzigartiges Beispiel der möglichen Vertiefung von Demokratie durch die Bewahrung jahrhundertealter Traditionen – wobei versucht wird, die damit verbundenen Gefahren abzuschwächen und die positiven Momente zu verstärken.

In vielen afrikanischen Ländern nehmen die Führer allein deshalb für sich in Anspruch, »wahre Demokraten« zu sein, weil sie Wahlen organisiert haben, die übrigens immer zu ihren Gunsten ausgehen. Das Prinzip hat der ehemalige kongolesische Präsident Pascal Lissouba einmal ganz unumwunden so beschrieben: »Man organisiert Wahlen nicht, um sie zu verlieren.« Daher ist das Abhalten von Wahlen als alleiniger Beweis für Demokratie nichts als eine äußerst fragwürdige Reduzierung des Demokratiebegriffs.

Manche nutzen Wahlen dieser Art, um an die Macht zu gelangen, andere, um ihre Diktaturen zu erhalten, und so erscheinen Gesellschaften als demokratisch, die in Wahrheit von innerem Zerfall gekennzeichnet sind. Und dann ist die Welt überrascht, wenn die aufgestauten Widersprüche plötzlich explodieren. Dabei ist es doch offensichtlich, daß mit dieser Art der Wahlen die Widersprüche zudeckt werden sollen, um international das Gesicht zu wahren – und um in den Genuß von internationaler Finanzhilfe zu kommen.

Das allgemeine Wahlrecht westlicher Prägung allein kann nicht konstituierendes Element von Demokratie sein, weil es für sich genommen nicht all das garantiert, was unter grundlegenden privaten wie öffentlichen Rechten und Freiheiten des Menschen verstanden wird. Für den Afrikaner ruht – wie ausführliche Studien sowohl afrikanischer als auch westlicher Wissenschaftler unterstreichen – Demokratie auf zwei Säulen: einer politischen und einer kulturell-soziologischen. Von wirklicher Demokratie kann man nur sprechen werden, wenn beide Säulen gleichberechtigt entwickelt sind.

Manche Afrikaner reden zuweilen vom ›Durst nach Demokratie‹, der sich überall breitmacht. Aber wem nützt Demokratie, die als Folge von Gewalt, Barbarei und sogar Mord entsteht? Wenn überhaupt, nützt sie jenen »visionären Glücksrittern«, die im Volk nichts anderes als eine gefügte, formbare Masse sehen. Sie reden davon, das bestehende System bekämpfen zu wollen, und wenn sie dann irgendeinen ehrbaren Posten erklommen haben und einen feinen Anzug tragen, dann erbringen sie den Beweis, daß es in Afrika keine wirklichen Oppositionellen, sondern lediglich ›Wettbewerber‹ gibt, die ausschließlich einer »Politik des Bauches«, des Eigeninteresses, erlegen sind. Der afrikanische Oppositionelle lebt – wie Max Weber formulierte – »nicht für die Politik ..., sondern von der Politik«.

Und all das passiert vor dem Hintergrund einer ohnehin dramatischen wirtschaftlichen Situation, die durch die Roßkur, die Internationaler Währungsfonds und die Weltbank den afrikanischen Staaten aufgeherrscht haben, noch weiter verschlechtert wurde. Die Konsequenzen sind bekannt: Senkung der Reallöhne, Entlassung aus dem Staatsdienst, ungezählte Frauen und Männer, die sich von einem Tag zum anderen in Arbeitslosigkeit befinden. Das hinterläßt tiefe Spuren im Bewußtsein der Menschen.

Oft sollen dann Abfindungen, die den neuen Arbeitslosen ausgezahlt werden, damit sie – im Gegensatz zu den Langzeitarbeitslosen – einen Anreiz haben, kleine oder mittlere Unternehmen zu gründen, die anfänglich durch den Staat gestützt werden, damit sie nicht gleich wieder zusammenbrechen. Das macht sich gut und soll befördern, daß jeder sich mit der Gesellschaft identifiziert und verinnerlicht, daß seine Zukunft vom eigenen Engagement ebenso abhängt wie von dem der anderen. Das alles erinnert an J. F. Kennedys Ausspruch: »Frag nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern was du für den Staat tun kannst.« Wohin aber führt das in der Realität? Zu einer kurzfristigen Vergeudung von Geldern und zu einer Verlängerung der Leiden der Opfer jener Roßkur. Denen bleibt schließlich nichts anderes übrig, als auf die Straße zu gehen und lautstark auf ihre Misere aufmerksam zu machen.

»Die aktuelle Krise Afrikas, von der ... nunmehr ... überall die Rede ist – auf dem Podium der UNO-Generalversammlung und im Elfenbeinturm der Uni-Seminare –, tritt nur äußerlich als Wirtschaftskrise in Erscheinung. Sie ist primär eine politische Krise.«

Franz Ansprenger:
a.a.O., S. 6.

»... die Bildungselite Afrikas (hat) bis heute aus Europa zwar ein Sammelurium von Ableitungen aus der politischen Praxis nach Hause transportiert, aber wenig kohärentes, theoretisch durchdachtes Erfahrungswissen über Politik.«

Franz Ansprenger:
a.a.O., S. 7.

»Die magische Formel ›Strukturanpassung‹, die IWF und Weltbank anbieten, ist ein magerer Ersatz (für die ›sozialistische Orientierung‹ – d. Red.). Sie scheint kaum mehr bedeuten zu sollen als stumme Unterwerfung unter die Launen ... eines zwischen den Großkonzernen ausbalancierten Marktes.«

Franz Ansprenger: a. a. O.

»... die vorgeschlagene Weltbank-Therapie zur Lösung der ›afrikanischen Krise‹ ist mangels Praktikabilität enttäuschend. Alle Vorschläge und Empfehlungen kreisen um die Kernidee, wie auch das Schlußlicht der Weltwirtschaft reibungsloser und kostengünstiger als bislang der Logik des kapitalistischen Marktsystems unterworfen werden könnte – trotz aller negativen Erfahrungen mit diesem Integrationskonzept.«
Rainer Tetzlaff:
a. a. O., S. 12.

»Eine schwerwiegende Folge der fehlgeleiteten Modernisierungsstrategie wurde in der *Überschuldung Afrikas* sichtbar. Seit 1970 ist die langfristige Schuld in Afrika südlich der Sahara auf das 19fache gestiegen und ist nunmehr ebenso hoch wie das Bruttosozialprodukt.«
Rainer Tetzlaff: a. a. O., S. 9.

»Wir Europäer sollten aber bei der Debatte über Afrika und mit Afrikanern nicht das eigene Steckenpferd reiten, auch nicht das Fortbestehen unseres speziellen Amtes im Gefüge der Entwicklungspolitik rechtfertigen. Wir sollten Afrikas Wirklichkeit zu erkennen und zu begreifen suchen, um sie dann mit anderen geschichtlichen oder zeitgenössischen Realitäten zu vergleichen und vielleicht – vielleicht – daraus den einen oder anderen Hinweis abzuleiten, welche andernorts erprobten Fehler Afrika vielleicht – vielleicht – vermeiden kann.«
Franz Ansprenger:
a. a. O., S. 5.

Manchmal enden diese »Hungerrevolten« blutig – weil die Regierung um jeden Preis ihren Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern nachkommen will. Dann wird das antihumane Credo der vom IWF erzwungenen Reformen – in denen Demokratie nur eine Alibifunktion ausfüllt – mehr als offenbar. Vielen afrikanischen Politikern wird allmählich klar, daß Strukturanpassungsprogramme allein dazu dienen, die Auslandsschulden zu begleichen. Und dann ist es nur folgerichtig, daß die Ausgabenkürzungen bei Bildung und Gesundheit die Länder in chronischer Unterentwicklung halten.

Das alles beweist, daß Experten wie Samir Amin vom »Dritte-Welt-Forum« in Dakar mit ihrer Analyse der Situation recht haben, wenn sie eine enge Beziehung zwischen der ökonomisch-sozialen Krise und den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank und der daraus resultierenden Finanzkrise in einigen asiatischen Ländern ausmachen. Die Ungerechtigkeiten werden so groß, daß etliche Staaten nun dahin tendieren, sich von neuem als »Nichtpaktgebundene« zu formieren. Das könnte ein Block von asiatischen und der afrikanischen Staaten sein, der sich der Globalisierung widersetzt, denn die Strukturanpassungsprogramme sind nichts anderes als US-amerikanische Instrumente einer Politik, die versucht, die ganze Welt zu kontrollieren.

So bleibt also – nach der Entwicklung eines tatsächlich demokratischen Systems – für die heute jungen Afrikaner, denen die Entwicklung ihres Kontinents am Herzen liegt, nur, darüber nachzudenken, wie sie ein Gleichgewicht in der Konkurrenz zu den asiatischen Ländern herstellen können. Das wäre ein sehr ehrenwertes Unterfangen, wenn wir nicht riskieren wollen, daß der Zug des dritten Jahrtausends mit Höchstgeschwindigkeit an Afrika vorbeirast.

Eine weitere ehrenvolle Aufgabe besteht darin, einen Weg zu finden, mit dem man sich der Globalisierung wirkungsvoll entgegenzustellen vermag. Denn die herrschende Statistik ist auf Wachstumsraten fixiert, die oft als einziger Entwicklungsmaßstab genommen werden. Dabei wird allerdings übersehen, daß allerlei statistische Tricks es ermöglichen zu verschleiern, daß die Völker Afrikas Opfer der wachsenden Ungleichheit sind. Als wenn es noch eines Beweises bedurfte, hat der Internationale Währungsfonds jüngst aus seiner »Politik der zwei Geschwindigkeiten« kein Hehl gemacht: eine Geschwindigkeit gilt für die asiatischen Staaten wie Thailand, Südkorea oder kürzlich auch Indonesien und Japan, denen man nahezu unbegrenzte Hilfen zur Verfügung stellte, und die andere für Afrika, das in der gleichen Zeit fast leer ausging.

Der afrikanische Kontinent muß sich neuen Herausforderungen stellen. Er muß seine menschlichen und soziokulturellen Ressourcen mobilisieren; er muß sich angesichts der drohenden Zerstörungen seines ethnischen und kulturellen Erbes öffnen, ohne dieses Erbe preiszugeben; er muß sich auseinandersetzen mit den Modellen der westlichen Demokratisierung und in diese Auseinandersetzung zugleich seine eigenen Demokratieformen einbringen; er muß Wege öffnen, die zur Überwindung der einst durch die Kolonialstaaten höchst künstlich gezogenen Grenzen führen.

Aus dem Französischen von Wolfram Adolph

RICHARD SAAGE

Ikarischer Kommunismus. Zu Etienne Cabets utopischem Roman »Reise nach Ikarien«¹

I.

1839 zunächst anonym erschienen, wurde die erste Auflage von Cabets utopischem Roman im Januar 1840 unter dem Titel *Voyage et aventures de Lord William Carisdall en Icarie, traduit de l'Anglais de Francis Adams par Théodore Dufruit* veröffentlicht. Wer die Rezeptionsgeschichte dieses Werks kennt, weiß, daß es von Anfang an im Kreuzfeuer der Kritik stand. Im rechten Lager hatte in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts in Frankreich der Begriff »Kommunismus« zum ersten Mal den Charakter eines Schimpfwortes angenommen: Cabets detaillierte Skizzierung eines »demokratischen Kommunismus« mußte in diesem Spektrum der politischen Strömungen Frankreichs wie eine Provokation wirken, die trotz ihres pazifistischen Charakters die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selber in Frage stellte. Aber auch die gewaltbereite, auf einen sofortigen Umsturz drängende Linke um Pilot und Dézamy, die sich in konspirativen Zirkeln organisiert hatte, lehnte das für legalistische Methoden der Veränderung werbende Programm dieses Romans entschieden ab. Marx und Engels hatten für Cabets utopischen Entwurf nur Hohn und Spott übrig.²

Die Kritik an Cabets Reise nach Ikarien überwiegt aber auch in neueren Untersuchungen dieses Romans: Die Vorwürfe reichen von mangelnder Originalität, zahlreichen Wiederholungen und stilistischen Mängeln³ bis hin zur Antizipation totalitärer Systeme mit entsprechender Herrschaftsarchitektur⁴, minutiösen Überwachungsmechanismen⁵ und der Schaffung eines »neuen« Menschen, die quer steht zu anthropologischen Grundbefindlichkeiten.⁶ Nun kontrastieren freilich solche Kritiken mit dem sensationellen Erfolg dieses Romans. Bis 1848 erlebte er fünf Auflagen. Ins Englische, Spanische und Deutsche übersetzt, wurde er in Frankreich zu einem Bestseller. »Man sagt, daß es keinen französischen Arbeiter gab, der nicht wenigstens von diesem Werk gehört hat.«⁷ Cabets Reise nach Ikarien, so Michael Winter, avancierte sogar »zum Erlösungsprogramm für alle Leidenden, Cabet zu ihrem Heiland. Es gab Wallfahrten zu ihm wie zu einem Messias. Von seinen Lesern und Leserinnen wurde er mit rührenden Dankesbriefen überhäuft«⁸.

Wer war dieser Mann⁹, die wie kein anderer sozialkritischer Schriftsteller der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einer Zeit zunehmender sozialer Krisen und Konflikte das Bedürfnis insbesondere kleinbürgerlicher und proletarischer Schichten nach einer

Richard Saage – Jg.1941, Politikwissenschaftler, Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

1 Im folgenden wird nach dieser Edition zitiert: Etienne Cabet: Reise nach Ikarien. Materialien zum Verständnis von Cabet zusammengestellt von Alexander Brandenburg und Ahlrich Meyer. Aus dem Französischen übersetzt von Dr. Wendel-Hipper (1847), Berlin 1979. Die Orthographie wurde heutigen Standards angepaßt. Durch runde Klammern gekennzeichnet, finden sich die Belegstellen im Text. Die Cabet-Zitate wurden mit den einschlägigen Passagen aus folgender französischer Edition verglichen: Etienne Cabet: *Voyage en Icarie. Présentation d'Henri Desroche*, Paris, Genève 1979.

2 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd.3, S. 508.

3 Vgl. Marie Louise Berneri: Reise durch Utopia, Berlin 1982, S. 201 u. 203.

4 A.a.O., S. 213.

5 Vgl. Michael Winter: Luxus und Pferdestärken. Die Utopie der industriellen Revolution. Etienne Cabets Icarien, in: Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Klaus L. Berghahn und Hans Ulrich Seeber, 2. Auflage, Königstein/Ts. 1986, S. 130f.

6 Vgl. Helmut Jenkis: Sozialutopien – barbarische Glücksverheißungen. Zur Geistesgeschichte der Idee von der vollkommenen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 384ff.

7 Egon Schwarz: Aus Wirklichkeit gerechte Träume: Utopische Kommunen in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Dritter Band, hrsg. v. Wilhelm Voßkamp, Frankfurt am Main 1985, S.416.

8 Winter, Luxus (Anm.5), S. 129.

9 Zu Leben und Werk Cabets vgl. u.a. Pierre Angrad: Etienne Cabet et la République de 1848, Paris 1848; Heinrich Lux: Etienne Cabet und der Ikarische Kommunismus, Stuttgart 1894; Jules Prodrommeaux: Icarie et son fondateur Etienne Cabet, Paris 1907; Sylvester Anthony Petrowski: Etienne Cabet and the Voyage en Icarie, Washington, D.C. 1938;

Vision der besseren Alternative zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu befriedigen verstand? Am 1. Januar 1788 in Dijon als Sohn des Böttchers Claude Cabet geboren, absolvierte er nach einem glänzenden Schulabschluß ein Jura-Studium und wurde als Doktor der Rechte ein sehr erfolgreicher Anwalt in seiner Geburtsstadt. Anfang der 20er Jahre schloß er sich der gegen die Restauration und die Bourbonen gerichteten Carbonari-Bewegung an, um sich ab 1829 ganz der Politik zu widmen. Zusammen mit Lafayette, d'Argenson u.a. hatte er bedeutenden Anteil an der Juli-Revolution von 1830. Zunächst Anhänger einer republikanischen Monarchie, wurde er gleichwohl von der Politik des »Bürgerkönigs« Louis Philippe enttäuscht und von diesem als unbequemer Mahner in äußerlich höchst ehrenvoller Weise auf den Posten eines Generalstaatsanwalts nach Korsika abgeschoben. Doch Cabet kehrte nach Paris zurück und ließ sich im Juli 1831 zum Abgeordneten der Côte d'Or in die Nationalversammlung wählen. Zugleich gab er die Zeitung Le Populaire heraus. 1834 wegen zwei von ihm in diesem Blatt veröffentlichter Artikel, in denen er den König scharf kritisierte, angeklagt, wurde er zu zwei Jahren Gefängnis oder fünf Jahren Exil verurteilt. Cabet wählte die letztere Alternative und nahm Zuflucht in England.

Unter dem Einfluß der Lektüre von Morus' Utopia und der Schriften Buonarottis, aber auch inspiriert durch Diskussionen mit Robert Owen und dem neo-jakobinischen Aktivisten Berrier-Fontaine¹⁰ wandelte sich Cabet in London vom bürgerlichen Republikaner zum demokratischen Kommunisten. 1839 nach Frankreich zurückgekehrt, hoffte er, eine allmähliche Verwirklichung seiner Ideen durch demokratische Reformen erreichen zu können. Doch geriet er bald unter den Druck seiner mehrere Hunderttausend zählenden Anhängerschaft, die ihn zur praktischen Umsetzung seines ikarischen Programms drängte. Nachdem er in seiner Zeitung Le Populaire am 9. und 16. Mai 1847 zwei Aufrufe zur Auswanderung veröffentlicht hatte, um »Ikarier in Amerika zu verwirklichen« (526-532), gründete er in Nauvoo/Ill. eine kommunistische Kolonie. Der zunehmend diktatorische Führungsstil Cabets führte jedoch zu Konflikten und schließlich zu seinem Ausschluß. »Am 1. November 1856 verließ Cabet mit 150 Anhängern Nauvoo und begab sich nach St. Louis, um eine neue Kolonie zu gründen. Aber schon nach einer Woche starb er im Alter von 68 Jahren.«¹¹

Etienne Cabet schrieb seine Reise nach Ikarier im Londoner Exil. Dort beschloß er nach eigenen Aussagen, »gleich jenem italienischen Mönch Campanella« sich Forschungen zu widmen, die dem Wohl seiner Mitbürger dienen könnten: Im Rahmen dieser Studien las Cabet auch die Utopia des Thomas Morus im englischen Original. »Das Buch enthält zahlreiche Mängel und Irrtümer, zumal nach heutigem Maßstabe«, schrieb Cabet, »aber seine Hauptidee ergriff mich tief« (511). Um den Lesern möglichst konkret den Entwurf seiner kommunistischen Gesellschaft schildern zu können, integrierte er ihn in eine Rahmenhandlung, die ihm »zu einem romantischen und zum Teil schwülstigen Epos«¹² gerät: Im Jahr 1834 stößt Lord William Carisdall auf ein Buch über das unbekannt Land Ikarier. Die Lektüre begeistert ihn so, daß er seine

Verlobung aufschiebt, um unverzüglich Ikarien aus eigener Anschauung kennenzulernen. Er bricht am 22. Dezember 1835 von London auf und findet in der ikarischen Republik einen Gesprächspartner in Dinaros, einem Professor für Geschichte, der ihm die Errungenschaften des ikarischen Kommunismus zeigt und erläutert. 1837 kehrt Lord William schwer erkrankt nach London zurück. Kurz vor seinem Tod übergibt er das in der Ich-Form geschriebene Tagebuch dem Druck. Der Roman selbst enthält drei Teile. Zunächst beschreibt der Autor seine Reise, seine Ankunft und die Geschichte dieses Landes sowie dessen gesellschaftliche, wirtschaftliche, religiöse und politische Institutionen. Sodann setzt sich Cabet in neunzehn Kapiteln mit den Kritiken an seiner Konzeption auseinander, um sie ausführlich zu widerlegen. Und schließlich bietet er zum Schluß dem Leser einen »Überblick des Ganzen«. Den drei Teilen sind die beiden schon erwähnten Aufrufe zur Auswanderung nach Amerika aus dem Jahre 1848 angefügt.

Auf den ersten Blick scheint dieser Roman inhaltlich wenig über Morus' Utopia hinauszugehen. Tatsächlich hat sich Cabet von diesem Werk nicht nur bei der Konzipierung seiner idealen Gesellschaft inspirieren lassen; auch die Topoi seiner Sozialkritik sind entscheidend von ihm geprägt worden, wenn auch mit charakteristischen Unterschieden. Offenbar ging Cabet von zwei aufeinander verweisenden, zugleich aber analytisch zu trennenden Ursachenzusammenhängen aus, die er für die gesellschaftliche Krise seiner Zeit verantwortlich machte. Das erste Paradigma möchte ich ein naturrechtlich-universalistisches Muster nennen. Es wurde von Cabet auf eine prägnante Formel gebracht: In Luxus zu schwelgen, während Millionen das trockene Brot vorenthalten bleibt, ist gegen das Menschenrecht! (296). Je mehr man die Geschichte studiere, desto gesicherter werde die Überzeugung, daß die soziale Ungleichheit die Ursache ist, aus der Not und Überfluß, aber auch Habsucht und Ehrgeiz, Eifersucht sowie Haß, Zwietracht und Streit aller Art resultierten: ein Elend, unter dem nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Nationen leiden müßten. Man komme nicht umhin, seit dem Beginn der Menschengeschichte überall zwei Klassen zu unterscheiden, wiewohl sich beide oft ineinander verschöben: Die eine bestehe aus den Fleißigen, Mäßigen, die andere aus den Trägen, Unmäßigen. »Jene hat die Erfindungen gemacht, diese hat sie genossen; jene hat produziert, diese hat konsumiert. Der Müßiggänger hat den Arbeitsamen geplündert, und plündert ihn täglich, der Vergeuder quetscht den Sparsamen aus« (371). Dieser epochenübergreifende Zusammenhang sei seit langem bekannt: Philosophen und Weise, Jesus Christus, manche Kirchenväter, die frühen Christen, aber auch die Philosophie des 18. Jahrhunderts hätten ihn aufgedeckt.

Das zweite Kritikmuster ist eher epochenspezifisch zu nennen, weil es auf die Industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts verweist. Cabet sah die neue Qualität der bürgerlichen Gesellschaft darin, daß die Industrialisierung zwar die Produktivität der Arbeit wie noch nie in der Geschichte gesteigert habe. Doch dieser enorme gesellschaftliche Reichtum konzentriere sich in den Händen weniger, während die große Masse der Bevölkerung leer ausgehe

Henri Desroche: Preface zu: Cabet, Voyage (Anm.1), S. XV-LX; Christopher H. Johnson: Utopian Communism in France. Cabet and the Icaris, 1839-1851, Ithaca u.a. 1974; Thilo Ramm: Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen, Stuttgart 1955, S. 457-474; Winter, Luxus (Anm.5), S.125-145; Jenkis, Sozialutopien (Anm.6), S. 364-391; Schwarz, Aus Wirklichkeit (Anm.7), S. 416-419.

10 Vgl. Johnson, Utopian Communism (Anm.9), S. 48.

11 Jenkis, Sozialutopien (Anm.6), S. 381.

12 A.a.O., S. 366.

und im Elend versinke. Diese Diskrepanz bilde ein Konfliktmuster heraus, das sich deutlich von dem der Ständegesellschaft des Ancien Régime unterscheide. Zwar habe in der Revolution von 1830 nicht die Demokratie des Volkes gesiegt. Doch auch dem Adel sei es nicht gelungen, sich durchzusetzen. »Ein Drittes tritt triumphierend auf: das ist die Bourgeoisie, die demokratische Bourgeoisie oder richtiger, die Bourgeoisie mit demokratischem Anstrich« (420). Auch wenn die soziale Ungleichheit bestehen bleibt, bekommen für Cabet jetzt die Begriffe »reich« und »arm« einen historisch neuen Inhalt: Es sind Adjektive, die sich auf die Klasse der Bourgeoisie und die des Proletariats beziehen, »aus denen der heutige Staat ganz und gar besteht« (521).

Daß sich in diesem Konfliktfeld die Industrialisierung vollzieht, deren Mitträger und Opfer zugleich die Arbeiterschaft ist, hat Cabet nicht weniger klar gesehen als Owen, Fourier und Saint-Simon. Die Maschinen, so konstatierte er, dienten der Anhäufung ungeheurer Reichtümer in den Händen weniger Personen, während tausend andere dadurch brotlos würden. Daraufhin zertrümmerten die in Wut geratenen Arbeitslosen die »unschuldigen Instrumente«, setzten die Werkstätten in Brand und erschlugen die Besitzer. Am Ende fielen jedoch diese Maschinenstürmer ihrerseits den Säbeln und Bajonetten der Soldaten oder dem Scharfrichter zum Opfer (303). Angesichts dieses sich ständig reproduzierenden Gewaltzusammenhangs könne die Emanzipation der Arbeiterschaft nicht mehr nur in der Niederwerfung der herrschenden Klasse bestehen. Vielmehr setzte Cabet auf einen dialektischen Umschlag, der alle Klassenverhältnisse beendet. Es komme darauf an, so schrieb er, »durch eine gesellschaftliche (d.h. jede Klasse umfassende) Neugeburt« jenen absoluten Tiefpunkt der Verelendung zu überwinden, auf dem die Arbeiter nur zu lange »getriebene Maschinen in Menschengestalt« gewesen seien (349).

Doch wie soll die gesellschaftliche Alternative aussehen, in der eine solche »Neugeburt« verwirklicht ist? Welche Gesellschaftsformation ist geeignet, jene Sozietät zu ersetzen, die eher einem »Schlachtfeld« ähnelt? Der allgemeine Leidenszustand der Gesellschaft, so betonte Cabet immer wieder, könne nur in dem Maße beendet werden, wie das »Einzelinteresse mit dem Allgemeininteresse zusammenwachse, verschmelze und einen einzigen gesunden, lebendigen Körper oder Gesellschaftsorganismus bilde« (517). Der Wahlspruch, unter dem diese in sich harmonische Assoziation antritt, laute: »Alle für einen und einer für alle«. Ihr Grundwert sei die Solidarität, die in einem scharfen Gegensatz zum egoistischen Individualismus oder zur Vereinzelung und Zersplitterung stehe, wie man sie in der bürgerlichen Gesellschaft erlebe (ebd.).

Cabet ist dem Vorbild der Utopia des Thomas Morus auch in der Hinsicht verpflichtet, daß er das Ideal einer harmonischen und in sich statischen Gesellschaft durch symmetrische Anordnung der Städte und Gemeinden sowie durch die homogene Besiedlung des Landes und durch eine geographisch bewirkte Abkapselung nach außen symbolisch zu überhöhen sucht (18). So folgt der Grundriß der Hauptstadt Ikar strikt geometrischen Mustern. Sie ist nach einem »Superplan« errichtet worden, »der nicht nur ihre Fläche auf

einen fast vollkommenen Kreis festlegte, sondern auch den Lauf des Flusses zu einer praktisch geraden Linie veränderte und ihn zwischen zwei Wälle einbettete. Im Zentrum der Stadt verzweigte sich der Fluß in zwei Arme, zwischen denen eine selbstverständlich runde Insel liegt (...). Alles in Ikarien ist peinlich genau symmetrisch angeordnet. Alle Straßen sind gerade und breit. Fünfzig Hauptstraßen durchqueren die Stadt parallel zum Fluß und fünfzig im rechten Winkel dazu. Zwischen den Straßen sind Plätze und hinter allen Häusern sind Gärten, die von den Familien, denen sie gehören, kultiviert werden.«¹³ Cabet suchte der Kritik an dieser Uniformität dadurch zuvorzukommen, daß er immer wieder betonte, es gelte das Gleichförmige mit dem Individuellen zu verbinden (66). Wir werden im folgenden zu prüfen haben, ob das Homogenitätspostulat durchgehend Cabets Ikarien-Republik prägt oder ob er es punktuell durchbricht und dadurch das klassische Utopiemuster modifiziert.

13 Berneri, Reise (Anm.3), S. 204.

II.

In der utopischen Denktradition seit Morus stehend, ist für Cabet das Gemeineigentum die logische Konsequenz der ursprünglichen Gleichheit aller Menschen (375): Die demokratische Organisation der Gesellschaft schließe es notwendig mit ein (XXII), wie Jesus, die Kirchenväter, das Urchristentum und viele Philosophen erkannt hätten (XXIII). Die Gütergemeinschaft, die nicht nur das Glück der Menschen ermögliche (84), sondern auch ihre Moral veredele und festige (86), sei dem Privateigentum in zweierlei Hinsicht überlegen. Einerseits ist sie nicht mit dessen Nachteilen belastet. Indem sie die materiellen Wurzeln des Egoismus vernichtet, verschmelze sie das private mit dem allgemeinen Interesse; sie beende somit »die krankhafte, feindselige Spannung des einzelnen gegen die anderen einzelnen« (375). Andererseits bestehe ihr Vorteil darin, daß sie alle in einer »riesigen Assoziation« in »liebvoller Gesinnungseinheit« vergesellschaftet, während der Egoismus die Menschen vereinzele: Er kenne nur ein Ziel, den Nutzen des Ich (375f).

Doch welche gesellschaftliche Form hat diese Gütergemeinschaft? Diese Frage ist leicht zu beantworten. Im idealen Gemeinwesen Cabets gibt es nur einen Eigentümer: den republikanischen Staat (13, 15); ihm gehört alles auf und unter dem Grund und Boden (18). Tatsächlich haben wir es in Ikarien mit einer gigantischen Planwirtschaft zu tun: Die Republik tritt in Gestalt staatlicher Komitees als Super-Unternehmer auf, der die gesamte Sphäre der Produktion, der Distribution und der Konsumtion gesetzlich regelt. Nur die Ikarische Republik ist berechtigt, in ihren Nationalwerkstätten, Nationalfabriken und Nationalmanufakturen Arbeiter zu beschäftigen, die sie ausbildet und mit Naturalien bezahlt. Sie wählt die besten Industriestandorte aus, entwirft die geeigneten Grundrisse der Produktionsanlagen und liefert die besten Materialien zum Aufbau dieser Werkpaläste (89). Der Staat trägt Sorge dafür, daß sich jeder Produktionszweig vervollkommnet. Ferner sammelt er die industriellen und landwirtschaftlichen Produkte in seinen Magazinen und teilt sie den Speisesälen, Werkstätten, Schulen, Krankenhäusern und Familien zu (55).

Seine Gesetze regeln zentral nicht nur die Aufnahme eines neuen Gemüses in das Speisenverzeichnis. Auch die Einführung neuer Maschinen in den Nationalwerkstätten sowie die Verbesserung der Landstraßen, der Kanäle und der Flüsse fällt in seine Kompetenz (164). Gleichzeitig bestimmt er, welche landwirtschaftlichen Produkte zu erzeugen sind. Da man sie im Überfluß produziert, können alle sie zur gleichen Zeit genießen. Knappe Güter stehen den einzelnen freilich erst dann zur Verfügung, wenn sie an der Reihe sind. Da aber der Ikarier weiß, daß die demokratisch gewählte Verwaltung Teil seines eigenen Willens ist, wartet er, wie Cabet versichert, geduldig auf das Produkt, in dessen Genuß sein Nachbar bereits ist (53). Selbstverständlich sind auch die Arbeitsbedingungen vom Staat einheitlich geregelt. Für die Produzenten gilt die Maxime, daß jeder einzelne nach seinen Fähigkeiten die gleiche Stundenzahl arbeitet: Die tägliche Arbeitszeit beträgt sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie sechs bis sieben Stunden. Der Eintritt ins Arbeitsleben erfolgt bei den Männern mit dem 18., bei den Frauen mit dem 17. Lebensjahr. Demgegenüber kann die Frau mit dem 50. und der Mann mit dem 65. Lebensjahr in den Ruhestand treten (90). Die infolge des technischen Fortschritts außerordentlich erleichterte manuelle Tätigkeit setzten die Ikarier freilich in der Regel über diese Altersgrenze hinaus fort (ebd.).

Es ist klar, daß unter diesen Voraussetzungen die private Profitrealisierung als Motiv des Wirtschaftens jede Bedeutung verloren hat. Sie wird ersetzt durch das Ziel, im Rahmen der »Gesellschaftsindustrie« die Bedürfnisse der Menschen durch Kunst- und Naturprodukte zu befriedigen, und zwar so, daß jeder den gleichen Anteil an den Erzeugnissen gemäß seinem Bedarf genießt (517). Die Produktion selbst erfolgt in Nationalwerkstätten bzw. -manufakturen und -fabriken (21): Sie sind branchenspezifisch in bestimmten Stadtteilen konzentriert (31). Cabet wird nicht müde, die Disziplin und Motivation zu loben, mit der die Ikarier ihre Arbeit verrichten (122). Daß diese Arbeitsdisziplin sich – wie bei Campanella – am militärischen Vorbild orientiert, demonstriert Cabet am Beispiel des Arbeitsrhythmus in der Nationalwerkstatt der Maurer. Hervorgehoben wird die »gleichsam taktmäßige Ordnung (...), mit der diese Maurer arbeiten; sie haben sich ihre Aufseher und Kommandeure(!) selbst gewählt, und so geht alles gut und rasch. Wie eine ungeheure Maschine mit den verschiedensten Räderwerken bewegt sich diese Masse« (94). Große Bedeutung mißt Cabet – wie seine Vorgänger – der Landwirtschaft bei. Da die Ikarier sie als den wichtigsten Produktionszweig ansehen, muß jeder Bürger mit dem Agrarwesen vertraut sein; aus diesem Grund werden bereits die Kinder in die Anfangsgründe der Landwirtschaft eingeführt. Offenbar übergibt der Staat einzelnen Landwirten bestimmte Ackerflächen, um sie eigenverantwortlich zu bewirtschaften (135). Doch von einer privaten Nutzung des Bodens kann natürlich nicht die Rede sein: Jede landwirtschaftliche Einheit besitzt ein Verzeichnis der Produkte, die im laufenden Jahr vom Staat angefordert werden. Die täglich an die Stadt zu liefernden Erzeugnisse wie Gemüse, Geflügel, Obst, Milch etc. werden zu einer bestimmten Zeit von Gemeindewagen abgeholt (55).

Wie schon deutlich geworden sein dürfte, ist der Markt als Medium der Distribution abgeschafft: »Die Ikarier haben weder sogenanntes Privateigentum noch Geld, weder Kauf noch Verkauf« (89), heißt es apodiktisch. An ihre Stelle tritt eine gigantische staatliche Behörde, die einerseits für ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht sorgt und andererseits die Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten regelt. Die Republik requiriert von jeder Gemeinde die überschüssigen agrarischen und industriellen Erzeugnisse, um sie an andere Bezirke zu verteilen, die sie benötigen. Umgekehrt haben diese ihren speziellen Güterüberschuß gleichfalls an den Staat abzuliefern, damit er sie jenen Bezirken zukommen läßt, von denen sie nachgefragt werden (140). Auf diese Weise sollen sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene Angebot und Nachfrage stets ausgleichen. Die Befriedigung der Konsumwünsche der Bevölkerung erfolgt – wie in den älteren Utopien auch – über Magazine. Sie sind der strikten Kontrolle des Staates unterworfen, der z. B. die Nahrungsmittel nach den Erfordernissen der Jahreszeit, des Lebensalters, der Beschäftigung und dem Gesundheitszustand der einzelnen festlegt (52). Jede Familie kann die ihr zustehenden Güter zu einer bestimmten Zeit abholen (55).

Cabet war davon überzeugt, daß diese staatliche Planwirtschaft die materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft nicht nur befriedigen, sondern sogar eine Überschußproduktion hervorbringen würde. Einem bekannten Muster der älteren Utopietradition folgend, gründete er diesen Optimismus auf drei zusätzliche Argumente:

Erstens: Wie die ältere Utopietradition, so erwartete auch Cabet von der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ein enormes Anwachsen der Produktivität der Arbeit. Tatsächlich erfolgt die Güterherstellung in Ikarien auf höchstem technischen Niveau. Die Dampfmaschinen haben einen solchen Grad der Vollkommenheit erreicht, daß durch sie 200 Millionen Pferde und 3000 Millionen Menschen ersetzt würden (90). Demgegenüber lag die Kraftwerkskapazität der Bundesrepublik im Jahr 1981 lediglich bei »82000 MW, das sind etwa 111,5 Millionen PS«. ¹⁴ Um die Energieerzeugung noch weiter zu steigern, arbeiten die Ingenieure daran, den Dampf durch Elektrizität zu ersetzen (429). Nicht nur die Nationalbäckereien (47) und die Textil- und Bekleidungsindustrie (47), sondern auch das Baugewerbe sind voll mechanisiert (94): Physische Schwerarbeit ist kaum noch gefragt. Kein Ikarier müsse mehr seine Hände gebrauchen, um gefährliche oder ekeleregende Stoffe anzufassen (90 f.). Die Ikarische Republik verfügt über ein dichtes Eisenbahnnetz und über Dampfschiffe (14), Flugmaschinen und Unterseeboote (67). Aufgrund der Rationalisierung der Agrartechnik leiste ein einziger denkender Landwirt genausoviel wie früher 10 oder 15 Männer, und seine Arbeit sei besser verrichtet als jemals zuvor (37).

Zweitens: Auch in Ikarien kommt es zu einer vollständigen Mobilisierung aller Arbeitsressourcen. Wie bereits in der älteren Utopietradition zu beobachten ist, kennen die Ikarier aufgrund ihrer Erziehung und des Wegfalls physischer Arbeitsfron keine Müßiggänger (92). Die Arbeit hat ihren grundsätzlich privaten Charakter verloren: Sie ist zu einer Art Staatsamt geworden, so daß dessen

14 Winter, Luxus (Anm. 5), S. 143.

Ausübung dem einzelnen »das unauslöschliche Bewußtsein der Würde« (96) vermittelt. Nicht das Gewinnstreben und die Konkurrenz, sondern die öffentliche Anerkennung der Arbeit steigert die Leistungsmotivation der einzelnen. »Der Arzt sieht sich geehrt, geachtet; weshalb sollte er sich ärgern, wenn der Schuhmacher es desgleichen ist?« (92). Diese grundsätzliche Gleichbehandlung der gesellschaftlich nützlichen Arbeit in der Öffentlichkeit schließt freilich nicht aus, daß die Republik hervorragende Leistungen auszeichnet (ebd.).

Drittens: Cabet lockert das strikte Luxusverbot der älteren Utopietradition erheblich, wenn er es nicht sogar ganz aufhebt. So betont er, die Ikariier scheuten sich keineswegs vor Vergnügen und Genuß: Die Republik verdamme nicht den Luxus als solchen. Die Sinne seien nun einmal im Menschen von Natur aus verankert; daher sei es eine öffentliche Pflicht, sie zu verfeinern und zu bereichern. Nur dieses Ziel vor Augen, sähen sich die Menschen motiviert, die Naturschätze zu erschließen und dadurch den industriellen Fortschritt voranzutreiben (254). Die Luxurierung der Bedürfnisse wird von ihm also nicht wie in der klassischen Utopietradition als Hindernis, sondern als Motor der Erhöhung der Produktivität der Arbeit betrachtet. Die Republik fordere daher alle Bürger auf, Vorschläge für die Einführung neuer Genüsse und Lustbarkeiten zu machen. Allerdings hat der Luxuskonsum drei Kriterien zu entsprechen: Er muß sich auf den Konsens aller gründen und darf nicht gegen den allgemein akzeptierten Sittenkodex verstoßen. Sodann kann der Genuß des Angenehmen erst erfolgen, wenn das Notwendige und Nützliche verwirklicht worden ist. Und schließlich unterliegt der Luxuskonsum dem Demokratisierungsgebot: Er erscheint nur dann legitim, wenn jeder an ihm teil hat (254).

III.

Wie läßt sich nun das politische System im engeren Sinne charakterisieren, das planend und regulierend in die Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion eingreift? Seinem Vorbild *Morus* folgend, erhebt Cabet die monogame Ehe zur eigentlichen Grundlage seines utopischen Staates (93), die dessen besonderen Schutz genießt: Das gesetzlose Zusammenleben der Geschlechter und der Ehebruch werden mit schweren Strafen sanktioniert (216). Doch gilt die monogame Ehe bei den Ikariern als außerordentlich stabil. Durch keine Eigentumsverhältnisse wie die Mitgift vorbelastet (518), beruht sie ausschließlich auf der freiwillig eingegangenen Liebesgemeinschaft der Partner (ebd.), die sich mindestens sechs Monate vor der Heirat kennen; die Frauen sind mit 18, die Männer mit 20 Jahren im heiratsfähigen Alter (125). Eine Scheidung ist ebenso möglich wie eine spätere Wiederverheiratung (126).

Die Gleichstellung der Frau mit dem Mann in der Ehe wird dadurch unterstrichen, daß in Ikarien beiden die gleiche Intelligenz unterstellt wird: Die Berufstätigkeit der Frau, durch die technische Verbesserung der Haushaltsgeräte (62) erleichtert, ist eine Selbstverständlichkeit; den Frauen stehen selbst akademische Berufe offen (105). Überhaupt genießen sie bei den Männern ein Ansehen,

wie man es in der übrigen Welt vermißt, seit der Gründungsvater Ikar seinen Landsleuten unaufhörlich eingepreßt hat, daß sich eine Nation »nur durch wahre Bildung des weiblichen Geschlechts und dessen angemessene Behandlung« glücklich machen kann (123). Andererseits kann jedoch von einer vollen Emanzipation der Frau bei Cabet nicht die Rede sein. Frauen sind in Ikarien nicht amtsfähig; die politischen Mandate bleiben ausschließlich Männern vorbehalten. Selbst in der Öffentlichkeit treten sie nicht als politisch mündige Bürger hervor (176). Dem entspricht, daß die Mutter ganz im Sinne Rousseaus zur Erzieherin ihrer Kinder, zur liebenden Ehegattin und Wirtschaftlerin im Haushalt verklärt wird, »ohne daß eine dieser edlen Eigenschaften mit den anderen in Widerstreit gerät« (74).

Wenn Cabet dergestalt auch ausdrücklich Platons Frauen- und Kindergemeinschaft ablehnt (437), so greift er doch auf dessen Topos zurück, wonach die Fortpflanzung und ihre Planung Angelegenheit des Staates ist: Eine aus Ärzten, Naturwissenschaftlern und anderen Gebieten zusammengesetzte Kommission hat sich ausschließlich der Frage zu widmen, wie das Menschengeschlecht vervollkommen werden kann. Die Resultate ihrer Forschungen werden in Zeitschriften dem wissenschaftlichen Publikum zugänglich gemacht. Offenbar hat sich Cabet von Campanella inspirieren lassen, wenn er schreibt, die Ikarier hätten durch Züchtung nicht nur das Tier- und Pflanzenreich, sondern auch die biologische Substanz des Menschen »veredelt« (108). Das Resultat dieser Experimente in Form des »Kreuzens der Rassen«, aber auch gemischter Heiraten zwischen blonden und dunklen, zwischen nördlichen und südlichen, zwischen ausländischen und ikarischen Einwohnern könne sich jedenfalls sehen lassen: Nirgendwo gebe es so starke, kräftige, schöne und anmutige Menschen wie in Ikarien (109).

Cabet vertraute diese wissenschaftlich angeleitete Hervorbringung des »neuen Menschen« einem politischen System an, dessen Strukturelemente »Volksherrschaft«, »allgemeines Stimmrecht«, »Gleichheit«, »Brüderlichkeit« und »gemeinsames Glück« lauten. In Ikarien ist der Begriff »Republik« ein Synonym für die klassische Demokratie als der »Selbstbestimmung des Volkes«. Zwar wäre es wünschenswert, daß sich das Volk als Souverän – ganz im Sinne Rousseaus – selber versammelt, um direkt die Gesetze zu erlassen, denen es dann unterworfen ist. Da dies jedoch nicht praktikabel erscheint, delegiert es an Beauftragte die Kompetenzen, die es selbst unmittelbar nicht ausüben kann. So haben die Mandatsträger in der Nationalversammlung die Macht, die Verfassung und die Gesetze zu formulieren, während es Aufgabe der exekutiven Ausschüsse ist, sie anzuwenden. Doch behält sich das Volk das Recht vor, auf der Grundlage des imperativen Mandats seine Vertreter direkt zu wählen, die Mitglieder der Exekutive zu ernennen, die Gesetzesentwürfe zurückzuweisen sowie die öffentliche Ruhe und Ordnung zu erhalten (37). Die ikarische Nation ist unterhalb der zentralstaatlichen Ebene in einhundert Provinzen unterteilt, die jeweils aus zehn Gemeinden mit annähernd gleich großer Fläche und Einwohnerzahl bestehen. Auch sie verfügen über Vertretungskörperschaften und exekutive Ausschüsse, die sich

gleichfalls an dem Prinzip der Identität von Herrschern und Beherrschten, d. h. nicht an dem Repräsentations-, sondern an dem Delegationsprinzip orientieren.

Da das föderalistische Element in Cabets idealem Staat gegenüber der Zentralgewalt kein Eigengewicht besitzt, sondern der Homogenität des Ganzen untergeordnet wird, kommt es zu einer außerordentlichen Konzentration der politischen Macht: Sie wird noch dadurch verstärkt, daß der Staat, wie gezeigt, die gesamte Wirtschaft steuernd, kontrollierend und planend durchdringt. Dies vorausgesetzt, stellt sich das Problem der Machtkontrolle. Zwar sieht Cabet eine funktionale Trennung zwischen der legislativen Tätigkeit der Nationalversammlung und dem Verwaltungshandeln der Exekutive ebenso vor (163) wie das imperative Mandat für die Abgeordneten und Beamten. Auch sind alle Gesetze, wie schon angedeutet, ebenso der direkten Zustimmung durch das Volk unterworfen, wie die Angelegenheiten der Gemeinden direkt von den Bürgern selber entschieden werden. Dieser demokratische Impetus hinterläßt zweifellos seine Spuren im Alltagsleben der Ikarier. Die bereits erwähnte Modifikation bzw. Aufhebung des Luxusverbots eröffnet ihnen einen für das utopische Denken erheblichen Spielraum in der Befriedigung individueller Bedürfnisse. Und schließlich ist zu Recht hervorgehoben worden, daß »den Ikarier ja nicht nur private Rückzugsbereiche in Haus und Garten« gestattet sind: »sie haben überdies bei der Entstehung ihrer Stadt, die als Gemeinschaftswerk von Architekten und Künstlern geschildert wird, auch eigene Gestaltungsvorschläge einbringen können, die sogar Berücksichtigung fanden«.¹⁵

15 Gerd de Bruyn: Die Diktatur der Philanthropen. Entwicklung der Stadtplanung aus dem utopischen Denken, Braunschweig, Wiesbaden 1996, S. 100.

Dennoch ist die gesellschaftliche Integration, die aus der auf Gemeineigentum und Erziehung beruhenden sozialen Homogenität folgt, so lückenlos, daß ihre totalitären Züge – mindestens aus heutiger Sicht – unübersehbar erscheinen. So ist der Staat von allen Polizeifunktionen entlastet, weil sich alle Bürger beauftragt sehen, die Befolgung der Gesetze zu überwachen und jeden Fehltritt, dessen Zeuge sie waren, »sogleich anzuzeigen« (117). Da sich alle gegenseitig beaufsichtigen (125), ist in gewisser Weise die »Öffentlichkeit« total: Die »Privatheit« schrumpft in einem Maße, daß selbst gesellschaftlich unerwünschte erotische Neigungen keine Möglichkeit der Entfaltung haben (ebd.). Zugleich verliert die Öffentlichkeit ihre kritische Funktion. So werden im Parlament die meisten Fragen »ohne weitere Diskussionen« entschieden, »einfach durch Aufstehen und Sitzenbleiben und mit großer Mehrheit: Nur einige Fragen werden von Rednern erörtert ...« (176): Die gesellschaftliche Homogenität läßt bestenfalls die Option für von Experten begründete Projekte zu, die zur Beschlußfassung anstehen (162).

Dieses Fehlen der kontroversen Diskussion bei der politischen Entscheidungsfindung kann nicht überraschen: Die a priori durch Gemeineigentum und Erziehung bewirkte Homogenität des ikarischen Volkes, die für politische Sonderinteressen, politische Parteien und konfligierende Standpunkte keinen Raum läßt, macht Öffentlichkeit im liberalen Sinn obsolet: So sind die wenigen staatlich gleichgeschalteten Zeitungen nichts als Protokolle, als

Berichterstattung über Tatsachen »ohne weitere Diskussion von seiten der Journalisten« (179). Das Recht der Republik auf Zensur ist ebenso selbstverständlich wie die staatliche Vergabe von Lizenzen an geprüfte Apotheker zur Herstellung von Arzneien (110). Gedruckt werden dürfen nur Schriften, die den Fortschritt fördern sowie Nationalgedichte und Nationalprosa. Literatur dagegen, die diesen Standards nicht genügt, wird »als unnützes oder schädliches Gerümpel dem Feuer überliefert; so weiß Ikarien sich reinen Tisch zu verschaffen, um die Fortschrittsbemühungen der jüngeren Generationen nicht zu hemmen. Feuer ist kein übles Mittel in solchen Fällen« (112), heißt es bei Cabet. Auch die Kunst und die Erziehung ist auf die Verherrlichung der Republik festgelegt (47).

Die auf soziale und politische Gleichheit angelegte Verfassung der ikarischen Republik vermag freilich nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sie in einer entscheidenden Hinsicht von diesem egalitären Muster abweicht: Sie kann auf identitätsstiftende Symbole nicht verzichten. So ist der Personenkult um den Staatsgründer Ikar unverkennbar. Nach dessen Tod beschloß die Nationalversammlung ihm zu Ehren ein Trauerjahr. Auch errichtete ihm jede Stadt ein Denkmal, und Ikars Bild hängt in jedem öffentlichen Gebäude und in jedem Privathaus. Außerdem ist sein Geburtstag zum Nationalfeiertag erhoben worden. Dieser Personenkult, verbunden mit den großen Nationalfeiern zur Erinnerung an die ikarische Revolution, stellt den Kern des Patriotismus der Ikarier dar (z. B. 247 f.).

IV.

Abschließend haben wir uns der Frage zu stellen, welchen Geltungsanspruch Cabet mit seiner Fiktion eines »besten« Staates vertrat. Zunächst fällt auf, daß er das Insel-Motiv des Thomas Morus übernimmt: Ikarien ist nicht nur räumlich von Europa unterchieden; es isoliert sich auch insofern nach außen, als seine Geographie den Zugang zum ikarischen Territorium außerordentlich erschwert. Hinzu kommt, daß die Ikarier selbst jeden Fremden verpflichten, die Sitten und Gesetze des Landes, insbesondere die Ehre ihrer Frauen und Mädchen, zu respektieren (6f). Haben wir es also bei Cabet mit einer Rückkehr zur klassischen Raum-Utopie zu tun?

Diese Frage ist eindeutig zu verneinen. Die formale Übereinstimmung, die Cabets »idealer Staat« mit der Raum-Utopie verbindet, darf nicht den Blick dafür verstellen, daß seiner Fiktion eines besten Staates ein Transformationskonzept zugrunde liegt, das eindeutig der Zeitutopie verpflichtet ist. Die räumliche Distanz, die Ikarien von Europa trennt, ist bei Cabet zu einer bloßen Fassade geworden: Sie dient nicht mehr – wie bei Morus – der Konkretisierung eines in seiner Vollkommenheit unerreichbaren Ideals. Weit davon entfernt, »ein für alle Ewigkeit gültiges Modell« (XXIV) zu sein, sind die Errungenschaften Ikariens nicht abgeschlossen, sondern ihrerseits entwicklungsfähig: Der Fortschritt ist ein Progreß ins Unendliche. Die einmal angefangenen Reformen, so Cabet, »führen, wie die Sprossen einer ungeheuren Leiter, von der Hölle der Gegenwart in den Himmel der Zukunft; setzt du den ersten Fuß auch nur auf die unterste der Sprossen, so treibt es dich ruhelos immer höher und kühner empor« (497).

16 Vgl. Richard Saage: Merciers »Das Jahr 2440« und die »kopernikanische Wende« des utopischen Denkens, in: UTOPIE kreativ, Heft 101, März 1999.

Wir kennen das Leiter-Beispiel als Symbol des historischen Fortschritts bereits von Mercier.¹⁶ Freilich ging Cabet über die Utopisten der Aufklärung in einem entscheidenden Punkt definitiv hinaus; wie Saint-Simon, Fourier und Owen teilte er die Prämisse, daß die Imperative seines utopischen Konstrukts in dem Maße zu konkreten Möglichkeiten der Realität selber werden, wie durch Wissenschaft und Technik die Natur zunehmend beherrschbarer wird. Die Verwirklichung des utopischen Konstrukts stehe auf der politischen Tagesordnung, »zumal heute«, wie Cabet schreibt, »wo die immer mehr ausgebildete Industrie sich als Instrument« erweist, »mit welchem man, durch die Hilfe der Maschinen und des Dampfes, die produzierende Kraft ins Unendliche steigern und einen gleichheitlichen Reichtum der Allgemeinheit« zugänglich machen könnte, »den man in früheren Epochen nicht in solchem Maße zu erzeugen im Stande war« (XXIII).

Stellt die durch Wissenschaft und Technik vorangetriebene Industrialisierung auch die entscheidende historische Schubkraft dar, die den Realitätsgehalt der Ikarien-Utopie verbürgen soll, so ließ Cabet doch nie einen Zweifel daran, daß es sich bei dieser »historischen Notwendigkeit« lediglich um die Schaffung von emanzipatorischen Potentialen handelt, deren Verwirklichung aber in letzter Instanz auf menschliche Praxis verweist. Doch welchen Normen soll sie folgen, wenn sie das historisch vorgegebene Ziel, die egalitäre Gütergemeinschaft unter den Bedingungen der mit wissenschaftlich-technischen Mitteln optimal vorangetriebenen Entfaltung der industriellen Produktion, erreichen will? Cabet schloß sich entschieden Saint-Simon, Fourier und Owen an, wenn er die Gewalt als Mittel der gesellschaftlichen Umwälzung kategorisch ablehnte. Abgesehen davon, daß der Umbau der Gesellschaft einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten in Anspruch nehme (324), müßte eine plötzliche gewaltsame Enteignung der Reichen einen Bürgerkrieg mit katastrophalen Folgen nach sich ziehen (503). Außerdem seien die Armen durch ihre jahrhundertlange Unterdrückung weder moralisch noch intellektuell in der Lage, sofort zu Trägern der neuen Gesellschaft zu werden (502f.).

Doch welcher Instrumente bedient sich dieser gewaltlose, d.h. auf Konsens gegründete Gradualismus, um die gütergemeinschaftlichen Strukturen einzuführen? Cabet entwickelt am Beispiel Ika-riens ein Übergangsmodell, das auf 50 Jahre berechnet ist. Es sah drei Transformationsstufen vor: »1) die Entfaltung einer breiten, aus allen Klassen sich rekrutierenden Bewegung mittels Propaganda und Organisation; 2) die legale Eroberung der Macht durch die kommunistische Mehrheit; 3) die Wahl (oder besser Akklamation) eines Diktators, der den Übergang zum Kommunismus in die Wege leitet« (545). Innerhalb dieser Übergangsphase werden die bestehenden Besitztümer, so ungleich sie auch sein mögen, respektiert. Doch durch gesetzliche und fiskalische Maßnahmen verliert die Verfügung über Privateigentum zunehmend an Bedeutung (340). Gleichzeitig ging Cabet von der Annahme aus, die Vorteile des neuen Systems seien so selbstevident, daß auch die Reichen sich ihnen nicht verschließen würden: Offenbar in Analogie zur großen französischen Revolution, in der sich viele Adlige dem

Dritten Stand anschlossen und sogar zu dessen Sprechern wurden, hoffte Cabet, daß viele Eigentümer freiwillig auf ihren Besitz verzichteten (352). Außerdem setzte er auf die transformierende Kraft der öffentlichen Meinung, die Partei ergreifen werde für die kommunistischen Ideale (504). Die Macht der öffentlichen Meinung im Rücken, werde es zu einer Versöhnung der widerstreitenden Interessen, zu einem Vertrag der Armen mit den Reichen kommen, der den Weg zur gewaltlosen Transformation ebnet (504).

Was bleibt von Cabets Utopie eines ikarischen Kommunismus? Daß sie bis 1848 für viele Arbeiter und kleine Gewerbetreibende in Frankreich eine Vision war, die Hoffnung vermittelte, ist gezeigt worden. Doch als ebenso sicher muß gelten, daß im Augenblick ihrer Verwirklichung in Nauvoo/Illinois eine unübersehbare Ernüchterung eintrat. »Nach einem Bericht Holinskys in der Revue Socialiste (Paris 1892), der die Kolonie 1855 besucht hatte, ähnelt das realisierte Ikarien einer strengen Klostersgemeinschaft, in der die intolerante Herrschaft Cabets und die puritanische Strenge die Gemüter bedrückte. (...) Der Luxus, die hohe Industrialisierung und die Heiterkeit des Schlaraffenlandlebens aus dem Roman fehlte vollständig.«¹⁷

17 Winter, Luxus (Anm. 5), S. 136.

Mit diesem Beitrag beenden wir unsere Serie über die Utopie-Geschichte von Richard Saage, die im Herbst – erweitert – als Buch erscheinen wird. Wir veröffentlichen folgende Beiträge:

Zum Verhältnis von Individuum und Staat in Thomas Morus'

»Utopia« (Heft 85/86)

Utopia zwischen Theokratie und Totalitarismus (Heft 89)

Bacons »Neu-Atlantis« und die klassische Utopietradition (Heft 93)

Utopie und Revolution. Zu Gerrard Winstanleys »Das Gesetz der Freiheit« (Heft 95)

Utopia als »irdisches Paradies«. Zu Johann Gottfried Schnabels »Insel Felsenburg« (Heft 97/98)

Morellys »Das Gesetz der Natur« und die Dialektik der Anarchie (Heft 100)

Merciers »Das Jahr 2440« und die »kopernikanische Wende« des utopischen Denkens (Heft 101)

Saint-Simons Utopie der Industriegesellschaft (Heft 102)

Utopie und Eros. Zu Charles Fouriers »neuer sozietärer Ordnung« (Heft 105)

Vom philanthropischen Unternehmer zum utopischen Visionär.

Robert Owens Utopie der »neuen moralischen Welt« (Heft 107)

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Im Berichtszeitraum waren wir allenthalben angehalten, uns für Wahlen zu interessieren. Im nachhinein wäre es jetzt wirklich interessant, herauszubekommen, ob die Zahl der Zuschauer von Wahlsendungen im Fernsehen und die Zahl der Leser der Wahlberichterstattungen in den Zeitungen größer war als die Zahl jener Bürger, die wählen gingen. Im Fernsehen hat die »Berliner Runde« an jedem Wahlabend (vormals Bonner Runde) alle Chancen, zu einem eigenständigen Genre zu werden – in der Sparte Kabarett. Wer masochistisch veranlagt ist und sich deshalb jede dieser Runden zumute, dürfte – einiges Talent allerdings vorausgesetzt – sehr bald in der Lage sein, sich die Sketche, die von den Teilnehmern jeweils vorgetragen, selber zu verfassen. Will sagen: Mit nahezu hundertprozentiger Sicherheit läßt sich an jedem Wahlabend vorhersagen, wie sich die Protagonisten um 19.30 Uhr äußern werden.

Obwohl die Abläufe ritualisiert sind und Normen folgen, denen sich die Vertreter aller Parteien umstandslos unterwerfen, gibt es immer noch Überraschungen. Nehmen wir die SPD. Deren führende Genossen haben sich inzwischen scheinbar darauf verständigt, die Niederlagen der letzten Monate als ein Kommunikationsproblem darzustellen; die dummen Wähler hätten einfach nicht verstanden, was die SPD wolle. Der Tenor: Man müsse die Themen *besser rüberbringen*. Auf gut deutsch: besser verkaufen. Dafür haben sie nun seit einiger Zeit ihren Herrn Müntefering. Jetzt wird das etwas rätselhafte Wesen dieser Partei vollends deutlich: Denn wenn ich etwas verkaufen will – das hat ja inzwischen sogar der marktwirtschaftlich unterbelichtete Ostdeutsche gefressen –, brau-

che ich als Marketingstrategen einen Sympathieträger. Also einen in Form und Wesen verbindlichen Typen, der mir die Ware SPD anzudrehen in der Lage ist, ohne daß ich an der Haustüre erschrecke. Doch ich frage mich ernsthaft: Hat unsere schöne Warenwelt schon jemals einen so drögen, harschen und unverbindlichen Handelsvertreter wie diesen Müntefering gesehen? Der Mann ist doch so etwas von zähledern-trocken, der ist doch der personifizierte Antipathieträger, ein Bärbeiß erster Güte. Ein Wählerschreck, der Mann.

Wahlen sind immer auch Zeiten von Lügen, Auslassungen und Halbwahrheiten; und einen Teufel werde ich tun und etwa auch nur eine Partei davon ausnehmen: Gleiche Strukturen gebären schließlich gleiche Verhaltensmuster! Zum Beispiel stopften mir Parteihelfer eine Zeitung in den Kasten, die sich »Berliner Rundschau« nennt, laut Untertitel im 25. Jahrgang erscheint und vorgibt, eine *unabhängige Monatszeitung für Berlin* zu sein. Das mit dem 25. Jahrgang will ich mal durchgehen lassen, es mag ja wirklich immer wieder Organe geben, auf die auch unsereiner, passionierter Zeitungsleser, noch nie gestoßen ist. Aber die *unabhängige Monatszeitung für Berlin* ist ein ausgemachter Etikettenschwindel. Denn von der ersten bis zur letzten Zeile offenbarte sich die »Berliner Rundschau« als ein CDU-Blatt, wie es nicht c-d-u-licher hätte sein können. Gegen ein derartiges Organ muß man ja nicht unbedingt etwas einzuwenden haben; aber geärgert habe ich mich doch: Weil ich für dumm verkauft werden sollte.

Kommen wir zu den schönen Seiten des Lebens: Der Vatikan hat jetzt eine neue Auflage des »Ablaß-Handbuches« herausgegeben. »Nach dem neuen Handbuch«, meldet KNA, kann ein vollständiger Ablaß zum Beispiel auch dann erlangt werden, wenn ein Gläubiger den Segen des Papstes am Fernseher oder im Radio aufmerksam mitverfolgt.« Für Seh- und Hörbehinderte, so die Agentur, konzidiere das Handbuch eine Reihe von Sonderregelungen. So modern kann Kirche sein.

Die Wende-Feiern sind abgefeiert. Da hatten wir auch viel Lese-stoff. Immer wieder stießen wir bei der Zeitungslektüre auf Details, die wir – selbst wenn wir eingeborene DDR-Bürger gewesen sein sollten – so nicht gewußt haben. So zum Beispiel lasen wir in einem Porträt der Ministerin Bergmann im »Tagespiegel« über deren DDR-Zeit unter anderem folgendes:

»(...) Sie hat Glück gehabt. Irgendwie ist sie immer ohne große Schäden durchgekommen. Genau wie später, als sie promovieren konnte, ohne SED-Mitglied zu sein. (...)«

Was nun folgt der authentische »Tagesspiegel«-Leser aus einem derartigen Sätzchen? Man hatte im Osten in der Partei sein müssen, um promovieren zu dürfen. So gesehen, hat die (Ost-)Autorin des Artikels offenbar kein *Glück gehabt*, sondern muß nun mit einem im Osten erlittenen Bildungsschaden herumlaufen. Aber vielleicht weiß sie auch nur, was ihr Chefredakteur gerne liest.

Im Café »Demel« in Wien führten sie eine Art Apartheid ein: Echte Wiener bekamen jetzt, stand in den Blättern, ihren eigenen Kaffee-trink- und Zeitungsleseraum. Dort bleiben sie ungestört von Nichtwienern. Ist Wien damit zur Hauptstadt einer Bewegung geworden?

Egon Bahr:
 Deutsche Interessen.
 Streitschrift zu Macht,
 Sicherheit und Außenpolitik,
 Karl Blessing Verlag München 1998,
 158 S. (24,90 DM)

Die russische Währungs- und Führungskrise im Sommer 1998 hat es bestätigt: Die Blockkonfrontation ist zwar beendet, die Welt aber keineswegs in Ordnung. Nur wenige Politiker des linken politischen Spektrums machen es sich zur Aufgabe, über die Grundkoordinaten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken. Wenn gar noch über deutsche Interessen reflektiert wird, dann bedarf es schon der Abklärtheit und Angriffslust eines Egon Bahr. Der strategisch-theoretische Kopf einer ganzen Epoche sozialdemokratischer Außenpolitik und zuletzt langjährige Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bestätigt in der vorliegenden Streitschrift seinen Ruf als Kenner der Materie und Vordenker einer konsequenten Abrüstung in einer nicht nur europäischen Friedensordnung.

Für die noch ausstehende knappe Zeit bis 1999 – dem Jahr des Inkrafttretens des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa und der wahrscheinlichen Aufnahme dreier osteuropäischer Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn) in die NATO – sieht er eine erfreuliche »Nicht-Entschiedenheit«, die als »Fenster der Gelegenheit« für alternative Ansätze genutzt werden sollte (S. 142). Das ist neben allen Erfordernissen der realen Politik auch eine Konterstellung zur verbreiteten Meinung in der Bundesrepublik, daß »die Sicherheitspolitik keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor(locke)« (S. 16).

Bahr ist kein Träumer. Seine Prämissen sind klar. Außen- und Sicherheitspolitik bleiben auch nach dem Epochenwechsel »Schicksalsfragen der Völker« (S. 9) und sind für ihn immer noch Machtpolitik. Bahr erinnert daran, daß die Welt in einem globalen Umbruch steckt, der nur sehr lange vom Ost-West-Konflikt verdeckt wurde. Technologisierung und Globalisierung wirken. »Daß sich der Kapitalismus, befreit von dem lästigen

Konkurrenten im Osten, der sich zu Recht mit einem Winseln aus der Geschichte verabschiedet hat, nun ungehemmt der Gewinnmaximierung zuwenden kann, hat die Entwicklung nicht ausgelöst, sondern nur beschleunigt.« (S. 14)

In diesem auch politisch nach 1989/91 veränderten Umfeld gelte es, die neuen Interessenlagen genau zu bestimmen. Die brauchen im Unterschied zu den USA für Deutschland keineswegs global ausgelegt sein. Trotz einer notwendigen Abstufung reichen sie bei ihm jedoch weit. Er unterscheidet drei Ebenen dieser Interessenlage. Seine »Analyse deutscher Interessen ergibt:

Erstens vital: verhindern, daß wieder eine Bedrohungsmacht im Osten entsteht; positiv: die Stabilität Gesamteuropas erreichen.

Zweitens herausragend:

a) die globale Handlungsfähigkeit Europas anstreben;

b) Vertiefung und Erweiterung bestehender Institutionen betreiben;

c) die nordatlantische Sicherheitsstruktur erhalten;

d) die UN stärken.

Drittens wichtig: Stabilitätsbemühungen im Kaukasus und in Mittelasien, im Nahen und Mittleren Osten unterstützen; zur Gesundung Afrikas südlich der Sahara beitragen; die Wirtschaftsinteressen in Südostasien fördern.« (S. 25)

Bemerkenswert sind dabei drei Argumentationslinien Bahrs:

Erstens die Einsicht, daß das Schicksal Rußlands für Deutschland und Europa ausschlaggebend ist. Eine Ausgrenzung dieser Macht, auch durch die Osterweiterung der NATO in den sensiblen russischen Nachbarregionen, könnte verhängnisvoll sein und es tatsächlich wieder zu einer Bedrohung machen.

Ebenso hält Bahr nichts von dem irrigen Händereiben im Westen angesichts der Krisen, das aus der Hoffnung genährt würde, daß ein mit sich selbst beschäftigtes Rußland keine Gefahr sei. »Gerade weil wir das militärische Gewicht ... verringern wollen, liegt uns an einer Gesundung Rußlands, damit es sich seiner selbst sicher auf kooperative Einbeziehung in Europa einlassen kann und nicht auf Konfrontation ausweichen muß.« (S. 28/29)

Zweitens plädiert Bahr für ein vorsichtiges Abnabeln von den USA. Bislang sei es bedingt durch die europäische Unfähigkeit zu gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik noch so, daß »das luxuriöse Protektorat (der USA) mit so großzügiger Mitbestimmung« existiere, auch wenn es Schlimmeres gebe (S. 36/37). Ein wirtschaftlich weiter erstarkendes und durch den Euro – bei allen Problemen – zur Weltmacht werdendes Europa werde »als handlungsfähiges Europa ... zum Konkurrenten Amerikas« (S. 31). Auch deshalb sei es nötig, daß Europa sich machtpolitisch seiner Stärke bewußt werde und entsprechend agiere. Solange die USA aber den Europäern die Verantwortung abnimmt und diese sich das bereitwillig gefallen lassen, solange bleibt Europa gebremst und erfülle seine Verpflichtungen nicht.

Drittens setzt sich Bahr für die Verringerung der militärischen Stärke ein. Er argumentiert nicht zu den entsprechenden Vorschlägen seines Hamburger Instituts¹. Aber er fordert ganz klar eine deutliche Reduzierung der Bundeswehr. Er will eine Ordnung, »in der das Militär nicht mehr gebraucht wird, um Kriege zu führen oder Kriege zu beenden. Militärisch ist Deutschland eine schwache Macht. Es gibt stärkere Staaten. Es wäre gut, einen Zustand zu erreichen, in dem militärische Stärke keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt.« (S. 27)

Leider setzt sich Bahr nicht mit den noch »sinnvollen« militärischen Einsätzen auseinander. Der Bundeswehr-Einsatz in Bosnien wird positiv gewertet. Hier scheint eine kritischere Wertung angebracht, da generell nach dem Sinn militärischer »Konfliktlösungen« – auch bei friedenserhaltenden und gar -erzwingenden Maßnahmen – gefragt werden sollte.

Bahr will klar den Interessenmaßstab an die Stärke der Bundeswehr anlegen und da wären für ihn 250.000 oder 200.000 oder auch weniger allemal genug. Dann könnte auch die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden. Seiner Meinung sind auch die immer angeführten innenpolitischen Gründe (Schule der Nation, Einfordern von Pflichten für die Gesellschaft) erledigt.

Im Kontext der militärischen Seite der Sicherheit erinnert Bahr daran, daß auf dem

Boden der Bundesrepublik immer noch US-amerikanische Kernwaffen stationiert sind. Auch wenn er nicht an die völlige Abschaffung der Kernwaffen durch die Kernwaffenmächte glaubt, nur an ihre drastische Reduzierung auf vielleicht 1.000 oder 500 tödliche Sprengköpfe, hält er sie in Deutschland für völlig überflüssig und potentiell gefährlich.

Was Bahr will, ist ein politisch einheitlich handelndes Europa – von Lissabon bis Wladiwostok. Das könne die dafür ungeeignete NATO nicht ersetzen, eher stehe die OSZE für eine solche umfassende Herangehensweise, auch wenn sie gegenwärtig dazu nicht in der Lage sei. Aber nur so könnte Europa seiner Verantwortung als Weltmacht gerecht werden.

Gerade in diesen Schlußfolgerungen werden allerdings die Probleme sichtbar, denen Bahr ausgesetzt ist. Einerseits hat er Illusionen hinsichtlich des wünschenswerten, aber noch nicht absehbaren gesamteuropäischen »Qualitätssprung(s) zu einer Regierung unter Kontrolle des Parlaments mit Nationalstaaten, die zu Ländern ohne letzte Entscheidung über Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik werden« (S. 35). Gerade angesichts der Globalisierung und der bereits erfolgten wirtschaftlichen Entmündigung der Nationalstaaten dürfte eher die Rückkehr zu einer – wahrscheinlich bornierten – Nationalstaatlichkeit die nächsten Jahre prägen. Auch eine erhoffte engere Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich oder die Schaffung einer »europäischen Souveränität« würden daran nichts ändern und die Probleme eher verdecken als lösen helfen. Zum anderen negiert Bahr zu sehr die differenzierte Politik, Ökonomie und Interessenlage der einzelnen europäischen Staaten. Die kennt natürlich auch Bahr und er postuliert, daß z.B. »das Interesse der Stabilität ... auch Staaten mit unterschiedlichen Wertvorstellungen einschließen (muß)« (S. 69).

Aber selbst bei den von ihm beschriebenen Interessen Deutschlands ist offenbar, daß auch andere Mächte in den gleichen Regionen Interessen haben und sie oft auch gegen andere Staaten und deren Wirtschaft durchsetzen wollen. Das ändert natürlich nichts daran, daß Deutschland und die anderen europäischen Staaten jeweils einzeln wie gemeinsam »eine

stabile gesamteuropäische Friedensordnung« als Ziel haben (S. 28).

Trotz dieser Einschränkungen hat Bahr völlig recht: »Stabilität durch Gewaltverzicht ist die Voraussetzung für Wohlstand.« (S. 139) Dafür bedarf es eines Politikwechsels, wahrscheinlich eines höheren Maßes an Übereinstimmung auch der wirtschaftlichen und vor allem sozialen Interessen der einzelnen Partnerländer sowie politischer Aktivität nicht nur der Diplomaten.

STEFAN BOLLINGER

1 Siehe Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Hrsg.: Stiftung Entwicklung und Frieden. EINE Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bd. 15. Bonn 1995 – siehe meine Rezension in: Utopie kreativ, H. 77 (1997). S. 88-90

Dirk Messner (Hg.):
Die Zukunft des Staates und der
Politik. Möglichkeiten und Grenzen
politischer Steuerung in der
Weltgesellschaft,
EINE Welt-Texte der Stiftung
Entwicklung und Frieden, Band 5,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
Bonn 1998, 348 S. (24,80 DM)

In welchen Zusammenhängen auch immer ›Globalisierung‹ – ob als politisches, wirtschaftlich-soziales und ideologisches Phänomen oder auch als Mythos – verhandelt wird, stets kommt der grundsätzlich veränderte Handlungsspielraum von Staat und Politik ins Gerede. Das vorliegende Buch widmet sich nun ausschließlich dieser Grundannahme des Globalisierungsdiskurses. Dazu präsentieren 13 Autoren aus Chile, Frankreich, Großbritannien, den USA und der BRD ihre Ansichten zur spannenden Frage nach der Zukunft staatlich-politischen Handelns.

Bei allen Unterschiedlichkeiten im Detail beherrscht ein gemeinsames Motto den Sammelband – Optimismus ist Pflicht! Allerdings entledigen sich die Autoren dieser Pflichtübung auf höchst unterschiedliche Weise. Der zweifellos beste, weil bemerkenswert problembewußte Beitrag stammt aus der Feder

von *Meghnad Desai* von der London School of Economics. In seinem Aufsatz über »Global Governance« verweist er nicht nur auf die inzwischen überall kolportierte Tatsache, daß die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (wieder) stärker angewachsene internationale Kapitalmobilität und die Flexibilisierung der Wechselkurse die Autonomie staatlicher Wirtschaftspolitik untergraben (vgl. S. 334), er reflektiert auch die grundlegende Ungleichheit, die dieser relativen ›Entmachtung des Staates‹ in der internationalen Arena innewohnt. »Die politischen Säulen tragen eine ungleiche, undemokratische internationale Ordnung, in der die Mächtigen die Regeln für den Rest festlegen, sich selbst jedoch nicht an die von ihnen verkündeten Gesetze halten müssen« (S. 343). Ausgerechnet von der ›Globalisierung‹, einem Prozeß, in dessen Verlauf weltweit gültige Maßstäbe kapitalistischer Wirtschaftsrationallität gesetzt und durchgesetzt werden, erhofft sich Desai einen Schritt hin zu ›Global Governance‹, die nach seiner Meinung mindestens die Aufgabe hat, »ein Grundgerüst an Regeln bereitzustellen, deren Befolgung alle beteiligten Parteien im Gemeinwesen zusehern« (S. 342).

Im Beitrag von *Dirk Messner* wird nun jedoch verdeutlicht, wie komplex die Aufgabe und wie kritisch Probleme der Machtverteilung bei der Herausbildung einer ›Global-Governance-Architektur‹ sind, nicht zuletzt auch, weil sich »die Machtpotentiale von den politischen Akteuren zu privaten Unternehmen verlagert haben« (S. 37). Insgesamt bleibt die Vision einer »leistungsfähigen Global-Governance-Architektur« (S. 40) als neuer Struktur zur politischen Bearbeitung zunehmend internationalisierter Problemlagen allerdings ausgesprochen vage und in ihrer Ableitung über alle Maßen normativ. Warum quasi zwangsläufig »Netzwerkstrukturen in und zwischen Gesellschaften ... an Bedeutung (gewinnen)« (S. 24) sollen, das wird bei Messner mit letzter Konsequenz nirgends plausibel gemacht.

Ähnliche ›Plausibilitätsprobleme‹ quälen auch andere Autoren, wie *Lothar Brock*, der über »Staatenwelt, Weltgesellschaft und Demokratie« schreibt, oder *Elmar Altvater*, der »Ort und Zeit des Politischen unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung«

verhandelt. Nachdem z.B. Altvater zeigt, daß »die Rationalität der Standortpolitik ... prinzipiell dem gleichen Dilemma ausgesetzt (ist) wie die mikroökonomische Rationalität der Unternehmen: die rational begründeten Entscheidungen summieren sich zu makroökonomischer und nun sogar globaler Irrationalität« (S. 92), schlußfolgert er, daß die neuen Regulationsnotwendigkeiten auch zu neuen Regulationsmustern führen. Wer nun allerdings die neuen Regulierungsformen, wie Energiepreiserhöhung, ökologische und soziale Klauseln im Welthandel oder die Besteuerung kurzfristiger Kapitalbewegungen, »die eigentlich nur supranational Sinn machen« (vgl. S. 93), durchsetzen soll, bleibt – bis auf den Verweis auf eine (hoffentlich) konfliktfähige »transnationale Zivilgesellschaft« (S. 95) – der Phantasie der Leser überlassen.

Im zweiten Teil des Buches befassen sich *Michel Albert*, *William Julius Wilson*, *Carsten Herrmann-Pillath* und *Oscar Muñoz Goma* durchweg aus einer eher optimistischen Perspektive mit »Globalisierung, Politik und Zukunft des Staates in den Weltregionen«. Einzig im Aufsatz von *Rainer Tetzlaff* über die außerordentlich prekäre wirtschaftliche, soziale und politische Lage in vielen afrikanischen Ländern klingen auch einige (verhalten) pessimistische Töne an. »Auf dem Hintergrund struktureller Verarmung großer Teile des Kontinents kennzeichnen sowohl politische Fortschritte im Bereich von Liberalisierung und Demokratisierung das Bild Afrikas als auch chaoträchtige Erscheinungen des Staatszerfalls und der ethnisch-religiösen Polarisierung« (S. 213).

Eine überwiegend kritische Sicht auf die Realitäten der (west)europäischen Integration und die verbleibenden gewerkschaftlichen Handlungsspielräume vermittelt zudem der Aufsatz von *Wolfgang Streeck*, mit dem der dritte und abschließende Teil des Buches – »Das Ende politischer Steuerung oder: Politik neu erfinden?« – eingeleitet wird. Dem Abschied vom einstigen Integrationsziel »der ›Harmonisierung‹ der nationalen Systeme auf hohem Niveau« (S. 235) und die Verwandlung der EU in eine »Liberalisierungsgemeinschaft« (S. 229) »ohne europäischen Staat« (S. 231) und mit gravierenden Problemen in der Wahrnehmung der Wirklichkeit (vgl. S.

223) setzt Streeck angesichts der drohenden Verohnmächtigung der Gewerkschaften die Forderung nach Zurückgewinnung nationaler Handlungsfähigkeit entgegen. »Wenn eine der fortschreitenden Internationalisierung der Ökonomie entsprechende Internationalisierung des Staates ausbleibt, muß heute alle politische Energie darauf verwendet werden, die soziale Handlungsfähigkeit des Nationalstaates zu verteidigen« (S. 244).

Derartig kritische Problemsichten sind anderen Autoren, wie *Frieder Meyer-Krahmer* (zu »Forschungs-, Technologie- und Standortpolitik«) und *Udo Ernst Simonis* (zu einer »zukünftigen Weltumweltpolitik«) offenbar vollkommen fremd. Von ihnen – von der federführenden wissenschaftlichen Elite – werden freigelegte gute Ratschläge an die herrschende politische Elite verteilt, als käme es nur darauf an, »richtig« zu regieren. Und was »richtig« ist, darüber hegen die genannten Koryphäen trotz inzwischen hyperkomplexer globaler Problemkonstellationen offenbar nicht die geringsten Zweifel. Den Vogel hinsichtlich zukunftsbezogener Umbekümmertheit schießt allerdings *Klaus Esser*, Abteilungsleiter im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, ab. Nicht nur, daß er in seinem Beitrag zum »nationalstaatlichen Handeln im Übergang von der Industrie- zur Informationsökonomie« nicht einen einzigen zwingenden Begründungszusammenhang für den von ihm forsch behaupteten »Übergang« von der »Industrieökonomie« zur »Informationsökonomie« bzw. von der »Industriegesellschaft« zur »Informationsgesellschaft« (S. 248) zu liefern vermag, auch sonst hält er es keineswegs für notwendig, sich länger mit der kritischen Würdigung analytischer Befunde aufzuhalten. Statt dessen schreitet er nach dem Kochrezeptprinzip »man nehme...« kurzer Hand und zu allem entschlossen zur Politikberatung bezüglich einer »Strategie systemischer Wettbewerbsfähigkeit« (vgl. S. 254ff.). Die Endlichkeit der wirklichen Welt kümmert ihn dabei kaum – mit der richtigen Strategie kann nach Esser jeder wettbewerbsfähig werden. Nun ist die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten allerdings ein positionelles Gut, d.h. es können niemals alle gleichzeitig wettbewerbsfähig sein. Das wird bekanntlich durch die Standortkonkurrenz selbst ausgeschlossen.

Denn wo es Wettbewerbssieger gibt, muß es auch Verlierer geben. Und so könnte es sein, daß die von Esser empfohlene Rezeptur zwar zu einem Speiseangebot, aber nicht zum Essen führt, weil sowohl die verfügbaren ›Zutaten‹ (die ›harten‹ und ›weichen‹ Standortfaktoren) als auch die Anzahl der ›Esser‹ (der anzulockenden Unternehmen bzw. die zu realisierenden Gewinne) in der wirklichen Welt endlich sind. Die Mahlzeit kann zwar mit größtmöglicher Sorgfalt und Hingabe ange richtet werden, ob sie denn auch gegessen wird, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

Insgesamt offenbart dieses Buches wohl eher die Grenzen als die Möglichkeiten politischer Steuerung in der ›Weltgesellschaft‹. Aber es kann zweifellos wertvolle weitere Anstöße zu einer dringend notwendigen Debatte vermitteln. Für diese liefert es zunächst eine Problembesichtigung, nicht mehr – aber auch nicht weniger.

ARNDT HOPFMANN

Hartmut Diessenbacher:

Kriege der Zukunft:

Die Bevölkerungsexplosion gefährdet den Frieden,

Carl Hanser Verlag München

Wien 1998, 244 S. (36,00 DM)

Alles was der Leser über das Grundanliegen des Autors wissen muß, erfährt er bereits im ersten Satz. »Dieser Essay behandelt die Frage, ob der ungehinderte Zeugungs- und Empfängnisdrang der Weltbevölkerung ihre wachsende Todes- und Tötungsbereitschaft zum Resultat hat« (S. 11).

Das Buch selbst besteht aus zwölf Kapiteln, wobei die ersten fünf sich mit den erschütternden Ereignissen von 1994 in Rwanda (ein kleines Land im Herzen Afrikas) sehr plastisch und detailliert beschäftigen. Vom 7. April bis Anfang Juni 1994, also in nur wenigen Wochen, wurde ein kleines Volk – die Tutsi – faktisch ausgerottet. Sie bildeten eine Minderheit (etwa 8,2 Prozent der insgesamt 7,5 Millionen zählenden Bevölkerung Rwandas) und wurden brutal von der Mehrheit – den Hutu – massakriert. An den Grausamkeiten waren nicht nur Milizionäre und

Soldaten beteiligt. Fast alle erwachsenen Hutu-Männer und -Frauen haben an diesem Genozid mitgewirkt. »Es werden Fälle berichtet, wie Frauen ihre Ehemänner und Kinder umbrachten ... Einige Frauen, unter ihnen eine katholische Nonne, besorgten Benzin, mit dem Soldaten einige Opfer bei lebendigem Leibe verbrannten. (...) Mütter und Großmütter weigerten sich, ihre Tutsi-Kinder und Tutsi-Enkel zu verstecken. Krankenschwestern des CHK-Hospital in Kigali lieferten den Soldaten und Milizionären Patienten, Kolleginnen und Flüchtlinge aus« (S. 29). Selbst Kinder wurden zu Mördern. 600 000 Tutsi wurden abgeschlachtet. Natürlich gab es auch unter den Tätern nicht wenige Tote (auch etwa 400 000 Hutu sind umgekommen). Also, insgesamt ca. eine Million Tote in nur acht Wochen.

Interessant ist dabei die Haltung der »Advokaten« der Menschenrechte. »Das State Department wies die Botschaften an, den Begriff Genozid zu vermeiden« (S. 34 passim) Die Drahtzieher des Massakers wurden später mit französischen Militärmaschinen außer Landes gebracht.

Nicht so ausführlich, aber gleichfalls eindringlich stellt der Autor die Völkermorde im Sudan und einer Reihe anderer Länder dar.

Warum gerieten diese Völker, die jahrhundertlang mehr oder weniger friedlich nebeneinander gelebt haben, plötzlich in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts in derart erbitterte Feindschaft zueinander?

Diessenbacher referiert zunächst eine Reihe von Theorien, die sich mit dieser Problematik beschäftigen, und versucht so, eine eigene Theorie zu dieser Frage zu entwickeln. Für ihn steht die Diskrepanz zwischen der Dynamik der Bevölkerungsbewegung und der rückständigen Wirtschaft im Mittelpunkt aller Überlegungen. Die Folge dieser Diskrepanz ist der wachsende Druck der Bevölkerung auf das wichtigste Existenzmittel – Grund und Boden, und daher die Nahrungs- und Beschäftigungsmittel (vgl. S. 45 und 130).

In den Entwicklungsländern ist die rückständige Wirtschaft nicht fähig, die wachsende Bevölkerung zu absorbieren. Immer mehr Menschen bleiben außerhalb des Reproduktionsprozesses – sie sind ›überschüssig‹. Diese ›überschüssige‹ Bevölkerung in der Dritten

Welt erhält keinerlei wirksame Unterstützung. Sie ist in der Regel arbeitslos, brotlos und obdachlos. In der letzten Dekade kristallisierte sich in diesen Ländern eine neue Klasse heraus; eine Klasse von Habenichtsen – die Pauper. Ihre Zahl nimmt von Jahr zu Jahr zu. Diese Menschen vegetieren am Rande der Gesellschaft. Moralische Degradation, Unwissenheit und Brutalität sind charakteristisch für diese neue »Klasse«. Die Pauper können leicht manipuliert, fanatisiert und radikalisiert werden. Das Ergebnis können dann jene grausamen Eruptionen von Gewalt sein, wie sie eingangs beschrieben wurden. Von Kambodscha bis Sudan, von Algerien bis Rwanda überall machen die Pauper mit gewaltsamen Aktionen auf ihre hoffnungslose Lage aufmerksam.

Die Diskrepanz zwischen der Bevölkerungsdynamik und der rückständigen Wirtschaft führt so nahezu zwangsläufig zur Zuspitzung latenter ethnischer und religiöser Konflikte vor allem in multiethnischen Siedlungsräumen.

Als wesentlich verantwortlich für diesen Widerspruch zwischen Bevölkerungszahl und Existenzmitteln hebt Diessenbacher wiederholt die Rolle des »ungehinderten Zeugungs- und Empfängnisdranges« hervor. Diese Entfesselung des Vermehrungsverhaltens führt er wiederum auf die Beseitigung der Subsistenzwirtschaft und die Ausbreitung der »christlichen Sexualmoral« über »Missionierung und Kolonialisierung« zurück (vgl. S. 91).

Daß die Ursachen der genannten Spannungen in der kolonialen Vergangenheit dieser Völker wurzeln, darüber besteht kein Zweifel. Aber die eigentlichen Probleme liegen wahrscheinlich viel tiefer, als der Autor vermutet: Die koloniale Expansion des europäischen Industriekapitals hat bereits Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts die normale gesellschaftliche Entwicklung der afroasiatischen und lateinamerikanischen Völker abgeschnitten. Die Verwertungsbedürfnisse des ausländischen Kapitals erforderten zugleich Konservierung und Deformation der traditionellen Wirtschaft. Zur Sicherung der Expansion des Kapitals wurde jedoch eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt, wie z.B. die Herstellung von »Ruhe und Ordnung«, die Bekämpfung von epidemischen Krankheiten

usw. Diese, durch pures ökonomisches Interesse motivierten Maßnahmen, führten – wenn auch ungewollt – zur Reduktion der Sterblichkeit in den Kolonien und lösten somit die demographische Transition in den traditionellen Gesellschaften aus. Während die Sterblichkeit sank, blieb die Geburtenrate hoch.

Um einen notwendigen Rückgang der Geburtenrate zu erreichen, mißt der Autor – geleitet von »Erfahrungen« aus den Industriestaaten – der Einführung von Sozialversicherungs- bzw. Alterssicherungssystemen eine große Bedeutung zu (vgl. S. 85). Das war in Europa sicher ein wichtiger Faktor für den Rückgang der Geburtenrate, aber allein kaum ausreichend. Dieser Rückgang war in den europäischen Ländern vielmehr auf einen Komplex von Faktoren zurückzuführen, die im Zuge der Entstehung einer neuen Gesellschaftsordnung wirksam wurden. Gerade das, die Herausbildung einer neuartigen Gesellschaftsform, wurde in den Kolonien jedoch vereitelt.

Herbert Wells war sich dessen in bezug auf Indien bereits 1932 bewußt: »Die Bevölkerung Indiens stellt eine ganz abnorme Anhäufung dar. Die Schutzherrschaft Englands hat das Land im Zustand des Friedens erhalten, Seuchen und Hungersnöte – jene Faktoren natürlicher Regulierung in unzivilisierten Ländern – verhütet, hat aber kaum etwas für die Erziehung und für die Hebung des Lebensstandards jener gewaltigen Bevölkerung getan« (Herbert G. Wells: Arbeit, Wohlstand und das Glück der Menschheit, Berlin Wien Leipzig 1932, S. 323f.).

Die heutigen schwer lösbaren Probleme der Entwicklungsländer haben ihre eigentlichen Wurzeln in diesem unheilvollen Drang des ausländischen Kapitals, der im Grunde bis heute andauert.

Im Zuge der demographische Prozesse in den letzten 100 Jahren und besonders in den letzten 50 Jahren (rapider Rückgang der Sterblichkeit und anhaltende, traditionell hohe Geburtenrate) haben die Entwicklungsländer nun eine jugendliche Bevölkerungsstruktur. Daher wird die absolute Zahl der Bevölkerung in den kommenden Dekaden, trotz des zu erwartenden Rückgangs der Geburtenrate, noch weiter zunehmen und sich im Zeitraum zwischen 2000 und 2050 voraus-

sichtlich verdoppeln und 10 Milliarden Menschen erreichen. Die wirtschaftliche Dynamik dieser Länder bleibt noch weiter hinter der Bevölkerungsdynamik zurück. Was tun?

Keiner hat eine schlüssige Antwort auf diese Frage. Niemand hat bisher eine brauchbare Konzeption für die Lösung der Bevölkerungsfrage, die – um mit Bertrand Russell zu sprechen – »das fundamentalste Problem« unserer Zeit darstellt. Für Diessenbacher jedoch ist die Sache relativ einfach. Er sieht das beste Mittel in verstärkter Geburtenkontrolle: »Kondome statt Kalaschnikows!« (S. 215).

PARVIZ KHALATBARI

Stephan Stracke:

»Mit rabenschwarzer Zuversicht«,
Achterland Verlagscompagnie
Wuppertal 1998, 146 S. (32,00 DM)

Wer mag noch an kommunistischer Geschichte interessiert sein oder gar darüber schreiben? Sicher nur die alten Kämpfer, werden viele denken. Manche legen dann deprimiert die Hände in den Schoß und trösten sich mit ein bißchen Stöbern bei Marx, andere stürzen sich irgendwo zwischen mißmutig und frohgemut in den kapitalistischen Alltag und lesen außer dem Börsenbericht gar nichts mehr.

Für sie alle gibt es eine Überraschung. Die kommunistische Vergangenheit ist nicht vergessen. Und es sind die Jungen, die ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen. Eine Gruppe von lange nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Historikern aus Wuppertal hat sich vor ein paar Jahren zusammengetan, um die Geschichte des Widerstandes, der Verfolgung und des Exils in ihrer Stadt und Region zu untersuchen. Man bemüht sich, gewonnenes Wissen und Informationen durch Publikationen und Vorträge zu verbreiten. Und die Resultate sind wahrhaftig keine trocken wissenschaftlichen Abhandlungen.

Die neueste Veröffentlichung der Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand in Zusammenarbeit mit der kleinen Achterland Verlagscompagnie ist die Dokumentation »Mit rabenschwarzer Zuversicht« – eine bewegende Erzählung von Stephan Stracke über den Kommunistischen Jugendverband. Die

Geschichtsschreibung über den deutschen Kommunismus sei die eines Dogmas ohne Menschen, einer Apparateherrschaft ohne Subjekte, lautete eine weit verbreitete und zu meist berechtigte Kritik.

Stracke hat nun ein sehr menschliches Werk dagegen gesetzt und trotzdem keine Fakten und kritischen Analysen vermieden. In der Einleitung schreibt er: »Kaum beachtet wurde in der bisherigen Forschung, daß gerade die deutsche kommunistische Bewegung vor allem in ihren Hochburgen eine soziale Massenbewegung, eine Bewegung von ›gewöhnlichen‹ Leuten, war und daß in Zeiten der Niederlage und Stagnation die Partei aus generationsübergreifenden Familienkernen bestand.«

Die Geschichte des Wuppertaler Kommunismus kann nach seiner Ansicht nicht als Funktionärgeschichte beschrieben werden, denn sie war seit der Gründungsphase und insbesondere in der Zeit der großen Verfolgungswellen 1934/35 ›Familiensache‹ und überstand alle Krisenzeiten als ›Familienverband‹.

In Strackes Buch erhält man einen Überblick über die Entstehung der progressiven Jugendbewegung bis hin zu kommunistischen Kindergruppen und dem Kommunistischen Jugendverband. Als ein wichtiger Faktor wird die hoffnungslose wirtschaftliche Situation besonders für die Arbeiterjugend während und nach dem Ersten Weltkrieg sowie in der Weimarer Zeit und den ersten Jahren nach der Machtübernahme durch die Nazis beschrieben. Und man erfährt über staatliche Unterdrückung und Zwangsarbeitslager für Jugendliche aus dem Proletariat schon vor der Nazizeit – eine raffinierte Methode der Herrschenden, effektive politische Organisationsstrukturen zu zerschlagen. Interessant ist die Beschreibung der durch die Arbeiterbewegung geschaffenen und erfolgreichen »Freien Schulen«, deren Motto war: »Haltet zusammen! Zerbrecht den Rohrstock, der Euch für das ganze Leben zu Knechten machen soll!«

Und obgleich die Spaltung der Arbeiterbewegung bereits präsent war, gab es gemeinsame Schulgärten und Jugendheime für die Freizeit und das gemeinsame Bekochen der Kinder durch sozialdemokratische und kommunistische Frauen. So wuchsen Kinder und

Jugendliche mit dem Beispiel der Solidarität und dem Willen zum Kampf auf.

Ein Kapitel widmet der Historiker den proletarischen Mädchen und jungen Frauen und ihrer Rolle im organisierten politischen Leben. Er stellt fest: »Den Mädchen erschloß sich in der proletarischen Jugendbewegung eine Wertewelt, die Anregungen für geistige Interessen und kulturelle Bildung enthielt, die ihnen sonst versperrt geblieben wären.« Zu Beginn der NS-Herrschaft verstärkte sich der Anteil von jungen Frauen im KJVD. Stracke zeigt, daß es nach der Machtübernahme der Nazis besonders die Jungkommunisten waren, die zum bewaffneten Widerstand bereit waren und sogar Waffenlager besaßen. Noch nach dem Reichstagsbrand erschien am 14. März zum 50. Todestag von Karl Marx eine siebenseitige Sonderausgabe der illegalen »Jungen Garde« in Wuppertal.

Doch dann wurden Jungkommunisten auf offener Straße ermordet und schließlich die ersten Todesurteile gegen Mitglieder des KJVD gefällt. Währenddessen war eine völlige Verkennung der politischen Lage ihrerseits zu bemerken. Die »Junge Garde« schrieb im Mai 1934: »Das Ziel der Eroberung der Macht ist nur durch tägliche Kämpfe, durch Streiks, Massenkämpfe, politische Massentreiks und durch den Generalstreik bis zum bewaffneten Sturz der faschistischen Kapitalsdiktatur zu erreichen.«

Gleichzeitig propagierte man mit Hilfe der Sozialfaschismustheorie den Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die vermeintlichen Trotzlisten und Brandleristen und versperrte sich so jede solidarische Zusammenarbeit der Gegner der Nazis. Einige illegale Ortsgruppen ließen sich jedoch ihre Eigenständigkeit nicht nehmen und bauten aktive Verbindungen mit sozialdemokratischen und christlichen Jugendgruppen auf. Insbesondere zu erwähnen ist der Kontakt zwischen Kaplan Josef Rossaint, Diözesanpräses der Katholischen Jugend, und dem KJVD. Er verbarg kommunistische Funktionäre im Pfarrhaus und organisierte Diskussionsabende und Wochenendschulungen verschiedener katholischer Jugendorganisationen, auf denen Jungkommunisten über Probleme des Kampfes gegen Hitler sprechen konnten. Papier für kommunistische Druck-

schriften wurde aus katholischen Quellen besorgt, der Vertrieb der »Jungen Garde« lief teilweise über katholische Netze, und Kuriere des KJVD kamen regelmäßig in Klöstern unter. Diese Art Allianz geschah zumeist ohne Wissen oder gegen den ausdrücklichen Willen des ZK des KJVD.

Das Beispiel der jungen Wuppertaler Kommunisten fand Widerhall bei kommunistischen Gewerkschaftern, die 1934 entgegen der Parteilinie gemeinsam mit Sozialdemokraten und Parteilosen Widerstandsgruppen in einem organisierten überbetrieblichen Rahmen aufbauten. Die griffen direkt in fabrikinterne Auseinandersetzungen ein, stellten eigene Zeitungen mit folgendem Massenverkauf her und lösten sogar zwei Kurzstreiks aus.

Die politische Organisierung von Jungarbeitern durch den KJVD blieb allerdings erfolglos. Nach den Massenverhaftungen im Jahre 1935 war die kommunistische Bewegung weitgehend zerschlagen. Es wird von etwa 12.000 der Vorbereitung zum Hochverrat Angeklagten in den Jahren 1933 bis 1936 im Rhein-Ruhr-Gebiet berichtet. Gerade in den Kapiteln über die Zeit des Widerstandes sind private Fotos von kommunistischen Jugendlichen eingefügt, und die Beschreibungen einzelner Schicksale bringen das Grauen besonders nah. Über einige ehemalige Wuppertaler Jungkommunisten wie Albert Norden erfährt man interessante Details aus ihrem Leben. Und ich entdeckte Einzelheiten über alle Angehörigen meiner im Widerstand organisierten und verfolgten Familie.

Die Beschreibung des Weges der kommunistischen Jugend wird zu einem Streifzug durch eine Welt aus Unmenschlichkeit und Menschlichkeit, Ausweglosigkeit und Hoffnung. Nach der militärischen Niederlage des NS-Staates blieben die deutschen Kommunisten laut Stracke geschlagene Sieger. Denn sie standen vor dem Nichts, was ihre Utopien und ihre Verankerung im deutschen Proletariat anging. Dann aber zitiert er Wilhelm Pieck: »Unser Volk ist in tiefster Seele krank, vergiftet von der Nazipest. Und doch dürfen wir den Glauben an unser Volk nicht verlieren, weil wir sonst unsere Arbeit als Kommunisten einstellen können.« Ein zeitloses Signal?

KATIA DAVIS

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingekamert werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgegeben im Auftrag der
Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF

Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120